

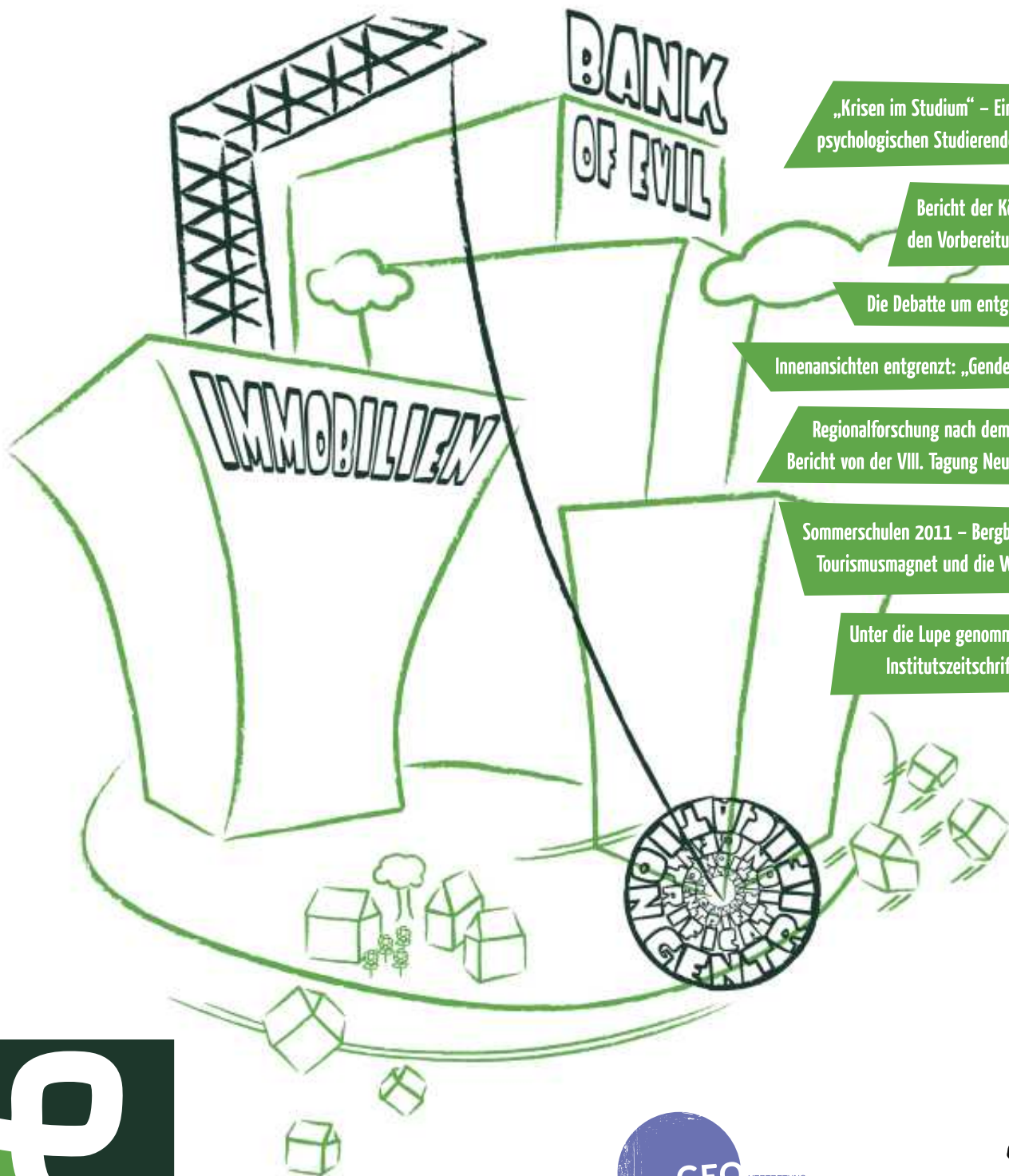
Ausgabe Nr. 2, WiSe 2011/12

entgrenzt

studentische Zeitschrift für Geographisches

ISSN 2193-1224

Leitthema: Burn, Bonze, Burn! – soziale und ökologische Aspekte der Gentrifizierung im 21. Jahrhundert



weitere Beiträge:

„Krisen im Studium“ – Ein Interview mit der psychologischen Studierendenberatung Leipzig

Bericht der Kölner Fachschaft zu den Vorbereitungen des IGC 2012

Die Debatte um entgrenzt – Eine Replik

Innenansichten entgrenzt: „Gendern“ – ja oder nein?

Regionalforschung nach dem Cultural Turn – Ein Bericht von der VIII. Tagung Neue Kulturgeographie

Sommerschulen 2011 – Bergbaulandschaften als Tourismusmagnet und die Wasserstadt Leipzig

Unter die Lupe genommen: Geographische Institutszeitschriften in Deutschland



VERTRETUNG
DEUTSCHSPRACHIGER
GEOGRAPHIE-STUDIERENDER

in Kooperation mit



ein Projekt der
Geowerkstatt Leipzig e.V.

„entgrenzt“

Liebe Studierende,

bewegte sechs Monate liegen hinter uns. Viele Reaktionen haben wir nach der ersten Ausgabe im Mai 2011 erhalten. Glückwünsche vom Südpol, Tipps von anderen studentischen Zeitschriften aus Deutschland und auch kritische Anmerkungen haben uns erreicht und beschäftigten uns in der Vorbereitung dieser zweiten Ausgabe. Insbesondere die Ausführungen des AK Kritische Geographie (Antwort von *entgrenzt* in der Rubrik Sprach(r)ohr) sorgten für eine weitergehende Auseinandersetzung mit diesem jungen Medium. Doch der Blick aufs Konzeptionelle kann nur die Grundlage für eine Zeitschrift sein, die den Anspruch formuliert, fachlich hochwertige Artikel mit dem Vernetzungsgedanken der deutschsprachigen Geographie zu verbinden. Das erste und offene Gesamttreffen von *entgrenzt* im Oktober 2011 erfolgte damit unter einem kritischem Blick.

In der zweiten Ausgabe von *entgrenzt* versuchen wir die Kooperation mit GeoDACH konkreter darzustellen, interne Prozesse bei der Entstehung von *entgrenzt* zu verbessern, eine eindeutige Handhabung zum Thema Gendern zu erreichen und uns letztlich mit der Kritik des AK Kritische Geographie auseinanderzusetzen.

Derweil konnten wir weitere MitarbeiterInnen aus dem deutschsprachigen Raum gewinnen, so dass *entgrenzt* mittlerweile von sechs verschiedenen Standorten gemacht wird. Damit spiegelt die zweite Ausgabe von *entgrenzt* noch deutlicher wider, dass diese Zeitschrift überregional gedacht wird: Von Studierenden für Studierende aus Deutschland, der Schweiz und Österreich.

Mit der zweiten Ausgabe und dem Leitthema der Rubrik Geographisches „Burn, Bonze, Burn“ laden wir euch ein, Gentrification *entgrenzt* zu denken. Jan Glatter und Andrej Holm geben in Interviewform einen Einstieg, dem weitere studentische Beiträge zum Thema folgen. Diese zeigen, dass das Thema Gentrification nicht nur sozial- und wirtschaftsgeographi-

sche Aspekte beinhaltet, sondern auch aus einer ökologischen Perspektive gedacht werden kann.

In der Rubrik GeoWerkstatt freuen wir uns über interessante Tagungs- und Summer School-Berichte, als auch über Antworten auf die Frage, welche weiteren studentischen Geographie-Zeitungen und Zeitschriften es eigentlich in der deutschsprachigen Hochschullandschaft gibt.

In unserer Meinungs-Rubrik Sprach(r)ohr berichten Studierende über Entwicklungen an ihren Hochschulen, die oftmals in ähnlicher Weise auch an anderen Standorten stattfinden. Ein Blick in diese Beiträge ist nicht nur für Fachschaftsräte gedacht, sondern soll Studierende an verschiedenen Standorten für ihre vergleichbare Lage sensibilisieren und letztlich zur Vernetzung anregen. Die Beiträge sind in Kooperation mit GeoDACH auf der Bundesfachschaftentagung 2011 in Augsburg entstanden.

Die Rubrik GeoPraktisch widmet sich in dieser Ausgabe dem Thema „Krisen im Studium“. Hierzu findet ihr ein Interview mit einer psychologischen Studierendenberatung, sowie zwei anonyme Erfahrungsberichte von Studierenden.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen von *entgrenzt*.

Johann Simowitsch und Jörg Kosinski

Geographisches

- S. 5 **Jan Glatter & Andrej Holm**: Wir sollten uns nicht damit zufrieden geben, wenn städtische Veränderungen als ganz natürlicher Zyklus der Stadtentwicklung beschrieben werden
- S. 18 **Stephan Diesel**: Das liberalisierte Recht auf Stadt
- S. 26 **Cosima Werner**: Grüner Daumen gegen graue Stadt – urbane Gärten und urbane Landwirtschaft
- S. 37 **Noah Quastel**: Understanding Neighborhood Gentrification as Socio-Ecological Processes

GeoWerkstatt

- S. 45 **Fachschaft Köln**: IGC 2012 in Köln - Eine studentische Sicht
- S. 45 **Carolin Hendry**: Geographische Institutszeitungen in Deutschland
- S. 47 **Annika Zeddel & Lisa Tschorn**: Tagungsbericht zur VIII. Tagung Neue Kulturgeographie – Regionalforschung nach dem Cultural Turn
- S. 49 **Andrea Rehme**: Wasserstadt Leipzig – Ein Erfahrungsbericht zur SummerSchool
- S. 51 **Benjamin Prager**: 9. Sommerakademie der Kulturstiftung Hohenmölsen: „Bergbaulandschaft als Tourismusmagnet – zwischen Aktivposten und Erfahrungen des Scheiterns“ – Ein Erfahrungsbericht

Sprach(r)ohr

- S. 55 **Kay Schomburg**: Interview: Studentische Umfrage zur Stellenstreichung an der TU Dresden im Rahmen des Hochschulentwicklungsplans Sachsen
- S. 56 **Juliane Strücker**: Bericht über Neuerungen der Lehrkommission Bochum
- S. 57 **Natalie Jermann**: Einblicke in GeoDACH: Das Abschlussplenum
- S. 58 **Franziska Löwe**: Berichte aus dem AK Fachschaftsarbeit
- S. 59 **Redaktion „entgrenzt“**: AK Kritische Geographie – Eine Replik

GeoPraktisch

- S. 63 **Wolfgang Leybold** im GeoPraktisch-Interview
- S. 65 **Thomas Jeckel**: Geoinformation : Gesellschaft : Bildung
– Ideen zu einer adäquaten Verwendung von Geoinformation in der Schule
- S. 70 **Birgit Wagner** im GeoTipps-Interview: Gefangen im Zweifel
Ein Interview mit der psychologischen Studierendenberatung in Leipzig zu psychischen Problemen im Studium
- S. 72 **Anonymous**: Krisen im Studium – Ein Erfahrungsbericht
- S. 74 **Michel Blum**: Das Deutsche-Bank-Syndrom – oder welche Leiden Leistung schafft
- S. 76 **Anonymous**: Depression ... Burnout ... Antriebslosigkeit ...
Schreibblockaden ... Erschöpfungszustände.
- S. 78 **GeoOrga**

Innenansichten

- S. 82 *entgrenzt* machen, aber wie?
- S. 84 Call for Papers – Ausgabe Nr. 4, WiSe 2012/2013
- S. 86 Impressum

„Geographisches“

Brennende Autos, politische Parolen und letztlich keine Ahnung?

Gentrification bzw. Gentrifizierung ist im Kontext aktueller (Groß-)Stadtpolitik in aller Munde: Dem Einen verspricht sie eine hohe Investitionsrendite, steigende Mieten und ein prachtvolleres Image. Dem Anderen droht dieser Begriff Zwangsumzüge, Segregation und Elitenpolitik an. „Gentrification“ ist nicht nur ein Forschungsfeld, sondern ein Kampfbegriff in städtischen Konflikten. Wir möchten hier eine forschungsseitige Fundierung liefern, auf der weiterführende Diskussionen aufbauen können.

Hierzu haben wir mit Andrej Holm (Berlin) und Jan Glatter (Dresden) gesprochen, die uns als Gentrifizierungs-Forscher einen Einblick in die Begrifflichkeiten, die Situation in Deutschland sowie die politischen Implikationen des Konzepts geben werden. Stephan Diesel – Studierender in Leipzig – ergänzt diese Basis um einige Einblicke in die sozialen und kulturellen Ursprünge des Konzepts „Recht auf Stadt“, wel-

ches u.a. gegen Gentrifizierung und damit zusammenhängende Verdrängungsprozesse in der Stadt thematisiert. Sein Beitrag entstand aus einer Seminararbeit. Cosima Werner (Göttingen/Erlangen) erweitert dieses Thema um das Konzept des *guerilla gardening* bzw. ähnlich gerichteter Bewegungen, welche eine kleinteilige Begrünung innerstädtischer Flächen bezwecken. Es wird gezeigt, welche Intentionen und Implikationen diesen Projekten innewohnen. Abgerundet wird die Rubrik „Geographisches“ mit Noah Quastels (Vancouver) Gastbeitrag zu den ökologischen Betrachtungsweisen von Gentrification.

Wir hoffen, dass euch „Geographisches“ als Ort des Publizierens und Informierens dienen wird, und wünschen euch eine spannende Lektüre.

Frank Meyer



The Quays am Singapore River wurden in den 1980er Jahren zum Sanierungsgebiet. Das vormalig von chinesischen Händlern genutzte Quartier ist heute ein wichtiges Entertainment-Viertel und besonders zur Mittagszeit und kurz nach Feierabend bei den europäischen Businessmen beliebt. Frank Feuerbach (2008)

Wir sollten uns nicht damit zufrieden geben, wenn städtische Veränderungen als ganz natürlicher Zyklus der Stadtentwicklung beschrieben werden

entgrenzt-Mitarbeiter Frank Feuerbach sprach mit den Gentrifizierungs-Forschern Andrej Holm und Jan Glatter über Gentrifizierung.

Es gibt mehrere Gentrification-Begriffe

Frank Feuerbach: Der Begriff Gentrification oder Gentrifizierung wird gerade in den Medien zunehmend verwendet ohne ihn zu erläutern. Was beinhaltet das Konzept im Einzelnen und wie ist es zu definieren?

Jan Glatter: Wenn man über Begriffe, Definitionen zu Gentrifizierung spricht, dann muss man zuerst feststellen, dass es mehrere gibt. Grundlegend lassen sich zwei Formen unterscheiden: Definitionen, in denen beobachtbare Merkmale als Indizien der Gentrifizierung gelten und Definitionen, bei denen Ursachenkomplexe den Kern der Definition bilden. Im Fall beobachtbarer Merkmale sagt man beispielsweise, die bauliche Aufwertung und die soziale Aufwertung sind Indizien der Gentrification. Auf Ursachen orientierte Definitionen thematisieren hingegen die ökonomische Aufwertung – die kapitalistische Logik – die dem Prozess zu Grunde liegt. Die Qualität einer Definition zeigt sich aber erst, wenn man sie gegenüber anderen Begrifflichkeiten der Stadtentwicklung abgrenzt. Man prüft beispielsweise wie die Begriffe Suburbanisierung, Reurbanisierung, soziale Stadteilaufwertung oder Stadterneuerung definiert werden, und wie die entworfenen Definition von Gentrification zu diesen in Kontrast steht. Nur so lässt sich eine brauchbare Begriffssystematik entwickeln.

Andrej Holm: Klar lebt eine Definition häufig von der Abgrenzung zu anderen Begriffen, aber auch da bewegen wir uns ja oft auf unsicherem Boden. Wenn wir uns die Presseartikel ansehen, dann finde ich die Bezugnahme auf den Gentrification-Begriff gar nicht so unklar und beliebig, wie ihr es in eurer Frage beschreibt. Die Beschreibungen haben mit den Innenstädten einen eindeutigen räumlichen Be-

zug und inhaltlich steht eine Verdrängungsdiskussion im Zentrum der Artikel. In der Süddeutschen Zeitung gab es beispielsweise den Artikel „Der Angriff auf das Herz der Stadt“, in dem beschrieben wurde, dass mittlerweile auch Mittelklassehaushalte in verschiedenen Städten Schwierigkeiten haben, in den angesagten Vierteln eine Wohnung zu finden. Damit wurde ein wesentlicher Kern der Gentrificationdebatte übernommen, nämlich, dass es sich eben nicht um einen Nachbarschaftswandel im allerweitesten Begriff handelt, sondern um eine klassenspezifische Neuordnung des Städtischen. Damit bewegen sich die öffentlichen Debatten grundsätzlich auf der Ebene der in Deutschland dominierenden wissenschaftlichen Definitionsversuche. Jürgen Friedrichs beispielsweise hat ja in seinen Arbeiten immer argumentiert, dass Gentrification vor allem Nachbarschaftswandel sei und wollte alle anderen Faktoren ausgegrenzt wissen.

Jan Glatter: Ich denke, es ist eine besondere Form des Nachbarschaftswandels, und zwar eine, die mit einer ökonomischen Wiederaufwertung verbunden ist. Ein Nachbarschaftswandel kann zum Beispiel allein demografisch sein, im Fall der Gentrification handelt es sich aber um einen sozialen Statuswandel.

Andrej Holm: Dieser Statuswandel ist, glaube ich, das Entscheidende. In internationalen Studien wird dabei relativ deutlich von einer Verdrängung der *working class* durch die *middle class* oder verschiedene Fraktionen der Mittelklasse ausgegangen. In der deutschsprachigen Forschung gibt es eine deutliche Zurückhaltung in Bezug auf den Klassenbegriff, so dass meist vom Austausch von statusniederen durch statushöhere Gruppen gesprochen wird. Wenn wir den Gentrification-Begriff benutzen meinen wir also keinen beliebigen Nachbarschaftswandel oder eine nur kulturelle Veränderung, sondern immer soziale Auseinandersetzungen in umkämpften städtischen Räumen.

Frank Feuerbach: Wenn ich das richtig verstehe, ist dieser sozio-ökonomische Wandel ein integraler Bestandteil, um von Gentrification sprechen zu können?

Jan Glatter: Ja, das Auftreten der *gentries* – der Mittelklasse – gilt als sozialer Schlüsselindikator, die immobilienwirtschaftliche Aufwertung als ökonomischer Indikator.

Andrej Holm: Für mich umfasst Gentrification die durch immobilienwirtschaftliche Aufwertungsprozesse und politische Aufwertungsmaßnahmen ausgelösten Verdrängungsprozesse. Es geht also nicht nur um eine soziale Strukturveränderung in Nachbarschaften, sondern um eine Ursache-Wirkungs-Beziehung von Immobilienwirtschaft, Stadtpolitik und Nachbarschaftsentwicklung.

Verdrängung ist der konstitutive Kern der Gentrification

Frank Feuerbach: Am Ende des Gentrification-Prozesses steht die aktive Segregation von Besserverdienern, was natürlich in sich eine These ist. Aber welche Rolle spielt der Aspekt der Verdrängung für die heutige Forschung?

Jan Glatter: Verdrängung wird immer wieder thematisiert, ist empirisch aber schwer zu fassen. Um sich dem Phänomen zu nähern, kann man Formen der Verdrängung unterscheiden, zum einen die direkte, zum anderen die indirekte Verdrängung. Direkte Verdrängung bezieht sich auf den Druck durch steigende Mieten oder Kündigungen. Indirekte Verdrängung meint hingegen nicht nur die Bevölkerung, die bereits dort wohnt und zum Umzug gezwungen wird, sondern dass die Zuzüge ins Quartier selektiver werden. Das gilt übrigens nicht nur für die Wohnbevölkerung, die sich die höheren Mieten nicht leisten kann und will, sondern auch für Besucher, denen der öffentliche Raum, als Konsumraum verweigert wird. Versucht man diese Formen der direkten und indirekten Verdrängung in ihrer graduellen Ausprägung zu erfassen, scheitert die Wissenschaft zumeist am methodischen, empirischen Aufwand. Gelingt der immense Aufwand, laufen solche Untersuchungen jedoch darauf hinaus, den Anteil der Verdrängten zu quantifizieren, doch ab wie vielen Prozent Verdrängten spricht man dann von Gentrification? Generell ist eine Aufwertung immer mit Verdrängung verbunden. Der Wohnungsmarkt schließt sich für bestimmte Gruppen.

Andrej Holm: Das würde ich ganz ähnlich

sehen. Eigentlich arbeiten sich alle Studien an der Verdrängung ab, ohne sie genau fassen zu können. Peter Marcuse hat schon Ende der 1980er gesagt „Verdrängung ist das Wesen der Gentrification und kein ungewollter Nebeneffekt“. Verdrängung ist der konstitutive Kern der Gentrification. Wenn wir die aktuellen Beiträge der internationalen Diskussionen ansehen, wird dies deutlich. Die Arbeiten von Tom Slater oder Rowland Atkinson beispielsweise stehen für eine Neuauflage einer empirischen Annäherung an Verdrängungsphänomene und fragen, wie Verdrängung gemessen und systematisiert werden kann. Damit verbunden sind Diskussionen, die nicht nur direkte und indirekte Verdrängung unterscheiden, sondern die auch Schließungsprozesse des Wohnungsmarktes auf der Nachbarschaftsebene einbeziehen. Diese Überlegungen gehen auf die Verdrängungstypologie von Peter Marcuse zurück. Als direkte Verdrängung wird ein unmittelbarer, durch physische und ökonomische Zwänge ausgelöster, wohnungsbezogener Verdrängungsdruck verstanden. Konzepte der indirekten Verdrängung beziehen den Nachbarschaftswandel und die damit einhergehende kulturelle Dissonanz zu den neuen Hegemonien im öffentlichen Raum als Erklärung für Auszugsentscheidungen mit ein. Daneben gibt es bei Peter Marcuse den Begriff des *exclusionary displacement*, in dem er von einem individuellen Schicksal des unfreiwilligen Auszugs abstrahiert und die Zugänglichkeit lokaler Wohnungsmärkte für verschiedene soziale Gruppen in die Analyse einbezieht.

Frank Feuerbach: Verdrängung ist ja immer wieder ein Reizwort in den Gentrification-Debatten, lässt sich Verdrängung überhaupt objektiv messen?

Andrej Holm: Die Diskussionen über die Definitionen von Verdrängung sind deshalb so wichtig, weil sich aus ihnen letztendlich die methodischen Zugänge für konkrete Untersuchungen ableiten. Die gerade beschriebenen aggregierten Verdrängungsbefunde auf der Nachbarschaftsebene können z.B. auf der Basis der zur Verfügung stehenden Statistiken und Berechnungsmethoden dargestellt werden, ohne dass in aufwendigen Untersuchungen die Motive und Rahmenbedingungen individueller Umzüge analysiert werden müssen. In akademischen aber vor allem in den stadtpolitischen Debatten werden solche Berechnungen oft kritisiert, weil sie freiwillige Auszüge nicht adäquat berücksichtigen und deshalb Verdrän-

gungsprozesse dramatisieren würden. Dahinter steht jedoch nicht nur die Frage nach unterschiedlichen Messmethoden, sondern vor allem, ob unfreiwillige Fortzüge oder der Nachbarschaftswandel als das Problem der Gentrification angesehen werden.

Eine empirisch valide Untersuchung von Fortzugsgründen steht vor erheblichen methodischen und forschungspraktischen Herausforderungen. Zum einen gibt es bisher kein überzeugendes Instrumentarium zur Gewichtung verschiedener Umzugsmotive und -anlässe, zum anderen müsste sich die Gentrification-Forschung von ihrem räumlichen Bezug auf die Aufwertungsgebiete lösen. Wir sind ja damals im Prenzlauer Berg auf die Idee gekommen, Bewohner/innen in Sanierungshäusern zu befragen und durch den Modernisierungsprozess zu begleiten. Die Hoffnung dadurch mehr über die Gründe und Entscheidungsprozesse von Auszügen zu erfahren, wurde schnell enttäuscht. Es hat sich herausgestellt, dass die Fortziehenden in der Situation des Auszuges nicht noch einmal beim Forscherteam anrufen und Bescheid geben. Wir könnten also die Auszugsentscheidungen nicht unmittelbar untersuchen und haben uns aus dieser Situation heraus entschieden stattdessen herauszufinden, über welche Ressourcen die erfolgreichen Haushalte verfügen. So konnten wir zwar nicht genau bestimmen, was den Fortziehenden fehlt, um zu bleiben, aber zumindest, was diejenigen auszeichnet, die sich durchsetzen konnten. Unsere Untersuchung war eine Momentaufnahme Ende der 1990er Jahre und wir haben herausgefunden, dass es gar nicht so sehr unterschiedliche ökonomische Ressourcen waren, sondern dass es die Ausstattung an kulturellem und sozialem Kapital gewesen ist, die die Bleiber qualifizierte, gute Verträge auszuhandeln, oder sich eine Perspektive in den Modernisierungshäusern zu erarbeiten.

Jan Glatter: Selbst wenn man in einer Studie diesen enormen Aufwand betreiben würde und nachweisen könnte: Verdrängung findet statt. Auch dann könnten Kritiker einwenden, dass dies in der einen Studie so wäre, aber der Prozess nicht überall gleich verläuft, sondern unterschiedliche Bedingungen, Aushandlungsprozesse damit verbunden sind. Also selbst, wenn man es einmal nachweisen würde, hätte man nur einen Baustein und könnte nicht die ganze Grundlagendiskussion entscheidend beeinflussen. Aber meine Frage jetzt nochmal an dich Andrej: Würdest du zwischen drei Formen

der Verdrängung unterscheiden: direkte, indirekte und *exclusionary displacement*?

Andrej Holm: Im Prinzip schon. Der für mich entscheidende Unterschied besteht dabei zwischen einer individuellen und einer aggregierten Perspektive auf die Verdrängung. Direkte und indirekte Verdrängung beziehen sich beide auf einer individuellen Perspektive und beschreiben unterschiedliche Ursachen des unfreiwilligen, erzwungenen Auszuges. Bei dem Konzept des *exclusionary displacement* hingegen, geht es um eine Schließung des Wohnungsmarktes, also um die beschränkten Möglichkeiten von Zuzügen. Dabei ist der Blick nicht auf einzelne Akteure, sondern auf das gesamte Gebiet und seine Angebotsstrukturen gerichtet. Das ist eine völlig andere Herangehensweise als die Fliegenbeinzählerei, die uns in den meisten Arbeiten beschäftigt hat, um herauszukriegen, wer da aus welchen Gründen fortgezogen ist.

Gentrification als Prozess

Frank Feuerbach: Könnte nicht auch die Segregationsforschung einen Beitrag liefern?

Jan Glatter: Gentrification ist ein Aspekt der Segregation. Theorietechnisch ist es aber eine Herausforderung, die Konzepte der Gentrification mit denen der Segregation zu verbinden. Man glaubt es kaum, aber das sind durchaus getrennte Diskussionen, beispielsweise unterscheiden sich die Erklärungskonzepte für Segregation und Gentrification. Für die Segregation hat Jens Dangschat mit dem Mikro-Meso-Makro-Modell einen sehr komplexen Ansatz entwickelt, die Gentrification erklärte man hingegen lange mit der Angebots- oder der Nachfragetheorie, also weit weniger komplexen Ansätzen.

Andrej Holm: Klar könnte man Gentrification als Teilmenge von Segregationsdynamiken beschreiben, obwohl in der Segregationsforschung meist ein Zustand beschrieben, gemessen und zum Ausgangspunkt von politischen Überlegungen gemacht wird. Gentrification hingegen wird in den meisten Studien als Veränderungsprozess untersucht. Aber die Gentrification einzelner Nachbarschaften geht im gesamtstädtischen Maßstab regelmäßig mit der Verstärkung von Segregation einher.

Jan Glatter: Ja, am Ende der Gentrification stehen Mittelschichtgebiete, die sozial selektiv sind.

Andrej Holm: Von einem Ende der Gentrification

fizierung würde ich gar nicht sprechen. Die Stadt bleibt ja nicht stehen und wir haben mit den Studien von Loretta Lees und Mark Davidson ja inzwischen Hinweise darauf, dass es Formen der Hyper- und Supergentrification gibt, in denen bereits gentrifizierte Gebiete ein weiteres Mal von der Aufwertung erfasst werden. Gentrification ist aus meiner Perspektive eher ein Prozess als ein beschreibbarer Zustand.



Hafencity: Flanieren im Porsche. *Cosima Werner (2011)*

Frank Feuerbach: Gibt es Gentrification in Deutschland?

Jan Glatter: Ja.

Andrej Holm: Ja. In vielen ostdeutschen Städten gab es Studien und Qualifizierungsarbeiten, die den Fortschritt oder das Ausmaß von Gentrifizierungs-Prozessen gemessen und ins Verhältnis zu einem nie genauer definierten Normzustand der Gentrification gesetzt haben. Im Prinzip kamen fast alle Untersuchungen zu dem Ergebnis: „Ja, es ist irgendwie Gentrifizie-

rung, aber die ist sanft, die ist halbiert, die ist gebremst oder die ist politisch abgefedert“. Der Gentrification-Befund wurde dabei fast immer mit verharmlosenden Begrifflichkeiten kombiniert. Ich glaube, dass dies zum Teil daran lag, dass die Studien nur eine Momentaufnahme fassen konnten, doch die beobachteten Veränderungen nicht als Zwischenstand einer fortlaufenden Veränderung verstanden haben. Eigentlich wäre es interessant, die Studien, die zwischen 1998 und 2004 gemacht wurden, fortzuschreiben, noch einmal in die Quartiere reinzugehen und zu schauen, wie sie sich fünf oder zehn Jahre später entwickelt haben.

Für Prenzlauer Berg, wo ich selber ja auch geforscht habe, lässt sich der Perspektivwechsel deutlich aufzeigen. Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre haben etliche Studien die Herausbildung einer sozialen Mischung und ein kleinräumiges Nebeneinander verschiedener Gruppen und Schichten festgestellt. Das war angesichts der Datenlage keine Lüge, sondern der Zustand, der 1998 dort gemessen werden konnte. Aktuelle Sozialstudien aus den Gebieten zeigen deutlich: Die bunte Mischung Ende der 1990er Jahre war nur eine Etappe auf dem Weg zu einer weitgehenden Homogenisierung der Sozialstruktur in den Sanierungsgebieten. Von daher ist es immer sinnvoll, Gentrification als einen Prozess zu betrachten und sich in seinen Einschätzungen nicht so sehr an einem fiktiven Endstadium zu orientieren.

Frank Feuerbach: Es stellt sich aber auch die Frage nach den Auswirkungen auf den gesamtstädtischen Funktionsraum; schließlich geht es ja auch um die Zielgebiete der Verdrängten und vielleicht sogar um neue Abwertungs- oder Desinvestitionsräume, oder?

Jan Glatter: Wenn man diese Frage nach den gesamtstädtischen Folgen beantworten will, muss man in Gebiete gehen, in denen Gentrification eine gewisse Größenordnung erreicht hat. Schaut man nach Hamburg, London oder Paris, in diese global eingebundenen Großstädte, dann belegen die Untersuchungen die Aussage, dass sich Gentrification wie eine Walze durch die Innenstadt bewegt, in welcher Richtung auch immer, ob als Spirale oder auf direktem Weg von innen nach außen. Die Verdrängten wandern an die Ränder der Stadt. Als innenstadtnahe Ausweichquartiere stehen nur noch wenige traditionelle Altbauquartiere zur Verfügung, so dass die Verdrängten in die Sozialbauquartiere der 1950er bis 1970er Jahre abwandern. In Hamburg wurde nachgewiesen,

dass mit dem Quartierswandel in St. Pauli, Schanzenviertel der Anteil der Immigranten in den Stadtteilen enorm zurück geht und dagegen in den randstädtischen Quartieren steigt. Das ist zwar nur eine Schlussfolgerung aus einem statistischen Vergleich, den man nicht an einzelnen Fällen festmacht, aber der Prozess scheint sehr offensichtlich.

Andrej Holm: Das hat auch mit dem Raumfetisch in den politischen Debatten zu tun. Du kannst halt immer auf das Aufwertungsquartier schauen – und dort sind die sozialen Kosten der Gentrification ja auch nicht sichtbar. Die Verlierer der Aufwertung sind dann nach Dresden-Gorbitz ausgezogen oder nach Berlin-Marzahn oder wo immer sie an die Ränder gedrängt werden und geraten so auch aus der öffentlichen Sichtbarkeit. Dieser Quartiersbezug markiert auch die Grenze der allermeisten Gentrification-Studien, denn Veränderungen werden meist auf der Ebene der Untersuchungsgebiete beobachtet, gemessen, beschrieben und erklärt. Die Folgeeffekte, die es natürlich in anderen Gebieten der Stadt gibt, werden auch in der Forschungspraxis meist ignoriert. Ich kenne jedenfalls keine wirklich überzeugende Studie, die fragt: „Was ist eigentlich aus den Verdrängten eines Gentrification-Prozesses geworden? Wie haben sie sich in neuen Nachbarschaften etabliert und auf welche Schwierigkeiten sind die dabei gestoßen? Oder war es vielleicht ein großer Vorteil für sie?“ Das alles wissen wir im Prinzip nicht. Mir würde auch schwer eine Methode oder ein Modell einfallen, wie man das fassen könnte. Vielleicht über die Einwohnermeldedaten von Weggezogenen und deren gezielter Befragung.

Jan Glatter: Für die Dresdner Neustadt habe ich mir die Wanderungsströme angeschaut. Die Wegzüge aus den Quartieren waren generell meist Nahwanderungen in die unmittelbar benachbarten Quartiere. Über 50% der Weggezogenen sind direkt ins nahe Umfeld gewandert.

Andrej Holm: Ich glaube, das ist mit einer einzelnen Studie auch nicht zu bewältigen. Wenn wir die internationalen Forschungsergebnisse mit einbeziehen, sehen wir was Stadtforschung leisten kann: Wir können schon relativ detailliert beschreiben, wie der Alltag in gentrifizierten Vierteln organisiert ist und wie die Etablierung einer Bohème oder kreativen Klasse in den Arbeits- und Wohnstrukturen aussieht, wie Nachbarschaftsbindungen neu geknüpft werden, was für Images Leute mit dem Woh-

nen in bestimmten Vierteln verbinden, was für Konsumstile sie entwickeln und so weiter. Das alles wissen wir ziemlich genau. Aber wir wissen ganz wenig darüber, wie die Arbeitsweisen, die Alltagsbewältigung, das Konsumverhalten von denen aussehen, die ausgezogen sind. Das ist auch ein Ergebnis der Schwerpunktsetzung von Forschungsarbeiten.

Frank Feuerbach: Ich finde, dass Gentrification im deutschen Kontext zurzeit vor allem anhand von Beispielen aus Berlin, Hamburg und einigen ostdeutschen Städten wie Dresden und Leipzig diskutiert wird. Handelt es sich dabei um eine nachholende Entwicklung, die in Städten wie München, Frankfurt am Main oder Köln als weitgehend abgeschlossen zu betrachten ist?

Jan Glatter: Ich würde sehr vorsichtig antworten, weil es keine Studie gibt, die deutschlandweite Vergleiche anbietet. Es gibt seit Mitte der 1990er Jahre eine Riesenlücke bezüglich qualifizierter Studien zu Gentrification in westdeutschen Großstädten. Meine Vermutung ist, dass diese Prozesse die ganze Zeit weitergelaufen sind, und in den letzten Jahren eine neue Dynamik erfahren haben, die durchaus mit unterschiedlichen stadtpolitischen Konzepten zu tun haben. In Hamburg ist in den letzten vier, fünf Jahren eine sehr marktorientierte Stadtentwicklung gelaufen. Da es sich bei der Gentrification um einen Prozess handelt, der etwas Zeit braucht, sind die Folgen erst jetzt spürbar. Ich glaube, Gentrification gab es auch weiterhin in westdeutschen Städten und hat in den letzten Jahren aufgrund stadtpolitischer Entscheidungen, aber auch vieler Waterfront-Projekte an Bedeutung gewonnen. In die mediale Aufmerksamkeit gelangte er durch spektakuläre Aktionen von Protestgruppen und nicht durch wissenschaftliche Entdeckungen.

Andrej Holm: Das würde ich auch so sehen. Ich glaube nicht an eine nachholende Entwicklung, sondern eher daran, dass es in Ostdeutschland durch die Überlagerung von transformationsbedingten Veränderungen und einer Etablierung von Marktprozessen in der Stadtentwicklung eine besondere Situation gab, die sich auch in den Forschungsarbeiten widerspiegelt. Gerade deshalb war es so interessant in ostdeutschen Städten Untersuchungen zu machen, weil der Trend hier ein höheres Tempo und eine höhere Dynamik aufwies, als wir das aus vielen vorherigen Studien aus Westdeutschland kannten. Ich glaube aber auch nicht, dass die Gentrification in Köln,

Düsseldorf, München einen Sättigungsgrad erreicht hat. Gentrification gibt es dort auch weiterhin, nur eben keine Forschungsarbeiten dazu. Wenn wir beispielsweise auf stadtpolitische Proteste blicken, wird schnell deutlich, dass es in Düsseldorf, in Frankfurt am Main und auch in München Initiativen gibt, die mit dem Gentrificationbegriff arbeiten. Selbst in kleineren Städten wie Hanau gibt es ein großes Innenstadtbündnis, weil die Stadt gerade dabei ist den kompletten Innenstadtbereich an einen Investor zu verkaufen. Da sind auch mehrere Wohngebäude aus den 1950er Jahren dabei, die abgerissen oder soweit aufgewertet werden sollen, so dass Familien, die dort wohnen, ausziehen müssen. Auch dort wird treffender Weise der Gentrification-Begriff benutzt, um die Gefahr zu beschreiben.

Gerade in westdeutschen Großstädten zeigt sich doch – noch deutlicher als wir es in Dresden, Leipzig oder Chemnitz sehen – was wir vorhin als städtischen Mainstream beschrieben haben. Wenn wir uns die Wohnungsmärkte in München oder Düsseldorf ansehen, dann ist das im Prinzip eine ähnliche Situation, wie wir sie für Paris oder London beschrieben haben. Da fällt es schwer, überhaupt noch Flecken der Nichtaufwertung in den Innenstadtbereichen zu finden.

Auf der anderen Seite beobachten wir erweiterte Wellen der Aufwertung in Vierteln, die in den 1970er, 1980er Jahren die ersten Stadterneuerungsmaßnahmen erfahren haben, aber inzwischen wieder in dem Status sind, dass da zusätzliche Aufwertungsschritte realisiert werden können. In den 1970er Jahren war es noch nicht üblich Dachgeschosse auf die Häuser aufzusetzen, und das macht jetzt vielleicht Sinn, so dass dort graduelle Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt werden, die dann auch zu Mietsteigerungen führen.

Ein klassisches Beispiel wäre Frankfurt am Main/Bockenheim, das Viertel in der Nähe vom bisherigen Campus der Universität. Die Universität zieht um und es wird noch gestritten, ob da eher eine kulturelle oder eine Büronutzung mit großem Neubauanteil errichtet werden soll. Bewohner/innen in der Nachbarschaft befürchten eine grundlegende Aufwertung des ganzen Viertels. Als erstes wird sich die Gewerbestruktur verändern: Kneipen und Buchläden haben einen Universitätsbezug und werden möglicherweise dicht machen. Der Frankfurter Wohnungsmarkt und Gewerbeermarktmarkt ist aber so unter Druck, dass es da-

durch zu keiner Abwertung kommen wird. Nur weil die Buchläden zumachen, heißt das nicht, dass die Gewerberäume leer stehen werden. Stattdessen werden exklusivere Nutzungen nachziehen. Wenn Studenten-WGs dort ausziehen, weil der Weg zur Uni zu weit ist, dann werden diese Wohnungen von ganz anderen sozialen Schichten nachgefragt oder in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Das ist so ein Beispiel, in dem deutlich wird, dass es kein Unterklasseviertel und kein Desinvestitionsgebiet braucht, um neue Aufwertungs-dynamiken auszulösen.

Ich fände es eigentlich spannend, wenn in jenen Gebieten Untersuchungen durchgeführt würden, die als erste Gentrifizierungsgebiete beschrieben wurden. In der Köln-Südstadt oder München-Schwabingen ist die Gentrification jetzt schon 30 Jahre alt und wir wissen relativ wenig über die aktuellen Entwicklungen dort. Es gibt in München die Diskussion von der Vergreisung Schwabings. Gentrifizierungsgebiete haben immer sehr homogene generative Strukturen, also die 25- bis 45-Jährigen stellen in allen Studien mit etwa zwei Dritteln den dominanten Bevölkerungsanteil. Wenn wir diese Situation 30 Jahre fortschreiben, dann sind das die 55- bis 75-Jährigen. Die haben ganz andere Bedürfnisse an den öffentlichen Raum und die Nachbarschaft. Die brauchen keine Kneipen mehr, die brauchen gute Zahnärzte. Das sollten wir mal untersuchen.

Jan Glatter: Eine vergleichende Erfassung in mehreren deutschen Großstädten wäre unheimlich interessant. Damit verbunden wäre die Frage nach möglichen Wellen der Gentrification, die mit Immobilienzyklen verbunden sind. In den britischen, amerikanischen Studien spielten die eine große Rolle. Vielleicht kann man die jüngeren Gentrificationprozesse in westdeutschen Städten auch mit einer steigenden Aufmerksamkeit der Immobilienwirtschaft erklären.

Frank Feuerbach: Beziehungsweise mit steigendem Investitionsbedarf, möglicherweise ist in Schwabing 30 Jahre lang nicht viel passiert, und jetzt muss dort wieder etwas an der Bausubstanz getan werden.

Jan Glatter: Das wäre das Gap-Argument, dass der lokale Marktwert inzwischen wieder vom potenziellen Marktwert abgekoppelt ist.

Andrej Holm: Aber es gibt wenig Anzeichen dafür, dass es tatsächlich so eine Abwertungs-dynamik gibt. Was wir in den meisten früheren Aufwertungsgebieten beobachten ist



Brüssel: Verfall eines historischen Stadtteils in der Innenstadt. Cosima Werner (2011)

doch eine Konsolidierung gehobenen bürgerlichen Wohnens. Neil Smith und Kollegen haben in den 1990ern in New York einmal versucht, so einen De-Gentrification-Prozess zu beschreiben. Zwei Jahre später mussten sie ihre Thesen revidieren, weil die Grundstückspreise wieder gestiegen waren.

Und mir fällt bei den vielen Einzelstudien der Gentrification, die ich mir angesehen habe, kein Beispiel ein, in dem eine Abwertung beschrieben wird. Zum Teil werden symbolische Veränderungen und ein Imagewandel beschrieben. Die Quartiere verlieren ihren Status als kultureller oder subkultureller Hot Spot und gelten als langweilig, bieder oder bürgerlich. Aber mir fällt kein Beispiel ein, wo dieser Prozess damit verbunden war, dass die Preise deutlich zurückgingen oder untere soziale Schichten diese Viertel wieder erobern konnten. Vielleicht könnten wir das als Logik der Post-Gentrification benennen, aber nicht als De-Gentrification.

Frank Feuerbach: In dem Fall wären ganz andere Methoden gefordert, die stärker ethno-

grafisch sind oder zumindest deutlich qualitativer?

Andrej Holm: Vielleicht könnte es sogar eine quantitative Studie sein, die diesen Fragen nachgeht: Wie viel Wohnraum steht ihnen zur Verfügung? Wo gehen sie arbeiten? Haben sich Arbeitswege verkürzt oder verlängert? Wir gehen ja meist davon aus, ein Motiv für die Gentrification sei die Orientierung der neuen Mittelklassen in den Dienstleistungs- und wissensökonomischen Bereichen an einer „Stadt der kurzen Wege“, als Bewältigungsstrategie der Herausforderungen von flexiblen Arbeits- und Lebensbedingungen. Das könnte im Umkehrschluss heißen, die notwendigen Wege, um von der Arbeit zu Freizeitstätten und zu ihren Wohnungen zu gelangen, verlängern sich für die aus solchen Gebieten Verdrängten. Das wäre ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Kosten des städtischen Umbaus sehr ungleich verteilt sind. Die einen können schnell mit dem Fahrrad zur Uni fahren oder zum Arbeiten, und die anderen sind auf Pendlerzüge angewiesen und haben ein steigendes Verdiensta-

fallrisiko, wenn die Deutsche Bahn mal wieder vom Wintereinbruch überrascht wird.

Die Politik und Bewertung der Gentrification

Frank Feuerbach: Wie argumentieren diejenigen, die sagen, dass es in Deutschland keine Gentrification gibt?

Andrej Holm: Die argumentieren in Deutschland wie in allen anderen Ländern auch und versuchen verharmlosende Begrifflichkeiten zu finden, die die sozialen Kosten der Gentrification ausblenden. Es ist dann regelmäßig die Rede von einer „Revitalisierung der Stadt“, von „Reurbanisierungstendenzen“ oder von der „gelungenen Konservierung historischer Baustrukturen“. Betont werden dabei die positiv konnotierten Aspekte des städtischen Wandels. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Arbeiten, die im Prinzip sagen: „Es gibt keine Gentrification, es sei alles ein ganz normaler gesellschaftlicher Wandel.“ Mit diesem Begriff, dass irgendein Wandel ganz natürlich oder normal sei, kann meiner Ansicht nach die Stadtforschung relativ wenig anfangen. Ich würde sogar so weit gehen: Normaler Wandel ist dabei ja auch kein Gegensatz zur Gentrification, sondern kennzeichnet den Normalzustand der kapitalistischen Urbanisierung in vielen Städten. Gerade in den international eingebundenen Städten wird Gentrification inzwischen als Mainstream der Innenstadtentwicklung behandelt. Es ist gar nicht mehr die Ausnahme, es ist die Regel. Man muss mit der Lupe nach den noch nicht gentrifizierten Gebieten suchen, wenn man in der Londoner Innenstadt unterwegs ist. Das kann man natürlich mit einem sehr neutralen Begriff wie dem „Wandel der Stadt“ umschreiben, oder in die großen Entwicklungszyklen – Urbanisierung, Suburbanisierung, Reurbanisierung – einbinden, aber ich glaube, dass das alles Argumentationen sind, die sich vor allem davor scheuen, die Verdrängungsprozesse und die sozialen Kosten, die damit für Einzelne aber auch für die Gesamtstadt verbunden sind, zu thematisieren.

Jan Glatter: Es besteht teils eine Angst vor diesem Begriff, weil er negativ konnotiert wird, oder von Protestgruppen als Kampfbegriff genutzt wird.

Andrej Holm: Neil Smith sagt ja, Gentrification ist so ein „dirty word“, also ein Schimpfwort, und sagt dann auch für wen: für Politiker, für Projektentwickler, für große Teile der Planerschaft, die mit der Stadterneuerung verbun-

den sind. Der Hintergrund ist – gerade für eine (stadt-)politische Diskussion – die Deutlichkeit, mit der Gentrification markiert wird, dass es keine Stadtpolitik im Interesse aller Gruppen mehr geben kann. Wenn wir einerseits in Sozialstudien und dem Wissen über differenzierte Lebensstile davon ausgehen, dass wir eine größtmögliche Ausdifferenzierung in der Gesellschaft beobachten, die auch mit unterschiedlichen Interessen auf die Nutzung des öffentlichen Raumes und mit konkurrierenden Ansprüchen auf bestimmte Innenstadtlagen verbunden sind, dann erübrigt sich eine Politik, die sagt: „Wir versprechen eine Stadtpolitik für alle“. Denn dieses „alle“ geht in den Städten ja zunehmend verloren, und das „alle“ zwischen einem jungen Kreativpärchen mit hohem Einkommensniveau und einer türkischen Familie, die auf Hartz-IV-Niveau lebt, ist relativ beschränkt, was gemeinsame Interessen an der Stadt angeht. Ich glaube, dass der Gentrification-Begriff immer den Finger in diese Wunde legt und Stadtpolitiker daran erinnert: Ihr müsst euch entscheiden, wollt ihr für die einen oder für die anderen eine Umverteilung organisieren? Und genau diese Entscheidung ist natürlich eine, vor der man sich aus wahltaktischen Überlegungen gerne scheut. Es gibt bis auf die FDP eigentlich keine Partei, die klar und deutlich die umworbene Gruppe benennt, für die sie Politik macht. Dafür werden sie paradoxerweise in der öffentlichen Debatte und im Abstimmungsverhalten jetzt auch noch abgestraft. Alle anderen versuchen eigentlich immer zu versprechen, dass sie „für die Mitte“, „für alle“, „für breite Schichten“ Politik machen. Ich glaube, dass unsere stadtsoziologischen und -geographischen Erkenntnisse darauf hindeuten, dass es dieses „für alle“ in der Stadt gar nicht mehr gibt.

Es gibt ja überall ganz viele Gruppen und Personen oder Positionsinhaber in der Stadtpolitik, die sich beharrlich weigern von Gentrification zu sprechen – sogar in Berlin. Ob ich nun Zahlen vorstelle oder eine Stadtführung mache bei der alle internationalen Kolleg/innen sich die Hände reiben, weil sie da ein Beispiel für einen fast idealtypischen Gentrification-Prozess präsentiert bekommen, in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin hält sich beharrlich die Überzeugung, es wäre gar keine Gentrification, es wäre ein ganz normaler Wandel. Die unterschiedliche Beurteilung ist keine Frage der Definition, sondern der stadtpolitischen Positionierung.

So haben die Wirtschaftsförderämter in den Städten möglicherweise ganz andere Perspektiven auf die Stadtentwicklung als Mieter/innen oder kritische Sozialwissenschaftler/innen und freuen sich in den Aufwertungsgebieten über eine hohe Konzentration der Kreativwirtschaft oder die Zunahme von einkommenssteuerzahlenden Haushaltsgruppen. Dass die sich ihre Freude darüber nicht mit einer leidigen Debatte um die sozialen Kosten verderben lassen wollen, ist sogar nachvollziehbar. Stadtentwicklung kann also nie nur von einer Seite aus betrachtet werden, und Städte sind auch immer umkämpfte Räume. Deshalb wird auch die Analyse von Gentrification immer umstritten bleiben.

Jan Glatter: Ich würde da unterschiedliche Diskurse unterscheiden. In der Wissenschaft ist man sich vom Grundverständnis her relativ einig: Wenn gewisse Indikatoren erkennbar sind, dann ist die Bezeichnung als Gentrification gerechtfertigt, meint primär aber das Phänomen und verbindet nicht zwingend eine Wertung. Im politischen Diskurs ist das schwieriger. Da hat man u.a. Bürgerbewegungen oder Quartiersinitiativen, die sich relativ schnell melden, und den Begriff aufgreifen, weil sie Gentrification negativ deuten und der Begriff daher für ihre Abwehr- und Protestdiskurse geeignet

scheint. Mit Gentrification wird etwas Drohen- des ausgedrückt. Da genügen schon kleinste Indizien für die Etikettierung als Gentrification. Da muss man immer genau unterscheiden, wer spricht aus welcher Perspektive mit welcher Bewertung.

Andrej Holm: Der Begriff und das damit verbundene Konzept werfen auch Fragen auf, die nicht von denen beantwortet werden können oder wollen, die ökonomisch oder politisch mit solchen Prozessen verbunden sind. Das kennen wir ja aus anderen Bereichen der Gesellschaft auch, diesen Trend, eher das Positive in den Vordergrund zu stellen. Das machen Politiker/innen und Immobilienmarktakteure natürlich nicht anders. Die stellen sich ja nicht hin und sagen „Wir haben soundso viel Milliarden Euro ausgegeben, um 80% der Bevölkerung zu verdrängen“, sondern die sagen „Es ist uns gelungen, die historische Bausubstanz zu retten, es ist uns gelungen, die Infrastruktur aufzuwerten, es ist uns gelungen, dieses oder jenes Viertel wieder zum Wohnquartier für Familien mit Kindern auszubauen“, und das stimmt ja genauso. Es ist die andere Seite der selben Wahrheit, die besagt, dass der Anteil von Arbeitslosen sehr deutlich gesunken ist oder in einem Gebiet kaum noch Migrant/innen wohnen. Es sind also zwei Erzählungen



Brüssel: „frische administrative“ (Verwaltungsbrachen) Auswirkungen der dynamischen Immobilienwirtschaft: Leerstehende Bürogebäude im Stadtkern. Cosima Werner (2011)

über dieselbe Geschichte. Die Frage ist, wer betont welchen Aspekt dabei.

Frank Feuerbach: Welche Schnittmengen und Trennlinien gibt es zu den Begriffen Reurbanisierung, Renaissance der Innenstadt, Revitalisierung, die ja im wissenschaftlichen Kontext mehr sind als eine unpolitische Umdeutung von Gentrification?

Jan Glatter: Interessant ist, dass die Begriffe Gentrification und Reurbanisierung Anfang der 1980er Jahre noch synonym benutzt wurden. Erst Mitte der 1980er Jahre setzt sich der Begriff Gentrification gegen eine Vielzahl alternativer Bezeichnungen durch. Nachdem Gentrification jedoch mit einer negativen Bedeutung belegt wurde, kommt so eine Art Erinnerungseffekt: „... da gab es doch noch andere Begrifflichkeiten?“ In der Wissenschaft am populärsten ist die Reurbanisierung. Reurbanisierung ist eher eindimensional auf die Einwohnerentwicklung orientiert und wird als Gegenpart zur Suburbanisierung gesehen. Revitalisierung wird zwar auch in der Wissenschaft genutzt, ist aber zumeist relativ allgemein definiert als Belebung, Wiederbelebung von Arealen. Renaissance ist eher ein politischer, programmatischer Begriff. Der ist sehr eng mit der Londoner Stadtpolitik und mit dem Planungskonzept von Richard Rogers verbunden.

Versucht man die Unterschiede zwischen Reurbanisierung und Gentrification zu finden, kommt es darauf an, mit was für einem Reurbanisierungsbegriff man arbeitet. Wir haben ja schon gesagt, bei Gentrification gibt es nicht diesen einheitlichen Begriff, und bei Reurbanisierung gibt es den auch nicht. Es gibt in der Wissenschaft mindestens sieben, acht Definitionen zur Reurbanisierung. Je nachdem, wie man Reurbanisierung auffasst, kann man sagen, Reurbanisierung ist eine Art Oberbegriff für die Gentrification, oder beides kann gleichzeitig bestehen, muss es aber nicht.

Andrej Holm: Trotz dieser Diffusität des Reurbanisierung-Begriffs gibt es ja Forderungen nach einer „Reurbanisierung der Gentrification“. Gemeint ist damit: Schaut stärker auf den demographischen Wandel und die neuen Altersgruppenzusammensetzungen in den Städten. Nicht mehr wohnungswirtschaftliche und politische Prozesse sondern in erster Linie demographische Veränderungen werden dabei als Auslöser städtischer Veränderungen beschrieben. Damit verbunden ist dann aber auch eine Entpolitisierung der Erklärungsmodelle für städtische Dynamiken. Stadtentwicklung ist

dann nicht mehr Ausdruck von Interessen und Entscheidungen, sondern vor allem Effekt der Bevölkerungsentwicklung. Von Matthieu van Criekingen gibt es den schönen Bonmots vom „gentrifying of the reurbanization debate“. Damit will er nicht alle Reurbanisierungstrends als Gentrification verstanden wissen, aber stellt die für die Gentrification-Forschung typischen Fragestellungen nach den klassenbezogenen Verschiebungen und wohnungswirtschaftlichen Hintergründen von städtischem Wandel auf die Tagesordnung. Das sind genau die Fragen, die in der Reurbanisierungsforschung im Moment unterbelichtet sind. Die Reurbanisierungsforschung könnte in dieser Hinsicht viel von der Gentrification-Debatte lernen.

Der Reurbanisierungsbegriff geht ja auf die Vorstellung eines Phasenmodells der Stadtentwicklung zurück, doch statt die Phasenwechsel in ihren Ursachen zu erklären, konzentrieren sich die meisten Studien auf die Feststellung, dass aktuell eine Trendumkehr der Suburbanisierung beobachtet werden kann. Ein Großteil der aktuellen Arbeiten zum Thema beschränkt sich auf Nachbarschaftsstudien in den reurbanisierten Bereichen der Städte. Damit gibt es natürlich Überschneidungen zur Gentrification-Forschung, die sich ja wie gesagt lange Zeit mit solchen quartiersbezogenen Perspektiven auseinandergesetzt hat oder auch immer quartiersbezogen definiert wurde. Paradoxerweise könnte man ein antizyklisches Verhältnis feststellen: Die Reurbanisierungsforschung entdeckt das Quartier während die Gentrification-Forschung mit den Diskussionen um den neuen städtischen Mainstream dabei ist, den gesamtstädtischen Kontext für sich zu entdecken.

Erklärungen und Faktoren der Gentrification

Frank Feuerbach: Gibt es heutzutage noch diese klassischen Erklärungsmodelle, oder ist es nicht nur die Pluralität von Erklärungsansätzen, sondern auch die Pluralität der bestimmenden Faktoren, welche Gentrification so vielschichtig machen?

Andrej Holm: Ich glaube, es gibt eine Annäherung zwischen unterschiedlichen Erklärungsschulen, die sich ja vor allem in der amerikanischen Debatte in den 1980ern entwickelt haben. Auch ein mit ökonomischen Erklärungsansätzen arbeitender Wissenschaftler wie Neil Smith weiß, dass Lebensstile und verän-



Leipzig Windmühlenstraße: Nach den Pionieren kommen nun die Investoren für modernes innerstädtisches Wohnen – eine Sanierung für alle? Franziska Pufe (2011)

derte Arbeitsbedingungen Einfluss auf die Stadtentwicklung haben und auf der anderen Seite erkennt auch David Ley als Vertreter der nachfrageseitigen Erklärung an, dass der Wohnungsmarkt ein entscheidender Faktor für die Stadtentwicklung ist. Das heißt, es gibt tatsächlich so etwas wie eine Annäherung. Für den Forschungsprozess ist das auch sinnvoll, denn bestimmte Prozesse müssen aus ganz verschiedenen Perspektiven erklärt werden. Die aktuelle Gentrification-Forschung muss sich nicht entscheiden, ob sie veränderte Arbeitsbedingungen und Lebensstile untersuchen will oder die wohnungswirtschaftlichen und politischen Faktoren der Aufwertung. Es gibt da keinen Zwang mehr, sich zu entscheiden.

Jan Glatter: Man sollte bei der Suche nach Erklärungskonzepten zwischen Anlass und Ursache unterscheiden. Der Anlass ist die Initialzündung, ein erstes Projekt, ein Signal. Das kann ein Investor sein, der da als erster rein geht oder die sogenannten Pioniere, aber auch ein großer Museumsbau wodurch das Umfeld aufgewertet wird. Was hinter diesen Anlässen steht und als Ursache verstanden werden kann, ist die semantische Aufwertung des Quartiers:

Es kommt zu einem Bedeutungsgewinn eines Raumes mit steigender Gewinnerwartung. Diese semantische Aufwertung basiert auf gesellschaftlichen Kommunikationen über Räume.

Andrej Holm: Aber auch im Verhältnis von symbolischer Aufwertung und realen Veränderungen sind Ursachen und Folgen nicht immer klar voneinander zu unterscheiden.

Jan Glatter: Genau, es entsteht eine Steigerungslogik zwischen Angebot und Nachfrage, ein lokaler Marktprozess der Akteure, bei dem Ursachen und Folgen nicht mehr unterscheidbar sind.

Andrej Holm: Du betonst hier die Wechselbeziehung von symbolischen Aufwertungen und realer Kapitalisierung. Diese Vorstellung von symbolischen Pionierleistungen als Voraussetzung einer tatsächlichen Aufwertung wird ja auch von Jens Dangschat in seinem Modell des idealtypischen Gentrification-Verlaufs aufgegriffen. So ungefähr in allen stadtbezogenen Ausbildungsgängen an deutschen Hochschulen haben die Studierenden den Kurvenverlauf der doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklen kennengelernt. Kein Wunder, dass wir allerorten mit der vermeintlichen Gewiss-

heit konfrontiert werden, Pionierphasen mit den Kreativen seien die Voraussetzung der Gentrification. Das Pionier-Modell jedoch kann meiner Meinung nach die aktuelle Gentrification-Prozesse nicht mehr adäquat abbilden. Wir kennen inzwischen Dutzende Beispiele von Städten, in denen die Stadtverwaltungen entschieden haben, ein Sanierungsgebiet festzulegen. Da ist noch nie ein Künstler vorbeigekommen, und trotzdem steigen die Mieten. Wir kennen auch Beispiele von Neubauaktivitäten oder Umbauten von ehemaligen Hafener- oder Industrieanlagen, die Aufwertungseffekte in den benachbarten Vierteln auslösen, ganz ohne einer klassischen Pionierphase. Oder nehmen wir Debatten über Gentrification im ländlichen Raum, wozu ja in England schon seit ein paar Jahren geforscht wird – auch das ist eine Gentrification ohne Pioniere. Da kaufen einfach Leute, die in London im Bankensektor arbeiten die Pferdegehöfte auf und zahlen sehr viel Geld dafür und verändern die Dörfer. Da braucht es im Vorfeld keine Hippiekommune, die die Pferde streichelt, bis dann der kaltherzige Investor das Dorf übernimmt.

Ein Abschied von dem Phasenverlaufmodell hat durchaus auch positive Seiten und in meinem Umfeld werden zunehmend Master-, Diplom- und Doktorarbeiten geschrieben, die sich nicht mehr darauf beschränken, den Phasenverlauf der Gentrification so zu operationalisieren, dass Pioniere, Gentrifier und die Anderen mit soziographischen Daten dingfest gemacht werden können. Da gibt es ganz viele Ansätze, die schauen, wie sich das Image eines Viertels verändert hat und in was für Medien der Imagewandel repräsentiert wurde, oder ich untersuche die verschiedenen Verwertungsstrategien von unterschiedlichen Eigentübertypen. Handelt der Einzeleigentümer anders als ein global aufgestellter Investmentfond in einem Viertel? Ich finde es durchaus als eine Befreiung, nicht immer untersuchen zu müssen, wann denn jetzt die Pionierphase angefangen hat, wer die ersten waren und wie hoch der Anteil der Gentrifier am Ende der dritten Phase ist. Die Pluralität der Erklärungsansätze kann und sollte dazu genutzt werden, in bestimmte Fragestellungen tiefer einzusteigen, statt nur den Verlauf der Veränderungen zu beschreiben.

Jan Glatter: Das Modell des doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus war ein elegantes, in sich schlüssiges Konzept: die Rolle und der Anteil der einzelnen Gruppen ergeben ein

schlüssiges Muster. Aber aufgrund der darin konstruierten Verknüpfung zwischen statistischer Akteursdefinition und zugewiesener Rolle der Akteure ist das Modell empirisch gescheitert. In einigen Studien sind die Pioniere gar nicht mehr aufgetaucht, oder die Gentrifier waren die ersten im Quartier – ihrer Rolle nach also Pioniere. Dennoch kann mit dem Pionier- und Gentrifierbegriff noch wunderbar gearbeitet werden. Man sollte sich dabei aber auf die Rollen beziehen. Der Pionierbegriff sagt es ja an sich, dass es diejenigen sind, die eine Aufwertung in Gang bringen; die Gentrifier sind diejenigen, die den Prozess sozio-ökonomisch tragen, sie übernehmen die Rolle des sozialstrukturellen Statusanstiegs.

Die Rolle der WissenschaftlerInnen

Frank Feuerbach: Kann der Begriff losgelöst von arbeitsökonomischen, politischen, ideologischen, im Endeffekt moralischen Positionen bezüglich siedlungsräumlicher Prozesse gefasst werden? Ist Gentrification nicht immer eine Kampfbegriff?

Jan Glatter: Es gibt zumindest Positionen, die Gentrification relativ unpolitisch sehen. In den Ansätzen des Nachbarschaftswandels wird Gentrification als eine Art Gesetzmäßigkeit der städtischen Entwicklung verstanden. Das ist aber nicht nur eine Frage der theoretischen Erklärung, sondern vor allem eine der eigenen Forschungsethik: Inwieweit beteilige ich mich selbst an politischen Debatten bzw. Auseinandersetzungen. Viele britische und nordamerikanische Forscher nehmen eine sehr engagierte Position ein und sehen vor allem die Nachteile der Gentrification, sprechen wie Neil Smith sogar von einer „neuen Kolonialisierung der Stadt“. Diese Positionierung könnte daher rühren, dass dieser Prozess dort viel brutaler abläuft als beispielsweise in Deutschland, kann aber auch an unterschiedlichen politischen Einstellungen liegen. Ich denke, als Forscher ist man nie unpolitisch, man ist immer involviert, und sollte seine Forschungen und Beteiligungen daher reflektieren.

Andrej Holm: Das Problem ist weniger die Objektivität der Ergebnisse, als vielmehr der von den wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgehende Handlungsdruck für Politik und Wirtschaft. Nur weil ein wissenschaftliches Konzept immer wieder als Kampfbegriff bezeichnet wird, lässt sich daraus kein Rückschluss auf die wissenschaftliche Qualität und Objektivität ab-

leiten. Es kann eben auch unangenehme Wahrheiten geben. Trotzdem sehe ich es wie Jan und würde auch sagen, dass die Orientierung an der von Max Weber geforderten Werturteilsfreiheit in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Praxis tatsächlich nicht so einfach zu handhaben ist. Im Prinzip begeben sich doch alle Forschungsansätze, die nicht nur Phänomene beschreiben und statistisch oder mit anderen empirischen Methoden abbilden wollen, sondern nach den Ursachen fragen und dabei auch strukturelle gesellschaftliche Komponenten mit einbeziehen, in ein gesellschaftspolitisches Diskursfeld. Wenn ich Marktprozesse oder Machtverhältnisse in eine Studie einbeziehe, dann produziere ich unmittelbare Reibungspunkte mit den politischen und wirtschaftlichen Interessensträgern. In einer Gesellschaft, die eben nicht aus homogenen Interessen, sondern aus sehr widersprüchlichen Konstellationen besteht, kann es auch keine widerspruchsfreie Wissenschaft geben. Ich bin da wirklich stark von Bourdieu geprägt, der es als Aufgabe von Wissenschaft sah, den gesellschaftlichen Schleier vor den Machtverhältnissen zu lüften. Wir sollten uns also nicht damit zufrieden geben, wenn städtische Veränderungen als ganz natürlicher Zyklus der Stadtentwicklung beschrieben werden. Wo soll denn diese Natürlichkeit plötzlich herkommen, wenn wir ansonsten wissen, alles ist gesellschaftlich produziert oder ist Ergebnis sozialen Handelns? In dem

Augenblick jedoch, in dem ich mit genuin wissenschaftlichen Konzepten etwa die Ursache- und Wirkungsbeziehungen analysiere, rege ich auch eine Auseinandersetzung mit diesen Ergebnissen an. Unsere wissenschaftliche Arbeit wird auch in einem nicht-wissenschaftlichen politischen Kräftefeld wahrgenommen, rezipiert und aufgegriffen. Die Gentrification-Forschung ist jetzt eine von diesen Bereichen, die auch ganz stark von sozialen Bewegungen aufgegriffen wird. Noch bevor der Begriff in den deutschsprachigen Mainstream- und Meinungsmedien aufgetaucht ist, wurde er auf dutzenden Flugblättern, Plakaten, Mobilisierungsveranstaltungen benutzt. Von dieser Bewegungsperspektive ausgehend hat die Gentrification den Weg in die öffentliche Debatte gefunden.

Jan Glatter: Wenn man sich als Wissenschaftler mit einem politisch diskutierten Thema beschäftigt, werden einem von Planern, Medien, Bürgerinitiativen automatisch Fragen gestellt wie: „Du kennst dich doch aus mit der Entwicklung, was sollten wir denn jetzt machen?“ Die erwarten Antworten von der Wissenschaft. Als Wissenschaftler trägt man sicher eine Verpflichtung, eine informierende Rolle einzunehmen. Inwieweit man darüber hinaus eine moderierende Rolle oder bewertende Rolle einnimmt, entscheidet jedoch jeder für sich.

Frank Feuerbach: Vielen, vielen Dank für das Interview!



Verfallende Altbauten aus der britischen Kolonialzeit, zentral gelegen zwischen Little India und Chinatown im Stadtteil River Valley, werden von einer asienweit operierenden Grundstücksgesellschaft saniert. Frank Feuerbach (2008)

Das liberalisierte Recht auf Stadt

Dieser Beitrag betrachtet die kulturellen und sozialen Ursprünge des Konzeptes Recht auf Stadt sowie die Manifestierung in gesellschaftlichen Bewegungen. Es soll verdeutlicht werden, dass die Bewegung in seiner aktuellen Form nicht in einen breiten gesellschaftlichen Kontext integriert werden kann, stattdessen theoretische Ansätze und praktische Prozesse Brücken zu neoliberalen Ansätzen schlagen können.

Einleitung

In den letzten Jahren fanden soziale Bewegungen, die sich gegen Gentrifizierung oder soziale und räumliche Ungleichheit aussprechen, eine breite gesellschaftliche und mediale Rezeption. Der Aufschrei nach sozialer Gerechtigkeit wird oft mit dem Konzept Recht auf Stadt in Verbindung gebracht, zumal sich innerhalb der Bewegungen auch explizit auf dieses Motto bezogen wird. Doch was besagt dieses Konzept und wie ist es historisch, kulturell und gesellschaftlich verankert? Aufbauend auf den Antworten zu diesen Fragen sollen in diesem Beitrag die Schwächen des Rechtes auf Stadt aufgezeigt werden. Es wird die These aufgestellt, dass aufgrund der größten Schwäche der städtischen Finanzlage im Generellen und der finanziellen Situation der Akteure im Speziellen eine Änderung des Konzeptes Recht auf Stadt nötig ist. Dies impliziert eine Öffnung hin zu liberalen Ideen. Der Beitrag verfolgt das Ziel, Ansätze innerhalb der Bewegung, der theoretischen Grundlagen und der akademischen Tradition zu beleuchten, die solch einer Öffnung dienlich sind.

Der theoretische Ursprung von Recht auf Stadt

Das heutige Konzept von Recht auf Stadt geht hauptsächlich auf Henri Lefebvre zurück, der sich bereits in den 1960er und 1970er Jahren kritisch mit der gesellschaftlichen Situation in Städten auseinandersetzte. Seine Konzeption von einem Recht auf Stadt steht einerseits im Kontext seines Gesamtwerkes als auch im sozialhistorischen Kontext seiner Zeit.

Betrachtet man das Gesamtwerk Lefebvres,

so kann man von einem Raumverständnis ausgehen, das sich, kurz gefasst, durch die soziale Produktion von Raum auszeichnet. Raum ist dementsprechend repräsentativ und somit unkämpfbar, so dass soziale Ungerechtigkeit im Raum sichtbar werden kann. Besonders sozial starke Gruppen bewirken eine einseitige Raumaneignung und befördern sozialräumliche Ungleichheiten. Für Lefebvre ist Raumkontrolle ein Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Löw et al. 2007: 52). Diese Ideen spiegeln sich auch in seinem Entwurf eines Rechtes auf Stadt wider. Edward Soja (2010) griff diese Ideen von räumlich manifestierter Ungerechtigkeit auf und bezieht sie auf aktuelle Kontexte.

Der sozialhistorische Kontext und das Leitbild von Stadt aus der Zeit Lefebvres waren primär durch den Fordismus gekennzeichnet. Mayer (2011: 55) spricht dabei sogar von einer Krise desselben als Kontext für Lefebvres Recht auf Stadt. Seine Theorien kritisieren daher einerseits die Konsequenzen dieser Leitbilder, wie zum Beispiel die Kapitalisierung von Raum, hinterfragen aber auch das bestehende politische System. Er richtet sich dabei nicht nur gegen die negativen Konsequenzen, die er im Kapitalismus sah, sondern auch gegen eine hegemoniale Stellung von Stadtpolitik, die die Rechte der Bürger nicht berücksichtigt.

In der akademischen Welt dieser Zeit können ebenso verschiedene Einflussfaktoren zu Lefebvres Recht auf Stadt wahrgenommen werden. Untere anderem ist das der *Cultural Turn* in den Geisteswissenschaften, mit dem ein Erstarren der Kritischen Theorie einherging (mit intellektuellem Zentrum Frankfurter Schule), aber auch die gesamtgesellschaftlichen Umbrüche der 1960er Jahre. Die Ausrichtung seines Konzeptes ist weiterhin von einem neomarxistischen Standpunkt beeinflusst (1928 trat Lefebvre der kommunistischen Partei bei).

In der Konzeption eines Rechtes auf Stadt setzt er einen Schwerpunkt auf politische Aspekte städtischer Bewohner und verbindet diese mit deren sozialräumlicher Situation. Mit den Begriffen Recht auf Zentralität und Differenz umschreibt Lefebvre Orte verdichteter

Unterschiedlichkeit, deren Ressourcen zugänglich für alle Bürger sind und in denen diese zusammenkommen oder aufeinander treffen können (vgl. Schmid 2011: 32–34). Purcell (2002: 103) bezeichnet Lefebvres Recht auf Stadt als ein Recht auf Partizipation an politischen Prozessen, sowie als Recht auf Aneignung, also gleicher Zugang, Besetzung und Nutzung von urbanem Raum. Die Produktion des Raumes soll den Bewohnern übertragen werden und sich nicht in monopolistischen Machtstrukturen konzentrieren. Damit verbunden formuliert Lefebvre (1990: 160) ein Recht auf Nichtausschluss, also einer Integration aller gesellschaftlichen Gruppen in städtisches Leben, sowie das Recht auf kollektive Wiederaeignung des städtischen Raumes (vgl. ebd. 1973: 121).

Weiterentwicklungen im Kontext der neoliberalen Stadt

Lefebvres Ansätze von Recht auf Stadt wurden seit den 1990er Jahren verstärkt rezipiert und weiterentwickelt, vertieft und zeitgenössischen Kontexten angepasst. Dies spielte sich im Zusammenhang einer Phase der Stadtentwicklung ab, die unter anderem Herausforderungen durch Globalisierung, finanzieller Not und Wettbewerb zwischen städtischen Standorten geprägt war. Unter diesen Umständen öffnete sich Stadtpolitik dem ökonomischen Sektor und musste aufgrund von knappen Haushaltskassen große Teile der Einflussbereiche einer Privatisierung unterwerfen. So rückten zum Beispiel im Konstrukt des Kulturbetriebes Ökonomie und Kultur näher zusammen und auf dem Wohnungsmarkt und diversen infrastrukturellen Diensten, wie zum Beispiel der Wasserwirtschaft, bekamen Investoren größeren Einfluss (vgl. Häußermann et al. 2008: 246). Ein von den Vertretern des Rechts auf Stadt oftmals und umfänglich kritisiertes Leitbild ist dementsprechend auch das der neoliberalen Stadt.

Doch worum dreht es sich bei dem Begriff Neoliberalismus? Dieser stützt sich auf den klassischen Liberalismus, der unter anderem auf Adam Smith zurückgeht. Hierbei wird das Ideal eines uneingeschränkten und freien Individuums auf ein Marktmodell bezogen (vgl. Friedman 2004: 30ff.), das sich durch geringe Kontrolle auszeichnet. Staatliche Institutionen sollen die individuelle Freiheit lediglich garantieren. Die Bedeutung liberaler Ideen sank mit den Weltwirtschaftskrisen der 1920er und

1930er Jahre und fand erst in den 1970er und 1980er Jahren zu einer Renaissance. Besonders durch konservative Regierungen, wie bei Thatcher oder Reagan, kamen liberale Ideen im Neoliberalismus zu neuer Blüte. Staatlichen Organen wird nun die Aufgabe zugeschrieben, Marktprozesse institutionell zu sichern oder zu stärken (vgl. Ptak 2007: 16). Diese Vorgabe impliziert eine enge Verknüpfung zwischen Markt und Staat, aber auch eine Reduzierung staatlicher Aufgaben (vgl. Friedman 2004: 46ff.) sowie einer Abkehr vom klassischen Wohlfahrtsstaat. Mit der Entwicklung dieser Begrifflichkeiten kann eine Verbindung zum Thema Unternehmen Stadt gezogen werden. Unter diesem Konzept lassen sich Prozesse der Stadtpolitik zusammenfassen, die, neben der bereits genannten Verschiebung von Macht, eine Management-Position der Stadtpolitik thematisiert und Städte als Konkurrenten verortet (vgl. Harvey 1989: 4). Die Rolle der Stadtpolitik und der Wirtschaft, sowie die sozialen Folgen, die daraus erwachsen, sind Ansatz für die Kritik der zeitgenössischen akademischen Vertreter von Recht auf Stadt. So betrachtet David Harvey (2008: 32–36) kapitale Wachstumsprozesse zur Erhaltung oder Vermehrung von Reichtum und Macht, welche Hand in Hand mit einer Mehrwertabschöpfung von Kapital durch Investoren oder Spekulanten gehen, als Beförderung sozialer Ungleichheit. Staat und Kapital bilden eine hegemoniale Macht, die diese Prozesse duldet oder vorantreibt. Peter Marcuse (2009: 187) spricht gar von der Gier der Spekulanten. Expliziter noch als Lefebvre kritisieren die hier betrachteten Vertreter die Verdrängung von sozial schwachen Gruppen oder Milieus aus angestammten Wohngebieten. Beispielsweise geht es um die Verdrängung in suburbane Räume oder ungenutzte Orte, wie Bahnanlagen oder Unterführungen (vgl. Harvey 2008: 35–36). Platzverweise, der Einsatz von Sicherheitsdiensten oder Videoüberwachung werden als moderne Formen des Kampfes um öffentlichen Raum und die Kontrolle desselbigen rezipiert (vgl. Eick 2006: 174ff.).

Im Zuge der wachsenden Kritik an der Neoliberalen Stadt erfolgte eine Weiterentwicklung des Modells Recht auf Stadt. Es muss vorweg genommen werden, dass es keine einheitliche Schule oder theoretischen Konsens zwischen den im Folgenden vorgestellten Autoren gibt. Autoren wie Marcuse, Harvey oder Purcell scheinen jedoch verstärkt politische Forderungen zu adressieren und entstammen einem po-

litisch linkem Hintergrund.

Marcuse (2009: 192f.) versteht unter dem Recht auf Stadt eine Ansammlung oder Bündelung von kollektiven Rechten, was er mit Recht auf Totalität (im Sinne einer Komplexität) umschreibt. Beispiele wie Recht auf öffentliche Räume, auf Information oder Transparenz müssen ihm zufolge als solch einem gebündelten Recht ungeordnet verstanden werden. Weiterhin schließt er legales Recht im juristischen Sinne explizit aus (vgl. ebd.). Harvey (2008: 23ff.) versteht unter dem Recht auf Stadt hingegen ein Recht auf individuellen Wandel, der auf eine Wandlung der Stadt zurückgeführt und demzufolge als gesellschaftliches Recht verstanden wird. Dieses Recht fällt Harvey zufolge jedoch zunehmend in private oder semi-private Interessen. Unter Bezug auf die Forderungen der US-amerikanischen Organisation *Right to the City Alliance* fasst Andrej Holm (2009: 33) die dort formulierten verschiedenen Rechte auf Stadt wie folgt zusammen: „Gefordert werden unter anderem ein Recht auf Wohnen (und Landnutzung) frei von Marktspekulation und zur Förderung der Nachbarschaftsstrukturen, nachhaltiger lokaler Ökonomien und kultureller sowie politischer Räume; ein Recht auf dauerhaftes öffentliches Eigentum für öffentliche Nutzungen; ein Recht auf ökonomische Gerechtigkeit; ein Recht auf ökologische Gerechtigkeit (insbesondere Lebens- und Umweltqualitäten an Wohn- und Arbeitsplätzen); ein Recht auf Unversehrtheit vor Polizei- und Staatsgewalt sowie Einwanderungsrechte; das Recht auf öffentliche Dienstleistungen (insbesondere zur Unterstützung der sozialen und kulturellen Integrität der Nachbarschaften) und ein Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung an städtischen Planungsprozessen.“ Füllner und Templin (2011: 87) merken in diesem Zusammenhang an, dass das Recht auf Stadt weniger ein theoretisches Konzept, denn ein gemeinsamer Referenzpunkt der heterogenen Initiativlandschaft ist. Ein politischer Bezug tritt in allen Definitionen deutlich hervor und dementsprechend politisch ist auch die Äußerung auf Umsetzung dieser Rechte geprägt. So fordert Purcell (2002: 104ff.) eine Stärkung der urbanen Staatsbürgerschaft und Demokratie, als auch eine größere urbane Mitbestimmung in überregionalen Themen, die Städte betreffen. Verhalten sollte weiterhin nicht kapital- sondern sozialorientiert sein und sich gegen Spekulationen richten. Auch Harvey (2008: 39ff.) fordert die Demokratisierung von Recht auf Stadt und die Konstruk-

tion einer sozialen Bewegung der politischen Mitbestimmung. Er setzt sich weiterhin gegen soziale Abschottung ein und betont die Notwendigkeit finanzieller Fonds, um Nachbarschaften zu unterstützen.

Recht auf Stadt in der Praxis

Inwieweit spiegeln sich diese Forderungen nun in der Praxis wider, wie manifestieren sich die theoretischen Grundsätze des Konzeptes Recht auf Stadt in gesellschaftlich wirkliche und wirksame Formen?

Es lässt sich vorweg sagen, dass im zeitgenössischen Kontext Bewegungen und Initiativen von öffentlicher Seite oft mit linken oder linksextremen Bewegungen assoziiert werden. Initiativen, die sich gegen urbane Prozesse wie soziale Segregation, Gentrification oder Privatisierung richten, implizieren jedoch nicht nur die farbliche Aufwertung von Stadthäusern durch Farbbomben oder die Einäscherung von Großraumlounges. Vielmehr lassen sich auch ein erheblicher Grad von Professionalisierung und ein Zuwachs nichtlinker Aktivisten innerhalb der Initiativen erkennen. Im Folgenden sollen neben klassischen Protestformen drei Prozesse hervorgehoben werden, die Ansätze für eine Annäherung zu städtischen und privatwirtschaftlichen Institutionen liefern. Das sind namentlich Institutionalisierung, Internationalisierung und Verbürgerlichung.

Tatsächlich färben laut Füllner und Templin (2011: 93) linksradikale politische und kulturelle Wurzeln auf die Formen der Äußerung von Kritik gegen die als ungerecht wahrgenommenen Verhältnisse ab. Ein Großteil der Demonstranten ist der autonomen Szene zuzuordnen. Am offensichtlichsten zeichnet sich die Wahrnehmung der Protestbewegung durch Demonstrationen, Häuserbesetzungen oder die Störung von Wohnungsbesichtigungen durch Flashmobs aus (vgl. Birke/Larsen 2008). Beispiele für Demonstrationen bzw. Protestzüge sind Kiezspaziergang gegen Gentrification in Berlin und *Es regnet Kaviar* in Hamburg. Über letztere Bewegung wurde 2009 sogar der Dokumentarfilm *Empire St. Pauli. Von Perlenketten und Platzverweisen* gedreht. Dabei wird in den Bewegungen Opposition gegen Privatisierung der Stadt bezogen. Im Zentrum der Kritik stehen ebenso die Makler und Investoren von Büro- oder Wohnkomplexen.

Doch auch mit rechtlichen Mitteln wird Protest ausgedrückt. Dazu zählen unter anderem



Exklusives Wohnen in der Hamburger Hafencity. Cosima Werner (2011)

juristische Verfahren oder Mietstreiks, also die Verweigerung der monatlichen Mietzahlung. Ein Beispiel liefert Twickel (2010: 74) mit einem Mietstreik gegen unzumutbare Wohnverhältnisse. Anhand solcher Verweigerung der Mietzahlung durch ganze Mietgemeinschaften oder gemeinsam gestellte Sammelklagen lässt sich ablesen, wie effektiv die rechtlichen Proteste bereits gemeinschaftlich organisiert sind. An solchen Zusammenschlüssen lässt sich auch bereits ein gewisser Grad von Professionalisierung bzw. Institutionalisierung erkennen. Eine weitere Form, die den Protest von der Straße führt, sind autonome Wohnzusammenschlüsse. Dazu zählen freie Wohngenosenschaften, alternative Wohnträger und Mieterorganisationen, die ganze Wohnkomplexe eigenständig verwalten und instand halten. Ein Beispiel dafür ist die Wohngenosenschaft *Alternativen am Elbufer e.G.* in Hamburg. Ein weiteres interessantes Konzept ist die von Schmid (2011: 90) vorgestellte Stadtplanung von unten. Der Ansatz wirkt ziemlich einfach und direkt, indem Investoren und Stadtpolitik mit eigenen Bebauungs- oder Entwicklungsplänen konfrontiert werden. Auf diese Weise werden den kritisierten Planungsstrategien und -strukturen Alternativen entgegengestellt, die versuchen, auf eigenen Beinen Ideale und Ansprüche an Stadt-

planung- und Entwicklung umzusetzen.

Anhand dieser Organisationen kann man aber auch die Parallelen zu der theoretischen Grundlage von Recht auf Stadt erkennen. Einerseits drückt sich hier das von Holm (2009: 33) rezipierte Recht auf Wohnen aus, andererseits deckt sich dieses Vorgehen auch mit dem von Harvey (2008: 39ff.) vorgestellten Konzept der Nachbarschaftsfonds. Durch die Herausbildung professioneller Strukturen entwickeln sich Protestbewegungen damit zu ebenbürtigen Akteuren auf institutioneller Ebene.

Ein zweiter Prozess ist die Internationalisierung bzw. Überregionalisierung von lokalen Protesten. Besonders im US-amerikanischen Kontext spricht Holm (2009: 35–36) von einem Ausbau internationaler Strukturen und Vernetzungen zwischen lokalen Bewegungen, die sich für ein Recht auf Stadt aussprechen. Jedoch kann von solch einer Entwicklung im deutschen Kontext noch keine Rede sein (vgl. ebd.). Ein Beleg dafür liefert die *IAI - die International Alliance of Inhabitants* (2010), die sich als globaler Zusammenschluss von urbanen Bewohnern und Organisationen versteht und sich gegen Ungleichheiten, Exklusion oder Ausbeutung von Armen einsetzt. Die Webseite der Organisation suggeriert, dass deutsche Or-

ganisationen nicht partizipieren, da keinerlei deutsche Organisationen gelistet sind.

Auch hier kann wieder an die Forderungen akademischer Diskurse und Konzepte angeknüpft werden. So adressieren Harvey und Purcell, wie zuvor dargestellt, die hohe Bedeutung der globalen Zusammenarbeit und der überregionalen Vernetzung. Institutionelle Professionalisierung und Internationalisierung bestärken auf diese Weise die Forderungen nach politischer Vernetzung.

Ein dritter und letzter angesprochener Prozess betrifft die Zusammensetzung der Akteure. Bereits zu Beginn dieses Kapitels wurde kurz darauf eingegangen, dass sich die Akteure traditionell aus einem linken bzw. linksautonomen Milieu zusammensetzen. Twickel (2010: 73ff.) beschreibt jedoch eine zunehmende Partizipation nichtlinker Gruppen. Dazu zählt er insbesondere Vertreter der Kreativen Klasse; geht speziell jedoch auf die Besetzung des Gängeviertels in Hamburg durch Künstler und Kreative ein (vgl. ebd.). Dies mag zuerst paradox erscheinen, da diese Gruppen Gentrifizierung und somit räumliche Verdrängung von Randgruppen gemäß dem doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus einleiten (vgl. Friedrichs 1995: 119 ff.).

Bei Twickel (2010: 81) lassen sich aber auch bürgerliche Tendenzen innerhalb der Bewegungen erkennen, womit er sich auf ein eher ruhiges Agieren bezieht. Füllner und Templin (2011: 95) können auch den bürgerlichen Kreisen einen gewissen Unmut über die angeklagten Prozesse attestieren. So sollen sich den Autoren zufolge auch RentnerInnen mit den Forderungen von Recht auf Stadt identifizieren können, jedoch eher aus historischem oder ästhetischem Interesse (vgl. ebd.).

Without Money there is no Love – Das Finanzierungsproblem

Wie gezeigt wurde, ist das Besondere an den Prozessen der Institutionalisierung im klassisch soziologischen Sinne eine praktische und direkte Umsetzung von Forderungen oder Ansätzen des Rechts auf Stadt, was Demonstrationen oder Protestzüge alleine nicht vermögen. Doch mit der Realisierung solcher Konzepte treten die Akteure in Positionen fern jeglicher sozialutopischer Ideale. In der Realität angekommen, besteht das größte Problem wohl darin, dass die theoretischen Texte oder Ideale von Recht auf Stadt keinen Finanzierungsplan liefern. Kapital spielt jedoch für alternative Lösun-

gen eine große Rolle, ist paradoxerweise aber auch im Kern Ursache des Protestes. Wie gestaltet sich dieser Zusammenhang? Ein erheblicher Grund für die Privatisierung von Eigentum der öffentlichen Hand sind die leeren Kassen der Stadt (vgl. Häußermann et al. 2008: 179ff.). Aufgrund von zum Beispiel Globalisierung, Abwanderung von Firmen oder Beschäftigten, sowie der Alterung der Gesellschaft versiegen die Einnahmen der Städte. Hinzu kommt, dass der Staat selbst immer mehr finanzielle Engpässe ausgleichen muss und deshalb Kosten auf Kommunen und Städte abwälzt (vgl. ebd.). Privatisierung bringt einerseits Geld in die Kassen, andererseits sind einige Branchen einfach nicht tragbar für die Stadt, meist auch wegen teurer bürokratischer Strukturen. Stadtpolitik ist dadurch vermehrt auf Investoren oder Spekulanten angewiesen und verliert Macht und Mitspracherecht mit der Abgabe von Grundbesitz (vgl. ebd.).

Finanzielle Nöte haben aber auch die alternativen Projekte und Initiativen, die sich diesen Prozessen entgegenstemmen wollen. Der Protest auf der Straße bedarf nur eines vergleichsweise geringen Kapitalaufwands, doch viele Projekte verlangen durchaus hohe ökonomische Kapitalsummen, wenn zum Beispiel auf Gebäude gesteigert wird oder Nachbarschaftsfonds zur Gebäudeverwaltung eröffnet werden sollen. Solche Kapitalsummen können von den Akteuren alleine jedoch nicht getragen werden. Auch ein erheblicher Teil der Betroffenen verfügt über vergleichsweise geringes ökonomisches Kapital, denn die Bewohner setzen sich unter anderen meist aus Hartz-IV-EmpfängerInnen, RentnerInnen oder MigrantInnen zusammen. Solche Projekte bedürfen häufig externer finanzieller Unterstützung, doch wer soll das nötige Kapital dafür aufbringen? Oftmals wird an die Politik appelliert. Ein Dilemma, auch für die Lokalpolitiker, denn der Haushalt der Städte befindet sich oft selbst in finanzieller Notlage. An dieser Stelle wird klar: Aufgrund dieser Voraussetzungen braucht es teilweise private Investoren, um die Forderungen oder Ansprüche an urbanes Leben durchzusetzen.

Doch die Barrieren zwischen den Protestbewegungen, städtischen Akteuren und Investoren erscheint groß. Kommunikation zwischen den Parteien oder gar ein Aufeinanderzugehen scheint schwierig und die Netzwerke und Initiativen weigern sich gegen eine Zusammenarbeit (vgl. Füllner/Templin 2011: 93). Beson-

ders die linke, antikapitalistische Tradition der Bewegungen und die harte Formulierung von Feindbildern, die sich im Übrigen auch bei den Theoretikern finden (Purcells gierige Spekulanten), erschwert eine Kooperation mit der Stadt oder Investoren. So berichtet beispielsweise Füllner und Templin (2011: 81) über den Bürgerentscheid zum Bau eines Ikea-Möbelmarktes in Hamburg-Altona. Das Ergebnis der Abstimmung, zu dem sich die Stadt Hamburg bereit erklärt hatte, erbrachte eine über 70%ige Zustimmung für Ikea, die jedoch als Niederlage bezeichnet wird. Aber ist die Integration basisdemokratischer Prozesse in die Stadtpolitik nicht als positive Entwicklung oder gar Erfolg zu betrachten?

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Zusammensetzung der Akteure. Zwar wurde bereits angemerkt, dass sich die Palette an Vertretern deutlich verbreitert und inzwischen Künstler oder Gentrifier einschließt. Doch die von Verdrängungsprozessen am Stärksten betroffenen Gruppen, wie beispielsweise MigrantInnen, Hartz-IV-EmpfängerInnen oder Alleinerziehende, sucht man in den Netzwerken vergebens und sichtbare Erfolge der Integration dieser Gruppen gibt es nicht (vgl. ebd.: 94). Auch Häußermann et al. (2008: 275) sprechen das Problem der mangelnden Partizipation armer Milieus an. Sie beziehen dies auf ein generell niedriges Motivationslevel dieser Gruppen hinsichtlich der politischen Partizipation, wie zum Beispiel der Wahlbeteiligung, was laut den Autoren bei unter einem Fünftel liegt. Füllner und Templin (2011: 94) bekräftigen die Behauptung, dass nur die betroffenen Akteure aus der linken Mittelklasse über ein entsprechendes soziales und kulturelles Kapital verfügen. Deswegen bedürfen arme Schichten laut Marcuse (2009: 190) eben jene Akteure, die in der Lage sind, deren Situation zu verbalisieren. Andererseits könnte doch gerade solch ein Netzwerk den Perspektivlosen der Gesellschaft Mut, Sinn und Hoffnung geben.

Änderung durch Annäherung – Liberalisiertes Recht auf Stadt

In Anbetracht der finanziellen Problematik erscheint es notwendig, das Konzept Recht auf Stadt zu erweitern, so dass ökonomische Strategien oder Akteure besser und effizienter integriert werden können, um die Umsetzung von Ideen zu ermöglichen. Doch sind in Theorie und Praxis bereits grundlegende Strukturen in



Brüssel: Leopoldviertel - einst geplant für die Aristokratie. Heute geprägt durch die ungeplanten Bürobauten für die EU.
Cosima Werner (2011)

Ansätzen vorhanden, die das Potential besitzen, auch ökonomisch-liberale Ideen zu integrieren, und sich auf diese Weise für notwendige finanzielle Unterstützungen öffnen könnten. Besonders die Wohnungsinitiativen bzw. Wohngenossenschaften bewegen sich bereits teilweise in ökonomischen Sphären. Sie müssen wirtschaften, Kapital aufbringen und verwalten. Es bleibt weiterhin fraglich, ob dadurch genügend kapitale oder wirtschaftliche Kraft aufgebracht werden kann, um auf dem Wohnungsmarkt auch ohne politische Protektion, wie zum Beispiel Subventionen, zu überleben. Theoretische Ansätze für ökonomische, liberalere Modelle gab es bereits bei Harvey (2008: 39f.) über die Nachbarschaftsfonds. Anhand Holms (2009: 33) Auflistung der

Rechte auf Stadt zeigen sich ebenso Verankerungen von ökonomischen Ansätzen, wie zum Beispiel die Schaffung nachhaltiger Ökonomien oder die Forderung nach ökonomischer Gerechtigkeit. Die genannten Punkte in Praxis und Theorie bieten das Potential einer weiteren ökonomischen Entwicklung, eines Ausbaus wirtschaftlicher Strukturen und eine weitere Professionalisierung auch in diesem Bereich. Dies könnte gar eine Verbindung zu Wirtschaftspartnern schaffen, die neue Fördermodelle von Wohnprojekten ermöglichen können. Häußermann et al. (2008: 269) sehen zum Beispiel eine Alternative in Sponsoring oder Mäzenatentum. Sie beziehen sich zwar auf die Unterstützung von städtischen Veranstaltungen, jenes kann aber auch auf eine Unterstützung von Wohnprojekten ausgeweitet werden. Dies könnte in Form von privaten Trägerschaften erfolgen, in der private Investoren nicht als Spekulanten, sondern als Sponsoren fungieren. Dass prinzipiell eine Bereitschaft auch von Seiten der Wirtschaft besteht, zeigen historische Beispiele wie die Wohn- und Werksiedlungen der Firma Krupp in Essen oder die Fuggerei in Augsburg. Die reiche Handelsfamilie der Fuggerei hatte im 16. Jh. eine Wohnanlage für Arme errichtet, die heute noch besteht und mit Jahreskaltmieten von 88 Eurocent bedürftigen Bürgern eine Bleibe bietet (vgl. Kluger 2009). Auch im Kontext der Hamburger Proteste finden sich Beispiele für ein Einlenken privater Akteure. Das zeigt das Zugeständnis der Investoren des geplanten Bernhard-Nocht-Quartiers, für zehn Jahre die Mietpreise nicht zu erhöhen (vgl. Füllner/Templin 2011: 81).

Die Professionalisierung, Internationalisierung und Verbürgerlichung der Protestbewegungen tragen aber auch zu einer seriösen Position der Akteure bei und bieten Ansätze für ein gleich gestelltes Verhältnis der Verhandlungsinstanzen. Des Weiteren wird diese Position auch durch die beschriebene Stadtplanung von unten (Schmid 2011: 90) bestärkt, indem eigene Planungskonzepte zu einer ernsthaften Beschäftigung mit der Thematik beitragen, eine Grundlage für planerische Diskussionen bieten und wirtschaftliche Akteure mit einbeziehen kann. Auch stadtpolitische Institutionen können den Forderungen der Proteste entgegenkommen. Das Konzept von Urban Governance beispielsweise sieht eine Gleichstellung von Akteuren bereits vor. Jedoch wird Governance oft Korruption oder Vetternwirtschaft, eine einseitige Verschiebung oder Abgabe der Macht an wirt-

schaftliche Unternehmen oder basisdemokratische Defizite vorgeworfen (vgl. Wolf et al. 2004).

Zusammenfassend ist unter einem liberalisierten Modell von Recht auf Stadt nicht zwingend nur eine Integration deregulierender, (neo)liberaler Ideen und eine Öffnung des Modells für liberal-ökonomische Theorien zu verstehen, sondern weiterhin eine Integration von und Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Akteuren.

Konklusion

Im Laufe dieses Beitrags konnte gezeigt werden, dass sich inhaltliche Konzepte und praktische Formen von Recht auf Stadt nicht explizit mit Finanzierung beschäftigen, dies jedoch aufgrund der leeren Kassen des öffentlichen Sektors und der schwachen finanziellen Lage der autonomen Projekte angebracht erscheint. Marktliberale Akteure oder Theorien stellen eine mögliche Lösung zur Finanzierung dar, die Zusammenarbeit mit unternehmerischen Akteuren kann neben Sponsoring oder Mäzenatentum vorgestellte Projekte unterstützen. Es wurde verdeutlicht, dass bereits in den theoretischen Konzepten als auch in der Praxis Ansätze bestehen, die die Öffnung hin zu liberalen bzw. ökonomischen Akteuren und Theorien ermöglichen. Besonders Prozesse von Institutionalisierung und Professionalisierung, Internationalisierung und Verbürgerlichung können eine entscheidende Rolle für eine Zusammenarbeit mit neoliberalen Akteuren spielen und zu einer Marktliberalisierung der Bewegung beitragen.

Jedoch soll hier das Rad nicht neu erfunden werden. Im Zentrum dieser Ausführungen stand nicht die Entwicklung eines neuen Konzeptes von Recht auf Stadt, sondern eine kritische Reflektion von Ansätzen für eine Erweiterung des Konzeptes und die Verdeutlichung der Notwendigkeit von wirtschaftlichen Akteuren. Letztlich erscheint Recht auf Stadt bei vielen Debatten oder Texten mehr noch als Slogan gegen Kapitalismus, denn als handfestes Konzept. Abschließend lässt sich auch die generelle Perspektive eines Hegelschen Diskurses hinterfragen. Es zeigte sich, dass nicht nur die Akteure, sondern auch die Autoren tendenziell einem politisch linken Feld zuzuordnen sind. Deshalb wird die Debatte eventuell zu einseitig rezitiert und eine (selbst)kritische Reflektion findet kaum oder gar nicht statt.

Sollte sich die Tendenz der Verbürgerlichung verstärken und sich Annäherungen, wenn auch nur in Form von Gesprächen, häufen, dann lohnt sich vielleicht eine ernsthaftere Beschäftigung mit einem marktfähigen Konzept, dass alle gesellschaftlichen Bereiche, inklusive dem wirtschaftlichen Sektor, integriert und doch dem Anspruch eines basisdemokratischen Rechtes auf Stadt im Sinne Lefebvres gerecht wird.



Literatur

- Birke, Peter/Larsen, Chris H. [Hrsg.] (2008): Besetze deine Stadt! BZ din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen. Berlin.
- Eick, Volker (2006): Urbane Hygiene und sauberer Profit. Zur Exklusivität des privaten Sicherheitsgewerbes. IN: Bude, Heinz/Willisch, Andreas [Hrsg.]: Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, S.175–199.
- Füllner, Jonas/Templin, David (2011): Stadtplanung von unten. Die Recht auf Stadt -Bewegung in Hamburg. IN: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk [Hrsg.]: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg, S. 79–104.
- Friedman, Milton (2004): Kapitalismus und Freiheit. München/ Zürich.
- Friedrichs, Jürgen (1995): Stadtsoziologie. Opladen.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. IN: Geografiska Annaler. Series B, 71(1), S. 3–17.
- Harvey, David (2008): The Right to the City. IN: New Left Review 53, S. 23–40.
- Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Bonn.
- Holm, Andrej (2009): Recht auf Stadt. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. IN: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. [Hrsg.]: Die Stadt im Neoliberalismus. Jena, S. 27–37.
- International Alliance of Inhabitants (2010) URL: <http://www.habitants.org/> (Zugriff: 9.7.2011).
- Kluger, Martin (2009): Die Fuggerei. Ein Führer durch die älteste Sozialsiedlung der Welt. Augsburg.
- Lefebvre, Henri (1973): Le droit à la ville. Paris.
- Lefebvre, Henri (1990): Die Revolution der Städte. Frankfurt am Main.
- Löw, Martina/Steets, Silke/Stoetzer, Sergej (2007): Einführung in die Stadt- und Raumsociologie. Opladen/ Bloomfield Hills.
- Marcuse, Peter (2009): From Critical Urban Theory to the Right to the City. IN: City, 13(2), S.185–197.
- Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. IN: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk [Hrsg.]: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg, S. 53–78.
- Purcell, Mark (2002): Excavating Lefebvre. The right to the city and its urban politics of the inhabitant. IN: GeoJournal 58, S. 99–108.
- Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus. IN: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf [Hrsg.]: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden, S.13–86.
- Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt. IN: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk [Hrsg.]: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg, S. 25–52.
- Soja, Edward W. (2010): Seeking Spatial Justice. Minneapolis.
- Twickel, Christoph (2010): Gentrifidingsbums. Oder eine Stadt für alle. Hamburg.
- Wolf, Klaus D./Take, Ingo/Brozus, Lars (2004): Global Governance - eine Antwort auf das Demokratiedefizit des internationalen Regierens? Working Paper No. 11. World Society Research Group. URL: <http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/papers/fwgwp11.pdf> (Zugriff: 19.7.2011)



Grüner Daumen gegen graue Stadt – urbane Gärten und urbane Landwirtschaft

Seit einigen Jahren wird zunehmend von *guerilla gardening*, urbanen Gärten und urbaner Landwirtschaft gesprochen und nicht nur von Wissenschaftlern, sondern auch von Politikern und in Zeitungsartikeln thematisiert. Begrifflich betrachtet grenzen sich Rurales und Urbanes gegenseitig aus, aber nicht bei den neuen urbanen grünen Gartenbewegungen. In diesem Artikel wird versucht, sich aus soziologischer Sicht dem Thema zu nähern und dabei die Frage zu klären, ob Urbanität ländliche Lebensweisen unterbunden hat, und diese Ruralität nun in städtischen Kontexten wiederbelebt wird.

Zunehmend wird von urbanen Gärten und urbaner Landwirtschaft gesprochen und manchmal mit *guerilla gardening* in Verbindung gesetzt. Doch wie passen Urbanität/Urbanes und Landwirtschaft zusammen? Die Vorstellungen von *Einem* grenzen das *Andere* aus, doch das ändert sich gerade in einigen Städten industrieller Länder. Um Ruralität begrifflich zu fassen, wird sich an den Urbanitätskonzepten von Simmel und Bahrndt orientiert und anhand Lefebvres argumentiert, dass Urbanität als Praxiszusammenhang derart ubiquitär geworden ist, dass das Rurale nicht mehr existiert, da es ebenfalls in der Moderne urbanisiert wurde. Als städtisches Phänomen muss es demnach gemäß der Fragestellung in den Kontext einer postindustriellen Gesellschaft gestellt, und nicht wie üblich als präindustrielles Phänomen betrachtet werden. An Beispielen wird dargestellt, worum es sich deswegen bei den genannten *gärtnerisch-städtischen* Phänomenen handelt und inwiefern hier nun *ländliche* Verhaltensweisen in gärtnerisches Handeln mit einbezogen werden. Ein weiterer Aspekt wird sein, inwiefern sich *guerilla gardeners* von Aktivisten der urbanen Gärten und von städtischen Landwirten unterscheiden.

„Gemeinschaftsgärten (eine Form von urbanen Gärten) sind eine recht neue und kaum erforschte Form von Garten bzw. Freiraum“ (Rosol 2010: 208). Häufig werden sie in Verbindung mit Diskussionen über die Wir-

kung von Grünflächen in der Stadt, mit Auseinandersetzungen über die Nutzung brachliegender Innenstadtfächen, der Wirkung und Funktion von Gemeinschafts- bzw. Integrationsgärten oder der Verwendung von Gärten als politisches Instrument gesetzt. Während viele Konzepte in Stadtplanungsämtern ausgearbeitet werden, die z.B. aufgrund von Interessenkonflikten und fehlendem Kapital als Utopien in Schubladen bleiben, gibt es auch Bewegungen, die von unten entstehen, um ihre Vorstellungen von einem Leben in der Stadt zu realisieren. Doch alle diese Debatten befassen sich nicht mit der Frage, welche gesellschaftlichen Veränderungen durch die gärtnerischen Aktivitäten in der Stadt ausgelöst werden. Die Gestaltung von urbanen Gärten ist als Wunsch zu verstehen, seine Stadt selbst mitzugestalten, kleine Akzente zu setzen und damit ggf. auch Protest auszudrücken. Dabei werden, wenn auch ohne bewusstes Vorhaben, ländliche Verhaltensweisen angewendet, die gerne als vormodern oder altmodisch verunglimpft werden. Gängige Beschreibungen des Landlebens, wie zum Beispiel, dass es provinziell sei, und Beschreibungen der im ländlichen Raum lebenden Menschen durch Ausdrücke wie „Bauer“ oder „Landeier“ implizieren, dass die Menschen dort „ab vom Schuss“ lebten, nichts von der Stadt wüssten, was heute wichtig sei und ein primitives und langweiliges Leben führten, fern von Einflüssen urbanen Lebens. Solche negativ konnotierten Semantiken zur Beschreibung ländlicher Verhaltensweisen werden aber in den grünen Gartenbewegungen der Städte postmoderner Gesellschaften aufgehoben, einige positiv umgewandelt und in gemeinschaftlichen Aktivitäten modern aktiviert. Borgstedt (2011: 119) zufolge drückt das Verhältnis von Stadt und Land Manichäisches aus: „Das rastlose Unterwegssein in den Verkehrsadern der Stadt versus Wurzelschlagen am konkreten Ort; den permanenten Beschleunigungsdruck der Handlungs- und Produktionsabläufe versus die Langsamkeit des Wachstums der Pflanzen; das engmaschige (Waren-)Netz der unmittelbaren Verfügbarkeit versus das Warten und Aus-

probieren; die Kultur der Feeds – des permanenten ‚Gefüttertwerdens‘, obwohl Sättigung längst erreicht ist – versus das Suchen und Gestalten, die großstädtische Anonymität versus die persönliche Begegnung.“

1. Was ist Ruralität?

Bevor auf urbane Gärten eingegangen wird, muss geklärt werden, was unter Ruralität und Urbanität zu verstehen ist. Ruralität ist ein „zusammenfassender Ausdruck für die speziellen Merkmale des ländlichen Raumes. Ruralität äußert sich vor allem in den Verhaltensweisen der Bevölkerung, in deren Berufs- und Sozialstruktur. Ruralität ist jeweils die Gegenposition zu entsprechenden urbanen Merkmalen“ (Leser 2005: 780). Der Begriff Urbanität wird vom gleichen Autor als „städtische Art, städtisches Wesen, städtischer Charakter [...]“ definiert. „[Er] wird mit relativ unbestimmtem Inhalt verwendet und bezeichnet die Gesamtheit der Qualitäten, die städtisch/großstädtisches Leben, den Geist und die Wesensart einer großen Stadt ausmachen, insbesondere in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht“ (ebd.: 1008). Auch Heineberg sieht die beiden Begriffe als etwas Gegensätzliches an, erläutert aber Ruralität nicht weiter (vgl. ebd. 2006: 50).

Die angeführten schematischen Definitionen erläutern nicht die speziellen Verhaltensweisen der großstädtischen oder ländlichen Bevölkerung. Somit sollte auf weitere Beschreibungen, wie die von Georg Simmel und Hans-Paul Bahrtdt eingegangen werden, um die Begriffe Urbanität und Ruralität mit Inhalt zu füllen. Nach Simmel sind städtische Verhaltensweisen Reserviertheit, Blasiertheit und Intellektualismus, die u. a. aus der „Steigerung des Nervenlebens“ (ebd. 1903: 185) resultieren. Hinzu kommt „die reine Sachlichkeit in der Behandlung von Menschen und Dingen“ (ebd.: 186), wodurch eine Gleichgültigkeit gegenüber Mitmenschen entsteht. Die Stadt ist ein „Gebilde von höchster Unpersönlichkeit“ (ebd.: 187). „Der Großstadtmensch ist so gezwungenermaßen gleichgültig gegen alles Individuelle, und orientiert sich nur an sachlichen Merkmalen, die überindividuell sind und allgemeinere Erwartungen erlauben“ (Srubar 2007: 565). Als überindividuell wird der Geldwarenverkehr und Zeit als „Koordinationsdimension komplexer Handlungsabläufe“ betrachtet (ebd.).

Mit Einbeziehung von Hans-Paul Bahrtdt ist ein weiteres Unterscheidungsmerkmal die Tren-



Belgrad: Auch hier ein grüner Daumen gegen eine graue Fassade. Cosima Werner (2011)

nung von Öffentlichkeit und Privatheit im Vergleich zwischen urbanen und ruralen Räumen. „Eine Stadt ist eine Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, das heißt entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stattzufinden. Es bilden sich öffentliche und private Sphären, die in engem Wechselverhältnis stehen, ohne dass die Polarität verloren geht. [...] Je stärker Polarität und Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre sich ausprägen, desto ‚städtischer‘ ist, soziologisch gesehen, das Leben einer Ansiedlung“ (Bahrtdt, zitiert durch Häußermann 2004: 56). Ein festes Beziehungssystem gibt es nicht. Stattdessen sind Anonymität und Individualität, die eine Erscheinung der Anonymität ist, charakteristisch für die Stadt. Die Anonymität der Stadt

bietet neue Möglichkeiten, sein Leben nach eigenen Maßstäben und ohne Beeinflussung durch andere Personen zu bestimmen. Die Norm der Distanzierung wird eingehalten, sodass unerwünschte Interaktionen kontrolliert werden: „Sie dienen dem Schutz der eigenen Privatheit, aber auch dem Schutz der Privatheit des Anderen“ (Häußermann 2004: 57).

Wenn nun Ruralität das Gegensätzliche zu Urbanität ist, so wären typische Verhaltensweisen, dass nicht nur jeder jeden kennt, sondern auch Vertrautheit und fehlende Individualität. Die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit dürfte nicht existieren, sondern Erstere müsste dort vornehmlich zu finden sein. Der Begriff Haushalt, welcher im 18. Jahrhundert durch Familie ersetzt wurde, erläutert den Gedankengang. Ein Haushalt ist eine „Einheit von Wohnen, Arbeiten und Erholung, von Verwandten und Arbeitskräften, von Menschen und Tieren, von Produktion und Konsum“ (Häußermann 2004: 60). Durch die Trennung dieser Einheit gewinnt Privatheit innerhalb eines Haushalts, sowohl räumlich als auch zeitlich an Bedeutung. Auch wenn bei ländlichen Wohnformen von Familien nicht mehr von der Haushaltseinheit ausgegangen werden kann, bildet dennoch die Dorfgemeinschaft eine Einheit dadurch, dass scheinbar jeder jeden kennt und in die örtlichen Geschehnisse einbezogen wird. Weitere Merkmale ruralen Verhaltens wären die Anbindung des Verhaltens an zyklische Prozesse der Produktion (vom Säen bis zur Ernte). Durch das Immerwiederkehrende entsteht eine Beständigkeit in der Lebensführung, eine Planbarkeit und Prognosefähigkeit. Spontaneität und überraschende Ereignisse, wie sie in urbanen Sphären vorkommen, sind selten.

2. Vom Verhältnis von Ruralität und Urbanität

Henri Lefebvre bietet mit seinem Werk „Die Revolution der Städte“ eine Erklärung dafür, warum es zu einer Entgrenzung von *urban* und *rural* bzw. von Urbanität und Ruralität kommt und somit urbane Landwirtschaft oder Gemüseproduktion innerhalb der Stadt keinen Widerspruch darstellt. Seine Hypothese lautet, dass eine „verstädterte Gesellschaft, [...] die aus der Industrialisierung entsteht“ (Lefebvre 2003: 6) alle anderen Stadtformen hinter sich gelassen und sich die Agrarproduktion zu eigen gemacht habe. Dies bedeutet, dass die Agrarproduktion in Abhängigkeit der Städte erfolgt und für diese die Produktionsstätte ihrer Lebensmittel gewor-

den ist. Was folgt, ist der „Autonomieverlust der Agrarproduktion“, denn sie wird mit den gleichen technologischen und rationalen und effizienten Theorien umgestaltet wie die Industrie, die sich zu einem Arbeitsplatz der Massen entwickelt. Die „Agrarproduktion [wird] zu einem Sektor der Industrieproduktion“ (ebd.: 8). Diese Industrialisierung ändert von Innen, aus den Produktionsverhältnissen heraus, die Gesellschaft, zeigt sich in Stadtbildern und beugt die ländlichen Verhaltensweisen nach ihrer Logik, entspringt räumlich betrachtet aber in den Städten. Wenn heute von einer postindustriellen Gesellschaft gesprochen wird, sollte von einer verstädterten Gesellschaft ausgegangen werden, in der Ruralität als Residuum besteht und nicht exkludiert wird. Was vor der industriellen Modernisierung normal war (Zusammenleben mit Tieren, Selbstversorgung, Tauschhandel) gilt in der verstädterten Industriegesellschaft als eine Lebensweise, die dann folgerichtig als vormodern bezeichnet wird.

Nach verschiedenen Phasen der Stadtentwicklung, angefangen bei der politischen Stadt, hin zur Handelsstadt, die von der industriellen Stadt abgelöst wurde, ist die derzeitige Phase der Stadt nach Lefebvre gleichzusetzen mit einer „black box“ (ebd.: 22). Diese von ihm als „kritische Phase“ (ebd.) bezeichnet, führt zu weitreichenden Veränderungen gesellschaftlicher Lebensweisen. „Die Industrialisierung, die herrschende und zwingende Macht, wandelt sich im Verlauf einer tiefreichenden Krise zur beherrschten Wirklichkeit, und zwar auf Kosten einer ungeheuren Verwirrung, die Vergangenes und Mögliches, Gutes und Schlechtes ineinander verflucht“ (ebd.). Das heißt die Probleme der Urbanisierung verlangen nach Lösungen, in der die postindustrielle verstädterte Gesellschaft ihre „spezifischen Modalitäten“ (ebd.: 10) findet, die u.a. urbane Gärten oder urbane Landwirtschaft sein können. In Lefebvres „black box“ taucht nun ein Phänomen auf, welches trotz der zunehmenden Verstädterung der Gesellschaft dazu führt, dass vormoderne Praktiken, wie die Eigenproduktion von Gemüse und die damit verbundenen Verhaltensweisen, wieder Einzug in die Stadt halten. Da aber, wie Lefebvre dargestellt hat, die Agrarproduktion und mit ihr die ländlichen Verhaltensweisen den urbanen industriellen Praxen folgt, ist diese faktisch nicht mehr als vormodern zu betrachten. Heute kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass rural

gleichzusetzen ist mit Abgeschiedenheit und einer Lebensführung, die unbeeinflusst von städtischen Verhaltensweisen ist. Ruralität ist an städtische Lebensweisen angeknüpft und obliegt der Globalisierung. Daraus folgt, dass eine Besinnung auf Ruralität im urbanen Kontext eine Imagination der Milieus ist, die sich der positiv besetzten Semantik bedienen.

Die Entgrenzung von Urbanem und Ruralem, wie sie Lefebvre beschreibt, impliziert die von Marx (1884) beschriebene Entfremdung der Arbeit im Kapitalismus. Zudem beschreibt Daniel Bell (1985 [1975/73]) in der „nachindustriellen Gesellschaft“ den Anstieg der Dienstleistungsberufe und die Ausdifferenzierung der Wissenschaft als Charakteristikum der heutigen Zeit. Besonders in Dienstleistungen, die vorwiegend in Städten nachgefragt und angeboten werden, drücken sich die künstlichen Welten des Kapitalismus und die gleichzeitige Loslösung von der Verarbeitung natürlicher Ressourcen besonders plastisch aus.

Aus der Entfremdung entwickelt sich ein Verlangen, die postmoderne künstliche Welt aufzulösen. Modernität nimmt auf ihren Kurs und der eingesetzten Schnelligkeit nicht alle mit und jene, die den Anschluss verlieren, entwickeln Bedürfnisse des sich Erdenwollens. Urbane Landwirtschaft und urbane Gärten sind mögliche Instrumente, dies zu erreichen (vgl. Borgstedt 2011).

3. Gibt es Ruralität noch heute?

Es stellt sich aus den vorhergegangenen Darstellungen die Frage, ob Ruralität heutzutage als semantische Verunglimpfung besteht und als etwas Gegensätzliches von Urbanität verstanden wird oder ob sie in verkümmerter Form weiterhin in postmodernen Gesellschaften existiert und umgeformt wurde. Schließlich wird die Form der ruralen Lebensweisen, die Einheit von Familie und Produktion vom „Stadtgewebe“ (Lefebvre 2003: 8), das alles ländliche Dasein vereinnahmt, bedroht. Im Grunde ist der Gegensatz zwischen einer städtischen und einer ländlichen Gesellschaft unterbrochen und nicht mehr so gegeben, wie Leser es in seiner Definition von Ruralität und Urbanität ausdrückt. „Obwohl Großstädte als Ausgangspunkte fungierten, [ist] Urbanität nicht auf sie beschränkt“ (Baur/Otte 2008: 94). Die soziale Abgrenzung von Stadt und Land löst sich durch die zunehmende überregionale Mobilität, durch den Tourismus der städtischen

Bevölkerung in landschaftlich attraktive Räume und durch die Zunahme unterschiedlicher Bevölkerungsschichten auf (vgl. Wiesinger/Machold 2001: 4f.; Baur/Otte 2008). Wie Wirth bereits Anfang der 1930er Jahre feststellte, wird die Vernetzung der Großstädte auch zu Veränderungen im ländlichen Raum führen, „zu einer Enttraditionalisierung der spezifisch ländlichen Lebensführung“ (zitiert in Baur/Otte 2008: 94). Auch in ländlichen Regionen vollzieht sich eine Pluralisierung der Lebensstile, wenn auch nicht in derartigen Extremen, wie sie in der Stadt wahrgenommen werden. „Per Fernsehen und Internet bekommt nahezu jeder Haushalt vielfältigste Lebensstile exzentrischer ‚Urbaniten‘ medial vorgeführt“ (Baur/Otte 2008: 94). Dennoch ist von einer Nivellierung ländlicher Lebensweisen nicht zu sprechen, wie selbige Autoren feststellen: „Großstadtbewohner [zeichnen sich] durch größere Modernität und biographische Offenheit aus.“ Zugleich postulieren sie, dass in Großstädten Hedonisten, Liberale und Reflexive wohnen, die aufgrund ihrer Lebensführung sich einer städtischen Subkultur anschließen würden, unkonventionell und innovativ seien und Selbstverwirklichung im Vordergrund stehe. „Den eher ländlich-kleinstädtischen Lebensführungsmustern der Konventionalisten und Heimzentrierten sind volkstümliche Traditionen, ausgeprägte Familien- und Verwandtschaftsbezüge und Freizeitaktivitäten im häuslichen Umfeld gemein. Auch wenn die Lebensführung im ländlichen Raum heute von agrarischen Bezügen gelöst ist [...] bestehen typische Stadt-Land-Unterschiede fort, die aus lokalen Traditionen, räumlichen Gelegenheiten und selektiven Wanderungen resultieren“ (ebd.: 113).

Es zeigt sich, dass urbane Lebensweisen im Ruralen zu finden sind und der Einfluss der Städte auf das Landleben sich nicht verleugnen lässt, aber wie ist es umgekehrt? Es scheint, als verbinden die gärtnernden Urbaniten nun beide Lebensweisen. Sie stellen innovativ – als solches können die verschiedenen grünen Bewegungen betrachtet werden – in einem zumindest nachbarschaftlichen Umfeld unkonventionell zwar keine Verwandtschafts- aber Freundschaftsbezüge her, verwenden dabei jedoch traditionelle Methoden der Kultivierung von Flächen. Ich vermute, dass die Urbaniten versuchen, eine ursprüngliche Einheit zwischen Natur und Stadt, Privatleben und Öffentlichkeit, Gemeinschaft und Individualität

und Freizeit und Arbeit schaffen zu können. Aus den instabileren Lebensverläufen der postindustriellen Gesellschaft, welche aus einem krisenanfälligen Kapitalismus resultieren, kann etwas Beständiges der „Steigerung des Nervenlebens“ entgegenwirken. Dieses Beständige soll mit urbanen Gärtnern und den zyklischen Prozessen der naturnahen Lebensmittelproduktion erreicht werden. Allerdings geht es nicht darum, diese Vorstellung einer Einheit vollständig wiederherzustellen, sondern dies soll ein Ansatz für verschiedene Milieus sein, innerhalb des großstädtischen Chaos eine Stadt zu kreieren, in der das Krisenhafte ausgeklammert wird. Dabei soll die durch die Technisierung der Produktion und Rationalisierung des Arbeitseinsatzes hervorgerufene Entfremdung vom Naturzustand auf ein Minimum heruntergestuft werden.

Eine Überprägung ländlichen Verhaltens durch Urbanität führt nicht dazu, dass Ruralität negiert wird, sondern die Verwendung der ländlichen Semantik erfährt einen positiven Einsatz inkorporiert in den Aktivisten urbaner Gärten. Landwirtschaft und Gärtnern gehören zum neuen urbanen Lifestyle bestimmter Milieus, wie später noch zu zeigen ist.

4. Kultivierung in der Stadtlandschaft

Um das bisher Ausgeführte zu konkretisieren, soll anhand von Beispielen zu *guerilla gardening*, urbanen Gärten und urbaner Landwirtschaft eine mögliche neue Urbanität erläutert werden, in der unvorhergesehenerweise rurale Lebensweisen inkludiert sind.

Gärten, die Funktionen der Landwirtschaft ebenfalls inkorporieren, z.B. die Gemüseproduktion, gibt es in der (europäischen) Stadt schon seit 1831 (vgl. Bertram/Gröning 1996) und sind nicht, wie Müller (2011) es in ihrem Buchtitel ausdrückt, zurückgekehrt. Die historische Entstehung der noch heute bekannten und zahlreich existierenden Kleingärten begann in Leipzig, als die Johannishospitale dafür plädierten, den Armen der Stadt Flächen für die Selbstversorgung zu überlassen (vgl. Bertram/Gröning 1996: 17). Später erst wurden auch pädagogische Gründe nach dem Konzept von Moritz Schreber relevant. Unter Aufsicht von Pädagogen wurden im öffentlichen Raum Spielmöglichkeiten für Kinder geschaffen. An die sogenannten Schreberplätze grenzten bald die ersten Gärten. Heute gibt es diese Schrebergärten in unterschiedlichen Gestaltungsfor-

men. Die neuen gärtnerischen Bewegungen, die hier im Fokus stehen, sind nicht die Laubenpieper und ihre Kleingartenkolonien, sondern die Akteure und Aktivisten von *guerilla gardening*, den urbanen Gärten und urbaner Landwirtschaft, als Träger der neuen Urbanität, die Ruralität nicht mehr ausschließt.

4.1 guerilla gardening

Die gewaltsamste Form der grünen Bewegung ist sicherlich *guerilla gardening*. Die Mitglieder verhalten sich wie Kämpfer im Großstadtdschungel, mumifizieren, tarnen und bewaffnen sich mit Harken, Schaufeln, Blumen und Kräutern. Im Schutz der Dunkelheit ziehen sie bewaffnet durch die Straßen der Stadt mit dem Ziel, öffentliche Flächen, leere städtische Blumenbeete, Baumbepflanzungen und Grünstreifen umzugestalten. Als Motiv gilt die Verschönerung der Stadtlandschaft und Wohnumgebung, gepaart mit Idealismus. Häufig findet sich ein Schild im neuen Blumenbeet mit der Aufforderung an die Anwohner und Passanten, die Pflanzen zu pflegen und sich so an dem Protest zu beteiligen. Die gärtnernden Partisanen benötigen wie ihre gewalttätigen Vorläufer auch die Anonymität der Stadt, wodurch sie sich schützen und schwer greifbar sind. Das verdeutlicht sich auch in Richard Reynolds Buch (2009), in dem die Namen der Partisanen mit Nummern kombiniert sind, um weiterhin die Anonymität zu wahren und zugleich die Kommunikation zu fördern. Ziel des Kampfes ist zum einen Verschönern zum anderen die Nutzung städtischer Grünflächen. Die Assoziation mit Graffiti und Street Art, womit Künstler nicht nur ihren Protest und ihre gesellschaftliche Kritik ausdrücken, sondern sich ihre Stadt aneignen, scheint naheliegend. „Wir setzen Zeichen in die Landschaft, unser Ausstellungsraum ist die Straße – wir sind Graffiti-Gärtner“ (Reynolds 2009: 20). Die Aktivisten kritisieren u.a. die zunehmende Privatisierung öffentlicher Räume und ungenutzte Flächen, welche keine Funktionen mehr für den öffentlichen Raum haben, sondern hinter Zäunen abgesperrt werden (vgl. ebd.). Aus der anonymen Großstadt wird so ein Raum, den man selber mitgestaltet kann, der dadurch seine Anonymität verliert und die Orientierungslosigkeit abnimmt.

Dennoch unterscheiden sich beide Formen, das heißt Graffiti und *guerilla gardening*, hinsichtlich ihrer verwendeten Mittel. Die Spuren

der Sprühdose der Graffiti-Künstler werden in einer breiten gesellschaftlichen Masse als Sachbeschädigung und Schmierereien verstanden. Die Blume hingegen wird als Symbol des Schönen wahrgenommen und keines von Gewalt oder Protest. Sie bildet die Antithese zu der Gewalt der *Guerilla*-Kämpfer: „Guerilla Gardening ist eine Schlacht, in der Blumen die Munition sind“ (Reynolds 2009: 12). Hinzu kommt, dass Gärten in der Regel in privater Hand sind. Wenn sie öffentlich zugänglich sind, bestehen Regeln. *Guerilla gardener* hingegen agieren ohne Genehmigung in Gartenanlagen, die sie nicht besitzen. Reynolds (2009: 12) bezeichnet daher *guerilla gardening* als „die unerlaubte Kultivierung von Land, das jemand anderem gehört“.

Die Aktivisten bedienen sich dem *Prinzip der Natur*. Pflanzen werden dabei als etwas Natürliches betrachtet und somit mit einer positiver Semantik aufgeladen (vgl. Birnbacher 1991). Dort wo der Asphalt aufplatzt, Verwitterungsprozesse der Natur Raum geben oder an städtischen Orten, an denen Beton und Stahl ihre Hässlichkeit besonders ausdrücken, wird gepflanzt, um die Natürlichkeit der Stadt zu betonen. Das Natürliche ist nicht im Sinne von Selbstverständlichkeit zu verstehen, sondern

steht im städtischen Kontext für das „Ungekünstelte, das Schlichte, Echte, in seiner Spontaneität Liebenswürdige“ (Birnbacher 1991: 61). Das, was Birnbacher allgemein ausdrückt, kann in Verbindung mit *guerilla gardening* als einen Antrieb verstanden werden, dieses in einem gewissen Grad wiederherzustellen: „Das Natürliche ist nicht mehr das durch Kultur und Konvention spezifisch Geprägte, sondern das, was sich kultureller Überformung gerade entzieht [...]. In diesem Sinne bietet sich der Naturbegriff gerade dazu an, polemisch den Anpassungszwängen der Gesellschaft entgegengehalten zu werden“ (ebd.). Auf den städtischen Zusammenhang übertragen, sind das spezifisch Geprägte und die kulturelle Überformung als, wie Marx es nennt, die Entfremdung der Arbeit und damit den Verlust der natürlichen Einheit zu begreifen. *Guerilla gardener* wollen nicht den Besitz von Flächen übernehmen, sondern den Flächen ihr natürliches Aussehen wiedergeben, auch mit dem Wissen der zeitlichen Begrenzung ihres Werkes. „Natur wird zum ‚Emanzipationsbegriff‘“ (ebd.).



Bepflanzung städtischer Blumenkübel durch „guerilla gardener“ in Leipzig. Cosima Werner (2011)

4.2 Urbane Gärten

Im Grunde sind urbane Gärten, wie sie im Folgenden beschrieben werden, eine Form von *guerilla gardening*, da Gärtner hier ebenfalls ohne Genehmigung meist brachliegende Flächen nutzen. Der Begriff der urbanen Gärten wird häufig als Oberbegriff für Nachbarschafts-, Integrations- oder Gemeinschaftsgärten verwendet. Was aber mehr im Vordergrund steht, anders als bei *guerilla gardening*, ist die Produktion von Obst und Gemüse und weniger die Verschönerung oder die Setzung von Akzenten im Stadtbild.

Seit Juli 2009 existiert das Projekt *Prinzessinnengarten* am Moritzplatz in Kreuzberg. Auf einer 6000 m² großen Brachfläche findet die Verschmelzung von landwirtschaftlicher Lebensmittelproduktion und urbanen Lebensgefühlen innerhalb einer Metropole statt. Nun wachsen auf den jahrzehntelang ungenutzten Flächen Nutzpflanzen nach biologischen und nachhaltigen Anbauprinzipien. In recycelten Industriekörben wird ein transportables und modulares Beetsystem entwickelt, wodurch ein hohes Maß an Mobilität für die Pflanzen und das ganze Projekt besteht und man vom Boden unabhängig ist. Mit dem „alternativen städtischen Grün“ soll mit einem „Bildungsgarten“ versucht werden „die Nachbarschaft in dem sozial schwachen Quartier zu stärken und zu aktivieren“ (www.prinzessinnengarten.de 2011).

Ebenfalls in Berlin haben sich die Anwohner der Kinzigstraße in Friedrichshain-Kreuzberg im Mai 2004 zusammengetan, um brachliegende Flächen von 2000 m² in der Nachbarschaft gärtnerisch zu nutzen. Es entstand der Garten *Rosa Rose*. Allerdings wurden Interessen von Investoren laut, diese Flächen zu kaufen und anderweitig zu nutzen, so dass 2008 die Flächen geräumt werden mussten. Noch immer suchen die Aktivisten der *Rosa Rose* nach geeigneten Nachfolgeflächen und stehen mit der Bezirksverwaltung Friedrichshain über einen Nutzungsvertrag in Verhandlung (vgl. www.rosarose-garten.net 2011).

Inzwischen gibt es nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen deutschen Städten und europäischen Metropolen Projekte, die als urbane Gärten bezeichnet werden können. Es wird vermutet, dass die neuen Formen, die sich hinter den Namen Integrationsgarten (internationale Gärten) oder Gemeinschaftsgärten verbergen, viele Funktionen bedienen, die auch durch die im klassischen Sinne zu verstehenden Klein-

gärten bereits erfüllt wurden (vgl. Berttram/Gröning 1996). Allerdings mit dem Unterschied, dass die Rechtsordnung der Parzellenbesitzer bei urbanen Gärten nicht besteht und keine Rechtstitel verliehen werden. „Von Mieter- und Kleingärten einerseits und konventionellen öffentlichen Grünanlagen andererseits unterscheiden sie sich durch den weitgehend öffentlichen Charakter ihrer Nutzung“ (Rosol 2010: 208f.). Marit Rosol (2006: 7) grenzt Gemeinschaftsgärten dadurch ab, dass es „gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit“ sind. In der Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen wird die Möglichkeit gegeben, verschiedene Bevölkerungsgruppen miteinander in Kontakt treten zu lassen: „Dabei darf nicht unterschätzt werden, dass der Zugang zum öffentlichen Leben auch ökonomisch unterprivilegierter sozialen Gruppierungen zum Stadtbild gehört und nur die wenigsten sich ‚optisch bereinigte‘ öffentliche Orte wünschen“ (Müller 2008: 5).

Die urbanen Gärten sind in der Regel frei zugänglich und erfordern kein großes Eigenkapital bei der Beteiligung, wodurch finanzarme soziale Gruppen in die Gestaltung eingegliedert werden. Durch das Bestreben in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und diese zu integrieren, indem verschiedene städtische Milieus angesprochen werden, steigt auch die Unterstützung von Stiftungen, Privatpersonen und Unternehmen. Ohne die Öffentlichkeit könnten derartige Projekte nicht realisiert werden oder beständig bleiben. Der Aspekt der Freiwilligkeit unterstellt einen „nicht auf materiellen Gewinn gerichteten“ Einsatz (Rosol 2006: 7). Ein weiteres Merkmal für urbane Gärten ist die Beteiligung der Nachbarschaft. Auch wenn Studien ergaben, dass der Begriff Nachbarschaftsgärten zu kurzgefasst sei (vgl. ebd.), ist die Einbettung der Nachbarschaft, die häufig der Initiator der Gärten ist, sehr wichtig. Wie auch bei *guerilla gardening* wird häufig im direkten Umfeld mit der Umgestaltung der Flächen begonnen.

Die Kultivierung brachliegender Flächen steht bei urbanen Gärten mehr im Vordergrund als bei *guerilla gardening*. Neben der ökologischen Lebensmittelproduktion stehen der freundschaftliche Kontakt mit einem hohen Maß an Einsatzbereitschaft und Hilfsbereitschaft und die Schaffung einer naturähnlichen Idylle mitten in der Stadt im

Vordergrund. In Kleingartenanlagen besteht ebenfalls die Möglichkeit sich innerhalb der Stadt einen Platz im Grünen zu schaffen. Dieses sein Eigen zu nennen sowie der emanzipatorische Effekt, der ebenso bei *guerilla gardening* sehr hoch ist, spielt bei den Schrebergärtnern eine untergeordnete Rolle. Gleichsam gemein haben urbane Gärten mit den Gartenkämpfern, aber verschieden zu Gartenkolonien, die „zentrale Motivation [...] der Aneignung innenstädtischer Räume“ (Rosol 2010: 209). Zugleich wird die städtische Anonymität im grünen Mikrokosmos aufgelöst und zugleich Probleme der Postmoderne angegangen, wie die Integration verschiedener Kulturen.

So richtig wird sich in der Literatur nicht festgelegt, welchen Milieus nun die Aktivisten zuzuordnen sind. In der Pressemittelung des Verlags, bei dem Christa Müllers Buch „Urbane Gärten – Die Rückkehr in die Stadt“ 2011 erschienen ist, heißt es, dass es „viel mehr als nur eine Modeerscheinung einiger LOHAS“ sei. Dabei nennt Müller die Gruppen, die an den urbanen Gärten beteiligt sind: Die „Urban Hipster, für die die neue Mischform von Stadt und Natur Quelle und Inspiration neuer Ausdrucksformen von Urbanität ist“, vereinen sich mit den „künstlerischen Milieus“, denen es darum geht „Grenzen beständig zu verschieben und Räume zu erweitern“ (Müller 2011: 22f.). So unterschiedlich die Motive der urbanen Gärten und *guerilla gardening* sind, so vielfältig sind auch die agierenden Milieus. Es sind Migranten aus verschiedenen Ländern, Personen mit unterschiedlichen beruflichen und finanziellen Hintergründen (vgl. Müller 2010; Rosol 2006), während *guerilla gardeners* vornehmlich Aktivisten mit höheren Bildungsabschlüssen sind, jüngeren Alters und einem hohen Maß an Lifestyle-Orientierung. Es kann also nicht gesagt werden, ob es nun die „smarte[n] Kreuzberger mit Pflanzschaufel, türkische Omas bei der Tomatenernte“ oder „sehr junge Menschen, typische Vertreter einer unideologischen, kritischen, „reflexiven Moderne““ (Rohlf 2011), sind. Dennoch können urbane Gärten als ein subkulturelles Szenephänomen, welches einen quantitativ kleinen Kreis von Urbaniten anspricht, bezeichnet werden. Dabei folgen sie weiterhin der urbanen Praxis des sich Vernetzens (vgl. Werner 2011) unter der Verwendung der semantisch vormodernen, traditionellen Gepflogenheiten ländlicher Lebensweisen. Es scheint, als sei das bäuerliche Arbeiten und das Gefühl ein Landei in der Großstadt zu sein, als ein ländli-

ches Prinzip im urbanen Verständnis, modern und emanzipatorisch aufzugehen. „Gärten in der Stadt [...] ermöglichen ein Auftanken wie auch Rituale gemeinsamen Handelns“ (Borgstedt 2011: 120).

4.3 Urbane Landwirtschaft

Eine weitere Dimension der urbanen grünen Bewegungen ist urbane Landwirtschaft. Sie findet in verschiedenen Regionen dieser Welt statt. In Entwicklungshilfeprojekten werden Menschen in Metropolen dazu angehalten, die wenigen verfügbaren Flächen für den Anbau von Obst und Gemüse zu nutzen. Dadurch soll den Migranten aus ländlichen Regionen, die meist zu den ärmsten Bewohnern innerhalb der Stadt gehören, eine Basis der Eigenversorgung geschaffen werden. Aber auch in Industrienationen ist urbane Landwirtschaft ein Thema. Dort ist diese in eher perforierenden Gebieten, das heißt in schrumpfenden Städten, als in boomenden Städten anzutreffen. In Deutschland existieren Forschungen, die als urbane Landwirtschaft betitelt werden und sich mit stadtnaher Produktion ehemals bebauter Flächen auseinandersetzen. Allerdings unterscheiden sich diese Beispiele von dem hier Aufgeführten dahin gehend, dass sie den strengen Regeln der Raumordnung unterliegen oder in Stadtmodelle integriert sind, so wie in Ebenezer Howards Gartenstadt (vgl. Lohrberg 2001, 2010). Eines der eindrucklichsten Beispiele für urbane Landwirtschaft, die sich illegal, von unten heraus entwickelt hat und sich im Innenstadtbereich eines Industrielandes befindet, sind die mehr als 1200 Kleinfarmen und Gärten in Detroit, die sich in der Dachorganisation *Garden Resource Program Collaborative* (GRPC) zusammenfinden. In der sich perforierenden Stadt eignen sich Bauern Parkanlagen und ehemalige Vorgärten an und bewirtschaften diese. Die wirtschaftliche und soziale Situation in den Innenstadtbereichen, wie beispielsweise im Stadtquartier Brush-Park, ist seit dem Zusammenbruch der *Big Three*, den drei größten Unternehmen der USA (General Motors, Ford und Chrysler), in den 1970er Jahren dermaßen desolat, dass bisher von keiner Verbesserung ausgegangen werden kann. Durch die fordistische Krise wurde Kapital aus der Stadt abgezogen und immer mehr Arbeiter freigesetzt. Die Nahversorgung mit Lebensmitteln verläuft nur noch über kleine Läden, während frische Produkte hingegen sich zu Delika-

tessen entwickeln, die nicht in den Läden angeboten werden. Große Supermärkte befinden sich außerhalb der Innenstadt, da sie aufgrund der geringen Kaufkraft der Innenstadtbevölkerung ihre Filialen in diesen Gebieten aufgegeben haben. Die „food desert“ breitet sich aus (Braun 2011). Die Abwärtsspirale, die durch den Niedergang der Automobilwirtschaft losgetreten wurde, scheint an ihrem Boden angekommen zu sein und sich nicht nach oben umzuwenden. Die Bevölkerung ist von ehemals 1,85 Mio. Einwohnern Mitte des 20. Jahrhunderts bis auf 910.000 Einwohner im Jahr 2009 gesunken. In den Innenstadtvierteln blieb die meist afroamerikanische Bevölkerung zurück, welche dort 82 % der Bevölkerung ausmacht, während in nördlichen Stadtteilen bis zu 99 % weiße Bevölkerung wohnt (vgl. Suerge 2005). Inzwischen ist nur noch jedes zehnte Haus im Innenstadtbereich bewohnt, wodurch den Kleinfarmern Tausende von Hektar ungenutzter Flächen zur Verfügung stehen. Die Akteure sind, anders als bei den urbanen Gärten, vor allem Landwirte, die biologische und ökologische Anbauweisen, bevorzugen. Durch ihr Wirken lösen sie den Gegensatz zwischen Stadt und Land auf. Die Einbeziehung der Nachbarschaft erfolgt über Bildungsprogramme, die sich besonders an Schüler richten, welche den Umgang

mit einer gesunden Ernährung erlernen sollen und motiviert werden, sich selbst mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen. Jedoch ist das gemeinschaftliche Engagement, wie es die urbanen Gärten vorweisen können, kaum gegeben. Außerdem sind die Konsumenten nicht gleichzeitig Produzenten. Erzeugnisse urbaner Landwirtschaft werden auf den lokalen Märkten und an Restaurants verkauft (vgl. Braun 2011), wodurch der eigennützige und freiwillige Charakter urbaner Gärten aufgehoben wird. In Detroit wird sogar damit geworben, Produkte aus der Stadt auf dem Markt anbieten zu können. Außerdem werden die Produkte auf den Märkten der besser situierten Wohngebiete angeboten, in denen die Konsumenten die regionale und ökologische Wertschöpfungskette nachfragen und wertschätzen. Daher können Produkte urbaner Landwirtschaft als eine Strategie der Nischenproduktion aufgefasst werden. Die Möglichkeit der Freiraumgestaltung ist dabei zweitrangig. Die Entstehung von urbaner Landwirtschaft, so scheint es, beruht nicht auf der Bewegung der Freisetzung individueller und kreativer Bedürfnisse einer postindustriellen Gesellschaft, sondern ist anscheinend eine Möglichkeit, mit den Folgen des zusammengebrochenen Fordismus umzugehen und die Bedienung der ökologisch und nach-



Urbaner Garten in Leipzig: Landwirtschaftliche Kultivierung von urbanen Brachflächen. Cosima Werner (2011)

haltig agierenden Milieus. Während urbane Gärten und besonders *guerilla gardening* Beispiele für einen Kampf gegen Oktroyierung und für autonome Freiraumgestaltung und Emanzipation sind, wird urbane Landwirtschaft in Detroit von politischen Akteuren akzeptiert und geduldet. Alle anderen Alternativen griffen in der perforierenden Stadt nicht, wodurch sich bei den Akteuren Resignation gegenüber den verwahrlosten Innenstadtbereichen ausgebreitet hat und diese sich selbst überlassen werden.

5. Schluss

Zusammengefasst führt eine postmoderne verstädterte Gesellschaft nicht nur dazu, dass das Ländliche vom Urbanen überformt wird, sondern dass Merkmale des Ländlichen auch in einer städtischen Gesellschaft Einzug halten. Die verschiedenen Beispiele für urbane Gärten und die Entwicklungen urbaner Landwirtschaft in Detroit sind Anzeichen dafür, dass Ruralität sich in den urbanen Gartenbewegungen wiederfindet. Ländliche Verhaltensweisen beinhalten eine Lebensführung entlang zyklischer Prozesse, eingegliedert in gemeinschaftliches Miteinander und enge Bindungen zwischen Arbeit und Wohnen. In den urbanen Gärten werden die auch als negativ empfunden Attribute der Urbanität wie Anonymität oder Individualisierung aufgelöst und zugleich gesellschaftliche Probleme, die in Städten ihre volle Spannbreite erreichen, wie Integration, Verlust an der Teilhabe natürlicher Prozesse, und Umweltprobleme, angegangen. Rurale Verhaltensweisen gehen nicht durch die Expansion von Urbanität verloren, sondern sie sind der Motor für die derzeitigen urbanen Erscheinungen. Es folgt eine Entfernung von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und von der Marx'schen Entfremdung der Moderne. Stattdessen entsteht in der Dienstleistungsgesellschaft das Vermögen in urbanen Gärten Autonomie über sein Handeln durch die Kultivierung von Boden zu gewinnen. Dabei treten die Aktivisten nicht in eine vormoderne, primitive Situation zurück, sondern verwirklichen eine neue Form, in der Urbanes und Rurales miteinander kombiniert werden können und verändern ihre urbane Praxis. Ziel dabei ist es, die gesellschaftlichen Probleme, die in der industriellen Stadtentwicklungsphase entstanden sind, anzugehen, wenn nicht sogar zu lösen und eine persönliche Zufriedenheit und Sicherheit herzustellen. Beispielsweise können durch urbane Gärten die Integration so-

zialer Randgruppen gefördert, ein Beitrag für Umweltschutz geleistet und eine Aufhebung der Anonymität bewirkt werden, indem städtische Räume öffentlich gemacht und emanzipatorisch nach eigenem Gusto gestaltet werden. Die verwendeten Instrumente, die Blume, die Harke, der Wunsch nach der eigenen Lebensmittelproduktion wirken „unurban“ und sind doch ein Ausdruck von Urbanität. Würde man sich nun fragen, ob urbane Landwirtschaft und urbane Gärten tatsächlich urban sind, so gibt es eine einzige schlüssige Antwort: Das Instrument der Aneignung, nämlich das Gärtnern, kann in einem städtischen Kontext zwar als vormodern aufgefasst werden, doch im Grunde ist es nur eine Antwort auf die Krise der Stadt, auf die Probleme städtischen Zusammenlebens zu reagieren. Allerdings beachten Urbaniten bei der Inkorporation von Ruralität nicht, dass Ruralität dem Diktat der Modernität folgt und somit nur eine Imagination ist, die darin besteht, die natürliche Einheit einer Gesellschaft wieder entstehen zu lassen. Durch die verwendeten Instrumente wird versucht Urbanität neu zu gestalten, um letztlich der „black box“ ihre Farbe zu nehmen. Somit ist es modern, urban und ein Ausdruck von Urbanität.

Literatur

- Baur, Nina/Otte, Gunnar (2008): Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. IN: Zeitschrift für Soziologie, 37(2), S. 93–116.
- Bell, Daniel (1985): Die postindustrielle Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Bertram, Christian/Gröning, Gert (1996): Leipziger Schrebervereine und ihr gesellschaftspolitische Orientierung zwischen 1964 und 1919. Frankfurt am Main.
- Birnbacher, Dieter (1991): „Natur“ als Maßstab menschlichen Handelns. IN: Zeitschrift für philosophische Forschung, 45, S. 60–76.
- Borgstedt, Silke (2011): Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung. IN: Müller, Christa [Hrsg.]: Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München, S. 118–125.
- Braun, Jessica (2011): Gärten in Detroit - Hier wächst die Hoffnung. IN: Die ZEIT 5.5.2011 URL: <http://www.zeit.de/lebensart/2011-04/detroit> (Zugriff: 5.8.2011).
- Douglas, Stan (2004): Sterbende Städte – Detroit. IN: Oswald, Philipp [Hrsg.]: Schrumpfende Städte. Band 1. Ostfildern-Ruit, S. 128–135.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie – Eine Einführung. Frankfurt am Main.
- Heineberg, Heinz (2006): Stadtgeographie. Paderborn.
- Lefebvre, Henry (2003) [1976]: Revolution der Städte. URL: http://offene-uni.de/archiv/textz/textz_phil/lefebvre_revo_stadt.pdf (Zugriff am 5.8.2011).
- Leser, Hartmut (2005): Wörterbuch Allgemeine Geographie. Braunschweig.
- Lohrberg, Frank (2001): Stadtnahe Landwirtschaft in der

Stadt und Freiraumplanung. URL: <http://www.uni-stuttgart.de/wechselwirkungen/ww2001/lohrberg.pdf> (Zugriff: 25.7.2011).

Lohrberg, Frank (2011): Agrarfluren und Stadtentwicklung. IN: Müller, Christa [Hrsg.]: Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München, S. 140–149.

Marchand, Yves/Meffre, Romain (2011): o.T. URL: <http://www.guardian.co.uk/artanddesign/gallery/2011/jan/02/photography-detroit?picture=370173054#/?picture=370173054&index=0> (Zugriff: 12.5.2011).

Müller, Christa (2007): Interkulturelle Gärten – Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt. IN: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 1/2007, S. 55–67.

Müller, Christa (2008): Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Kassel.

Müller, Christa [Hrsg.] (2011): Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München.

Münch, Richard (2004): Soziologische Theorie. Band 1. Frankfurt am Main.

Oswalt, Philipp (2011): o.T. URL: <http://www.shrinkingcities.com> (Zugriff: 28.4.2011).

Prinzessinnengarten (o.J.) URL: <http://www.prinzessinnengarten.de/> (Zugriff: 20.4.2011).

Reynolds, Richard (2009): Guerilla Gardening – Ein botanisches Manifest. Freiburg im Breisgau.

Rohlf, Sabine (2011): Buddeln für postmateriellen Wohlstand. IN: Berliner Zeitung 5.4.2011 URL: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0405/feuilleton/0011/index.html> (Zugriff: 5.8.2011)

Rosa Rose-Garten (o.J.) URL: <http://www.rosarosegarten.net/de/start> (Zugriff: 12.5.2011)

Rosol, Marit (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin. Berlin.

Rosol, Marit (2010): Gemeinschaftsgärten – Politische Konflikte um die Nutzung innerstädtischer Räume. IN: Reimers, Brita [Hrsg.]: Gärten und Politik. München, S. 208–218.

Simmel, Georg (1903): Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung. IN: von Petermann, Thomas [Hrsg.]: Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden. Band 9. Dresden, S. 185–206.

Srubar, Ilja (2007): Zur Formierung des soziologischen Blickes durch die Großstadt Wahrnehmung. IN: Ders. [Hrsg.]: Phänomenologie und soziologische Theorie. Aufsätze zur pragmatischen Lebenswelttheorie. Wiesbaden, S. 561–578.

Suerge, Thomas J. (2004): Niedergang durch Rassismus. IN: Oswalt, Philipp [Hrsg.]: Schrumpfende Städte. Band 1. Ostfildern-Ruit, S. 231–241.

Werner, Karin (2011): Eigensinnige Beheimatung. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung. IN: Müller, Christa [Hrsg.]: Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München, S. 54–75.

Wiesinger, Georg/Machold, Ingrid (2001): Soziale Integration/Ausgrenzung in Sozialsystemen peripherer ländlicher Regionen. Wien.

Wirth, Louis (1938): Urbanism as a way of life. IN: The American journal of sociology, 44(1), S. 1–24.

Understanding Neighborhood Gentrification as Socio-Ecological Processes

Gentrification is a very visible and emotional experience: Many of us have seen fancy restaurants replace laundromats and second hand clothing stores, white middle and upper class people start moving in while fewer immigrants are to be seen, or empty industrial lands rebuilt with 30 story luxury condominiums. Often when gentrification is beginning these areas appear 'hip', attracting new businesses such as bars, coffee shops or clothing stores that appeal to youth. At other times the proximity to the central city and cheap rent attract students and artists, but as they grow older and get better jobs they change the neighborhood. Increasingly it appears to be taking a new turn: New condominiums are advertised as being good for the environment, gentrifying neighborhoods are seeing more bicycles and organic food stores and new projects on former industrial sites are celebrated as 'sustainable redevelopment' while excluding the poor. This article provides a short overview of the links between gentrification, ecological analysis of cities, and growing environmental consciousness. First, I provide a brief introduction to gentrification. Then I offer an overview of ecological approaches to cities. Finally, I discuss some hypotheses concerning 'ecological gentrification'.

Gentrification

Gentrification research is now a well established tradition in human geography, with a number of dedicated researchers and good introductory textbooks. It's widely held that in the 1960s and early 1970s gentrification was a sporadic process driven in part by governments hoping to stem the tides of disinvestment in inner-city neighborhoods. By the 1970s it had become a more widespread phenomenon ("second wave"), at times dispersing to smaller cities across North America, and at times linked to the rise of arts communities in neighborhoods such as SoHo in Manhattan. By the late 1990s, the process had increased in scale and complexity (as "third-wave gentrification") to include large-scale capital developments, gover-

ment policies, and public-private partnerships as the key drivers (Lees et al. 2007: 174).

For some geographers, especially those schooled in the radical politics of Henri Lefebvre and David Harvey writing in the 1970s and 1980s, interest in gentrification stemmed from political concerns of over issues of income inequality and racial segregation in modern cities. Gentrification occurs as a result of underlying social forces in cities such as capital and class. Neil Smith's rent gap thesis, for instance, holds that gentrification is caused by the reaction of landowners and slumlords to shifting property prices: During certain periods landlords will stop fixing up their buildings, allowing poorer people to move in, but at a certain point these people get evicted and fancier (and probably taller) buildings will be built, and in so doing change the character of the neighborhood (Smith 1982). For other geographers, more linked to the 'cultural turn' in the 1980s and 1990s, understanding gentrification requires considering the values of the in-movers. Here, neighborhoods become desirable because of the way new residents (often students or artists) make where they live desirable to others. David Ley, for instance, focuses on how counter culture movements in the 1960s and 1970s (such as 'hippies' in West Coast North America) and artists in the 1980s helped drive gentrification (Ley 1996, 2003). This presents changing social values and cultural trends as key to explaining what drives urban change. Contemporary gentrification scholarship tends to draw on both approaches, and these can also be brought to bear on environmental aspects of gentrification.

Enter the Environment

A significant way of shifting and expanding the lenses through which we see cities is through bringing in the environment. In many ways a 'humanist' tradition in social science has led to ignoring this (preferring to focus on cultural values or wealth distribution issues), even though it's basic to how we live (Latour

2004). However, not only are cities often the site of environmental movements and politics, but many researchers are adopting environmental and ecological viewpoints. The emergent field of urban political ecology considers these various issues (Heynen et al. 2006; Keil 2006).

A starting point is to begin to focus on the extensive networks that make up cities. These include hard infrastructure - roads, electricity transmission lines, oil pipelines, waterworks and sewage pipes. It also includes the supply chains of firms through which we find the meat, vegetables or computers that make up our daily provisioning. Cities are swirling circuits of circulating stuff, and shopping centers, farmers markets, and commodity exchanges are part of the metabolic connections between the city and the country (Cronon 1992).

Urban political ecologists can consider and include considerable research in the disciplines of environmental management and urban planning which stress that cities in contemporary capitalist cities have enormous environmental impact. This is especially so in North America where freeways, sprawl, failed public transport and monster houses over 300 square meters have become the norm. Probably the most dominant approach in mainstream urban planning (and linked to efforts to densify cities) has been to compare carbon emissions, vehicle use, transit and geographic size to show how denser European cities fair better than sprawling North American cities (Newman/Kenworthy 1999). More comprehensively the 'ecological footprint' seeks to measure total material flows for a city (inward, such as steel, water, or meat, or outward, such as through sewage or carbon dioxide emissions from cars) and to provide a measurement of the land base needed to support such flows (Rees/Wackernagel 2008). Another interesting approach is to consider the consumption patterns of individuals and families who live in cities (the so-called 'consumer lifestyle approach'). While urban form affects such consumption - public transit or access to a vegetable garden may decrease fossil fuel use - but this may be insignificant next to the fact that "travel by plane is an integral part of the urban lifestyle" of many residents (Holden/Norland 2005: 2150). This raises a host of questions concerning the material flows of gentrified vs. non-gentrified neighborhoods and the differential consumption patterns which gentrification brings.

However, urban political ecology goes

beyond this to stress that cities are not distinct from the external environment. Cities also include parks, tree and plant cover and may have substantial animal populations - both domesticated and wild. Bees, coyotes, feral cats and salmon bearing streams are often part of the urban environment. Cities are thus not only linked to the environment, but are themselves environments, part of how people have lived on the land and in landscapes. One could investigate the ways in which plant and tree cover and gardens shift through gentrification or even how animal populations change. If parks in poor neighborhoods can become inhospitable and dangerous - 'violent ecologies' (Brownlaw 2006) - then it also follows that parks themselves may become gentrified. This may involve making them safe and desirable place for middle class inhabitants or involve evicting homeless persons (Dooling 2008). Ultimately, urban political ecologists seek to show that social processes are always simultaneously social and ecological processes, social. David Harvey's proclamation that "there is nothing unnatural about New York City" is thus an invitation to explore the myriad ways in which cities are 'socio-nature'. A number of claims follow from this.

First, the environment is a source of resources, both in terms of providing basic needs (such as water) as well as amenities such as parks and green space. However, the social structure of cities (such as class or race divisions), the ways resources are managed, or differences between neighborhoods can lead to conflicts over, and inequality of, access to such resources. Poor people may have less access to water, parks and green space, or live in noisier or more polluted neighborhoods. Well off residents in single family houses may use more water on their lawns and in their swimming pools than those who live in small apartments. A number of researchers with training in physical sciences (such as ecology) and Geographic Information Systems have thus documented these geographic and class disparities in cities (Heynen et al. 2006; Domene et al. 2005; Buzzelli/Jerrett 2007; Pelling 2003; Landry/Chakraborty 2009). Others have focused on resource governance to explain, for instance, how water distribution systems or privatization of water has undue effects on the urban poor (Swyngedouw 2004; Bakker 2010). Ecologies are 'political' both because they involve conflict between different interests, but also because

we have mechanisms for governing access (such as markets, city governments and nation-state governments, and environmental management systems). Measuring the differences to resource use that gentrification makes is a matter not only concerning 'ecological footprints' and 'care for the environment' but also of access to necessities and differences of power. Gentrification has always been about access to a core resource in the city-land and living space.

Second, the 'environment' is not simply an objective category of physical science, but also involves human language and thought. Political ecologists more generally (and increasingly in urban political ecology) pay close attention to the different 'frames' through which the environment is understood (Forsyth 2003). The traditional 'frame' of a binary opposition of nature and city works to obscure the ways cities are connected to distant ecologies while also serving to render 'nature' as a place separate from people and their daily needs for resources. Attention to discourses of the environment also is meant to open up social science research to consider the myriad ways in which values, ideologies and discourses are involved with how humans interact with ecologies. Participants in public debates over environmental issues thus often come from very different world views, and these viewpoints are linked to how they earn an income and their life prospects (Walker/Fortmann 2003). Likewise, there is not a single 'environmentalism' but a wide variety of philosophies and environmental movements with different goals for the directions of technology, markets, governance and social structure. Many of these approaches can be found in urban politics, lifestyles and landscapes. For instance, many new condominiums and office buildings explicitly combine modernist architectural styles with heating efficiency: This invokes 'ecological modernisation' - the belief that liberal market economies can retain their underlying core institutional structures, but be reformed through technological innovation, environmental management systems and regulatory reform (Christoff 1996). Alternatively, bicycle activists engaged in "Critical Mass" rides invoke romantic ideals of self-expression and political activism (Dryzek 1997) and 'Small is Beautiful' values that harken back to the appropriate technology movements of the 1970s.

Third, 'the environment' is increasingly an object of urban governance: Governments and corporations adopt systems of environmental



Schanzenviertel Hamburg: Die Rote Flora – Symbol eines Viertels und Objekt des Anstoßes – zwischen Gentrifizierung und Scham.
Cosima Werner (2011)

management and regulation and also seek to integrate and appease the political concerns of citizens and environmental advocacy coalitions. Environmental politics involves conflict over discourses and ideologies of nature as well as selection of particular 'environmental imaginaries'. For instance, 'sustainability' has become a central component in urban planning education and practice (Gunder 2006). Here, social scientists have ample scope to consider such governance processes: These may include how they incorporate or deflect the concerns of different constituents (such as businesses in 'green' economy sectors seeking economic developments or real estate developers hoping to build 'sustainable' brownfield redevelopments) or give voice to certain orientations towards

the environment. Here there is considerable room to consider the variation between different models for 'greening' the city, both in terms of interest groups that benefit and discourses that prevail: 'Densification' through high rise development may favor real estate developers and growth coalitions with adverse effects on the urban poor (Quastel 2009). Pear-sall (2010) shows that socio-economic change linked to gentrification was found in half of sustainability-linked brownfield redevelopment in New York City in the 1990s. A group of urban political economists - David Gibbs, Andy Jonas, Rob Krueger, Andrew While - have also been tracing the links between "Smart Growth", New Urbanism, and 'new economy' industries such as high tech, and anti-poor urban policies (Krueger/Gibbs 2007). Alternatively, a dispersed 'green city' which focuses on transit, community gardens and building efficiency (Holden/Norland 2005) may take the pressure off central city inhabitants.

Fourth, in showing how ecologies, discourses, and social systems work together urban political ecologists are working to form novel forms of environmentalism. A concern with issues of social inequality creates affinities with the environmental justice movement. Drawing on theoretical traditions such as Actor Network Theory and ecological Marxism urban political ecologists seek to show how we are not only intertwined with, but also construct the environments in which we live. In this sense, the environment cannot be something 'out there' but is linked to who we are, and the social systems we work within and choose to continue. In seeing the environment as a social process urban political ecologists are helping to stake out a 'social green' position on environmental issues in which social and environmental values are seen as intertwined. Solving environmental problems requires, on this approach, also involves solving social issues of ownership, control and wealth distribution.

Open Questions in Ecological Perspectives on Gentrification

There are now many examples of planning initiatives, urban redevelopment projects, and eco-efficient condominium projects that simultaneously give voice to environmental values while also having gentrifying effects (for examples see Krueger/Gibbs 1997; Porter/Shaw 2009). The visible presence of organic food sto-

res, farmers markets, community gardens and bike share programs - often in gentrifying neighborhoods and projects - further suggest that environmentalist cultures are remaking the city. However, forging clear theories to explain these processes has proved somewhat harder. Is there an underlying logic or is it simply chance that these have come together? Is each case a distinct mix or are there common threads? Are environmental issues and values the driver, or do they simply coexist with and obscure the workings of more traditional drivers of gentrification? In what follows I discuss four theories.

Environmental gentrification: There is an established research stream in mainstream urban economics concerning environmental gentrification. The basic hypothesis is that pleasant environments have value: Traditionally the negative side has been discussed - the theory that environmental quality improvements in poor communities may spur gentrification and the displacement of residents (Banzhaff/Walsh 2006). However, the hypothesis should also apply to new development-projects or neighborhoods with particularly pleasing environments should be more expensive, and so attract a price premium. The thesis is implicit in much work that identifies sustainability initiatives with urban entrepreneurship and quality-of-life concerns: Cities such as Austin, Texas or Boston, Massachusetts use clean, healthy and safe environments to attract new comers, and can do so because they prosper in the 'new economy' of high tech and computer software (Gibbs/Krueger 2007; Krueger/Savage 2007). However, as Eckerd (2011) discusses, the theory has had little empirical testing at the neighborhood level, and his own analysis of redevelopments of polluted industrial lands in Portland, Oregon suggests no evidence for it. The theory has a dark underside also - it suggests that environmental justice campaigns could radically backfire and that polluted sites in cities provide the poor a respite from middle class gentrifiers. Furthermore, many environmental policy goals such as carbon dioxide emission reductions or individual consumer actions (such as reducing meat consumption) are difficult to classify as providing improved 'amenities'. The environmental gentrification thesis suggests these values or policies are adopted as a smokescreen to obscure the underlying motives of quality of life improvement. That simply fails to capture the full range of

motives for environmental action.

Cultural approaches to ecological gentrification: This suggests that environmentalism is the new 'hip'. Just as artists neighborhoods and the factory loft carried distinction in the 1990s (Ley 2003) so now does walking and cycling, 'mindful living', local organic cuisine and yoga studios. There is some evidence to support the thesis - the emergence of bicycle counterculture, farmers markets and community gardens, or the repeated use of sustainability messaging in condominium advertising. Alternatively, the ability to 'work, shop and play' in the same neighborhood - long a feature of the middle class reclamation of the inner city - is now given the twist of being part of a sustainable lifestyle. However, no systematic research has been done to justify the thesis and it faces some obvious causation problems. Are people really driven to re-inhabit the central city by such values or are sustainable seafood restaurants and localist cuisine simply add-ons to a more generalized urban aesthetic? Are buyers motivated by advertising and developers promises of improved eco-efficiency, or are these secondary to traditional gentrification drivers? One place to start would be clear analysis of how geographic location in cities and vis a vis exurbs and the countryside impact on environmental consciousness.

Ecological Rent Gap: Landlords are driven to gentrify, as it were, because if they do so they can get higher returns on their capital. So the ecological rent gap hypothesis would consider how price structures of cities would change due to shifting energy, environment and land use planning frameworks. One such hypothesis is that gas prices (and perhaps carbon taxes) make transport more expensive and so may make the central city more desirable to renters and owners. Quastel (2009) makes this hypothesis based on a simple modeling of land price to transport costs, and recognizes that this effect will likely only be visible after some period of sustained higher fuel prices.

However, two further such hypotheses have had fuller treatment. One is part of a package of critiques by Krueger and Gibbs. This holds that for many cities with gentrification pressures deindustrialization and the 'new economy' are drivers: The switch to 'greener' businesses effectively propel land prices upward and environmental amenities can then be purchased. This however leaves one to wonder if it diverges too far from cultural explanations: Surely environmental consciousness is not merely an ephemeral product of underlying economic changes. There is also a large amount of literature claiming that barriers to sprawl, such as urban containment boundaries, put upward



Schanze: Eine saubere Schanze bedeutet Vernichtung des öffentlich-politischen Raumes. Cosima Werner (2011)

pressure on the cost of housing (Cox/Paveltich 2010). This could be expected to play out as gentrification, as landlords may find that it becomes more profitable to upgrade as inner city prices go up. These arguments are widely used by right wing think tanks and automobile advocates in the United States who tend to assume that urban planners either cannot or will not exercise their powers to offset increasing prices (through allowing higher density and mixed housing or creating social housing). ‘Smart Growth’ advocates have fought back strongly, arguing that there is plenty of space in cities to accommodate newcomers through mixed use, and higher density housing, and that there are various ways in which cities can provide social housing to reduce gentrification pressures (Curran/Wake 2008; Smart Growth America 2010).

The Eviction of Social Sustainability: In principle cities may have available avenues for protecting low cost housing or thwarting gentrification caused by environmental policies. It’s another issue entirely whether this will happen. In fact, environmental agendas that separate ‘the environment’ from social issues may, in fact, work to perpetuate social injustice and also shift the public gaze away from unjust social outcomes. Quastel (2009) thus notes a variety of ironic juxtapositions - developers building community gardens and using them to sell gentrifying real-estate, and well off professionals riding their bicycles past homeless people as part of their daily commute. Environmentalism has become mainstream since the 1990s in large part through being reinterpreted as ‘liberal environmentalism’ - the belief that environmental action can take place within capitalist market economies marked by weak state controls (Bernstein 2001). In urban environmental governance this has taken the form of interpreting sustainability as ‘densification’, as a land use and zoning policy. In many ways this has empowered urban planning, as ‘social planning’ became increasingly untenable during pro-market shifts of the 1990s and 2000s (Gunder 2006). The result is that ‘social’ aspects of sustainability such as concerns with ‘intra-generational equality’ have been marginalized (Pearshall 2010). The economics of real estate development also militate against social inclusion: Profits are to be had by selling to the middle and upper classes and so condominium projects and new build developments incorporate prices, aesthetics (and at times), security systems to exclude the poor. The result is that de-

velopers and councils produce advertisements, planning projects, and ultimately urban neighborhoods which reinforce rather than reject environmentalism’s class politics. City governments may feel they are powerless to address significant social issues, and so purposefully tailor environmental discourse to avoid adopting such responsibilities.

Most likely, particular examples wherein environmental discourses are linked to gentrification are combinations of these factors. Further research is needed to help untangle this in order to sort out what are the more prominent and likely contributors - hopefully by exploring case studies showing both the diversity and commonality of these processes. A further challenge is that ecological gentrification may be a passing trend. The recent collapse of climate action in Canada and the United States, for instance, suggests that much of the ‘hip’ factor was a short-lived trend found in 2006-2008 when environmental consciousness was flourishing with global stock markets and is now suffering from recession. As real estate development drops off, there is little growth to be smart about, and city governments are at times shying away from increasingly divisive environmental issues: The next growth cycles may be accompanied by very different discourses and policies. Even still there are a number of open questions and themes for this type of research. Hopefully this short paper has also shown that exploring the question of ecological gentrification is also a window onto the larger dynamics of cities and environmental governance.



Bibliography

- Bakker, K. (2010): *Privatizing Water: Governance Failure and the World's Urban Water Crisis*. Cornell University Press.
- Banzhaff, H.S./ Walsh, R.P. (2006): Do people vote with their feet? An empirical test of environmental gentrification. Resources for the Future, Discussion paper (on file with author).
- Bernstein, S. (2001): *The Compromise of Liberal Environmentalism*. Columbia University Press.
- Brownlaw, A. (2006): Inherited fragmentations and narrative of environmental control in entrepreneurial Philadelphia. IN: Heynen, N./Kaika, M./Swyngedouw, E. [eds.]: *In the Nature of Cities: Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism*. New York, pp. 208–225.
- Buzelli, M. (2008): A political ecology of scale in urban air pollution monitoring. IN: *Transactions of the Institute of British Geographers Vol. 33*, pp. 502–517.
- Christoff, P. (1996): Ecological Modernisation, Ecological Modernities. IN: *Environmental Politics* 5, pp. 476–500.
- Curran, D./Wake, T. (2008): *Creating Market and Non-market Affordable Housing: A Smart Growth Toolkit for BC Municipalities*, Smart Growth BC, March 2008.

- Cox, W./Pavletich, H. (2010): 6th Annual Demographia International Housing Affordability Survey: 2010 Ratings for Metropolitan Markets. Demographia: Belleville, IL. URL: <http://www.demographia.com/dhi.pdf>.
- Cronon, W. (1992): Nature's Metropolis: Chicago and the Great West. W.W. Norton.
- Domene, E./Sauria, D. (2007): Urbanization and class-produced natures: Vegetable gardens in the Barcelona metropolitan region. IN: Geoforum Vol. 38, pp. 287–298.
- Dooling, S. (2008): Ecological gentrification: Re-negotiating justice in the city. IN: Critical Planning Vol. 15, pp. 40–57.
- Dryzek, J. (1997): Politics of the Earth: Environmental Discourses. Oxford.
- Eckerd, A. (2011): Cleaning Up Without Clearing Out? A Spatial Assessment of Environmental Gentrification. IN: Urban Affairs Review 47(1), pp. 31–50.
- Forsyth, T. (2003): Critical Political Ecology. New York.
- Gibbs, D./Krueger, R. (2007): Containing the Contradictions of Rapid Development? New Economic Spaces and Sustainable Urban Development. IN: Krueger, R./Gibbs, J. [eds.]: The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe. London, pp. 95–122.
- Gunder, S. (2006): Sustainability: Planning's saving grace or road to perdition. IN: Journal of Planning Education and Research Vol. 26, pp. 208–221.
- Heynen, N./Perkins, H./Roy, P. (2006): The Political Ecology of Uneven Urban Green Space: The Impact of Political Economy on Race and Ethnicity in Producing Environmental Inequality in Milwaukee. IN: Urban Affairs Review Vol. 42, pp. 3–25.
- Heynen, N./Kaika, M./Swyngedouw, E. [eds.] (2006): The Nature of Cities: Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism. New York.
- Holden, E./Norland, I. (2005): Three challenges for the compact city as a sustainable urban form: household consumption of energy and transport in eight residential areas in the greater Oslo Region. IN: Urban Studies 42(12), pp. 2145–2166.
- Jonas, A./Whilè, A. (2007): Greening the Entrepreneurial City? Looking for Spaces of Sustainability Politics in the Competitive City. IN: Krueger, R./Gibbs, J. [eds.]: The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe. London, pp. 123–155.
- Keil, R. (2006): Urban political ecology: Progress Report 2. IN: Urban Geography Vol. 26, pp. 640–651.
- Keil, R. (2007): Sustaining Modernity, Modernizing Nature: The Environmental Crisis and the Survival of Capitalism. IN: Krueger, R./Gibbs, J. [eds.]: The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe. London, pp. 41–65.
- Krueger, R./Gibbs, D. [eds.] (2007): The Sustainable Development Paradox: Urban Political Economy in the United States and Europe. London.
- Krueger, R./Savage, L. (2007): City-regions and social reproduction: A 'place' for sustainable development? IN: International Journal of Urban and Regional Research Vol. 31, pp. 215–223.
- Landry, S./Chakraborty, J. (2009): Street trees and equity: evaluating the spatial distribution of an urban amenity. IN: Environment and Planning A Vol. 41, pp. 2651–2670.
- Latour, B. (2004): The Politics of Nature. Harvard University Press.
- Lees, L./Slater, T./Wyly, E. (2007): Gentrification. New York.
- Ley, D. (1996): The New Middle Class and the Remaking of the Central City. Oxford.
- Ley, D. (2003): Artists, Aestheticisation and the Field of Gentrification. IN: Urban Studies 40(12), pp. 2527–2544.
- Litman, T. (2010): Affordable-Accessible Housing In A Dynamic City: Why and How To Increase Affordable Housing Development In Accessible Locations. Victoria, BC.
- Newman, P./Kenworthy, J.R. (1999): Sustainability and Cities: Overcoming Automobile Dependence. Washington, D.C..
- Pearsall, H. (2010): From brown to green? Assessing social vulnerability to environmental gentrification in New York City. IN: Environment and Planning C: Government and Policy 28, pp. 872–886.
- Pelling, M. (2003): Towards a Political Ecology of Urban Environmental Risk: The Case of Guyana. IN: Zimmerer, K./Bassett, T. [eds.]: Political Ecology: An Integrative Approach to Geography-Development Studies. New York, pp. 73–93.
- Porter, L./Shaw, K. (2009): Whose Urban Renaissance? An international comparison of urban regeneration policies. London.
- Rees, W./Wäckernagel, M. (2008): Urban Ecological Footprints: Why Cities Cannot be Sustainable-and Why They are a Key to Sustainability. IN: Marzluff, J./Shulenberg, E./Endlicher, W./Alberti, M./Birdley, G./Ryan, C./Simon U./ZumBrunnen, C. [eds.]: Urban Ecology: An International Perspective on the Interaction Between Humans and Nature. New York, pp. 537–555.
- Quastel, N. (2009): Political Ecologies of Gentrification. IN: Urban Geography Vol. 30, pp. 694–725.
- Robbins, P. (2004): Political Ecology: A Critical Introduction. Malden, MA.
- Smart Growth America (2010): "Housing". URL: <http://www.smartgrowthamerica.org/housing.html> (accessed May 8, 2010).
- Smith, N. (1982): Gentrification and uneven development. IN: Economic Geography Vol. 58, pp. 139–155.
- Swyngedouw, E. (2004): Social Power and the Urbanization of Water: Flows of Power. Oxford.
- Walker, P./Fortmann, L. (2003): Whose Landscape? A Political Ecology of the 'exurban' Sierra. IN: Cultural Geographies Vol. 10, pp. 469–491.



Kampf gegen die Gentrifizierung. Die ehemals 'dreckige' Schanze wird sauber und verliert dabei das Image, das einst die kreative Klasse anlockte. Cosima Werner (2011)

„GeoWerkstatt“

- S. 45 **Fachschaft Köln**
IGC 2012 in Köln – Eine studentische Sicht
- S. 45 **Carolin Hendrys (Münster)**
Geographische Institutszeitungen in Deutschland
- S. 47 **Annika Zeddel (Erlangen) und Lisa Tschorn (Münster)**
Tagungsbericht zur VIII. Tagung Neue Kulturgeographie –
Regionalforschung nach dem Cultural Turn
- S. 49 **Andrea Rehme (Dresden)**
Wasserstadt Leipzig – Ein Erfahrungsbericht zur SummerSchool
- S. 51 **Benjamin Prager (Leipzig)**
9. Sommerakademie der Kulturstiftung Hohenmölsen – Ein Erfahrungsbericht



Die Rubrik **GeoWerkstatt** ist der Werkzeugkasten, aus dem man sich bedienen und inspirieren lassen kann. In diesem Teil werden Ereignis- und Erlebnisberichte über besonders informative oder unkonventionelle Exkursionen, Sommerakademien, Workshops, Arbeitsgemeinschaften, Lehrveranstaltungen und studentische Projekte veröffentlicht. Artikel zu diesen Themen bis maximal zwei Seiten nehmen wir gerne jederzeit von Einzelpersonen oder Autorenkollektiven entgegen und publizieren sie nach redaktioneller Prüfung in der nächsten Ausgabe von *entgrenzt*.

Editorial

Die Geowerkstatt enthält dieses Mal vier Erfahrungsberichte sowie einen Artikel über geographische Institutszeitungen.

Einen Ausblick auf den in ihrer Heimatstadt im August 2012 stattfindenden Internationalen Geographiekongress (IGC) gibt die Fachschaft Köln. Im Kontext des Ziels, auch ein kreatives Programm für Studierende zusammenzustellen, kündigen sie ein „Young Researcher Forum“ an, das bestimmt viele Nachwuchswissenschaftler anlocken wird, die sich z.B. in einem *Science Slam* miteinander messen können.

Besonders informativ ist auch der Artikel von Carolin Hendrys, die der Frage nachgeht, welche studentischen Zeitungsinitiativen es neben *entgrenzt* noch in der Geographie gibt. Im Zuge ihrer Recherche ist sie auf drei Institutszeitungen aufmerksam geworden, die sie in ihrem Artikel vorstellt.

Annika Zeddel und Lisa Tschorn waren im Januar auf der 8. Tagung der „Neuen Kulturgeographie“ in Erlangen und berichten, was sie als studentische Teilnehmerinnen dort erwartet hat. Nach einem kurzen Überblick über die zentralen Forschungsfragen in der neuen Kulturgeographie nennen sie AutorInnen, an denen ihr auf diesem Gebiet nicht vorbeikommt. Mit der Beschreibung von vier Panelsitzungen werden konkrete Forschungsfelder dieser Disziplin ersichtlich, in denen noch viel Diskussionsbedarf besteht.

Andrea Rehm und Benjamin Prager berichten über zwei Sommerakademien, an denen sie dieses Jahr teilgenommen haben. Während Andrea Rehm die Hydropolis Leipzig entdeckte, erkundete Benjamin Prager Bergbaulandschaften. Beide kommen zu dem Schluss, dass der Hörsaal im Freien eine tolle Ergänzung zum Vorlesungsalltag ist.

Ulrike Bergner

Im kommenden Jahr findet vom 26. bis 30. August 2012 der 32. Internationale Geographenkongress in Köln statt. Das ist auch für uns Studenten ein Grund sich genauer mit der Thematik zu beschäftigen. Natürlich ist die Bedeutung des Kürzels IGC schnell herausgefunden. Aber was genau steht dahinter und vor allem was haben wir als Studierende davon?

Der IGC ist ein Fachkongress, auf dem sich alle vier Jahre Geographen aus aller Welt immer an einem anderen Ort treffen und sich über den Stand der Forschung auf den verschiedenen Gebieten der Geographie austauschen. Mit der Ausrichtung des IGC in Köln kommt dieser zum zweiten Mal seit seinem Bestehen nach Deutschland. Das erste Mal fand er 1899 in Berlin statt. Nun klingt eine internationale Tagung nach einer Veranstaltung, bei der sich hochkarätige Wissenschaftler in noblen Kongresszentren über Themen austauschen, die für den normalen Studenten tendenziell eher kryptisch sind. Auch die mit einer Teilnahme verbundenen Kosten lassen sich nicht gut mit dem studentischen Geldbeutel auf eine Ebene bringen. Hier kommen wir nun zu einer Besonderheit des IGC 2012: Unter dem Motto „Down to Earth“ wird der Kongress zurück an die Universität geholt. Diese Umkehr zu den Wurzeln der Wissenschaft senkt nicht nur die Kosten, sondern bringt uns Studenten auch in direkten Kontakt mit diesem Kongress. Mit dem Young Researchers' Forum gibt es diesmal eine Plattform für Nachwuchswissenschaftler, bei der sie ihre Forschungsergebnisse vorstellen, Kontakte knüpfen und über ihre Ergebnisse diskutieren können. Somit liegen einige Sachen auf der Hand, die den IGC in Köln besonders aus studentischer Sicht hervorheben. Da wir Studenten in Köln bei der Planung und Ausrichtung eingebunden wurden, sind auch für Studierende interessante Veranstaltungen dabei. Geplant ist ein *Science Slam*, bei dem wissenschaftliche Beiträge in unterhaltsamer und leicht verständlicher Weise präsentiert werden sollen. Es wird ein Poster-Wettbewerb veranstaltet, bei dem die Besten der speziell von jungen Wissenschaftlern eingereichten Poster ausgewählt werden. Natürlich werden im Rahmen des IGC auch viele interessante Exkursionen angeboten. Hierbei sind die eintägigen Exkursionen auf die lokalen Besonderheiten ausgerichtet.

Die mehrtägigen Exkursionen sollen die Vielfalt Deutschlands und Europas zeigen. Für die spontanen Teilnehmer wird es von der Fachschaft im Rahmen des IGC Hopp-on-Hopp-off-Exkursionen geben. Durch Geotagging und kurze Informationsschnipsel findet man zu Treffpunkten, an denen Kurzexkursionen zu Orten stattfinden, die sonst (fast) nicht zu sehen oder zu erreichen sind. Natürlich wird auch ordentlich gefeiert. Eine große Party, bei der man leicht bei einem Getränk mit anderen ins Gespräch kommen und Kontakte knüpfen kann, wird im „alten“ Stil einer Studentenparty stattfinden. Ganz im Sinne des Mottos „Down to Earth“!

Wenn ihr euch am IGC-Young Researchers' Forum beteiligen möchtet oder mehr über unsere Aktionen erfahren wollt, könnt ihr uns gern kontaktieren. Auf der Website findet ihr auch die Anmeldung zum Science-Slam und zum Poster-Wettbewerb. Anmeldeschluss ist der 31. März 2012.

Homepage: <http://yrf.uni-koeln.de>

Kontakt-Email: igc2012-yrf@uni-koeln.de

Die Fachschaft-Geographie ist die studentische Vertretung der Studierenden der Geographie der Universität Köln. Wir kümmern uns um alle Belange, die das Studentenleben mit sich bringt. Wir beraten und helfen so gut es geht und vermitteln zwischen Studenten und Lehrpersonal. Des Weiteren planen wir studentische Veranstaltungen und versuchen das Studium durch unseren Austausch mit der Universität studentenfreundlicher zu gestalten. Dies machen wir auf ehrenamtlicher Basis und suchen deswegen ständig Hilfe.

Geographische Institutszeitungen in Deutschland

Carolin Hendrys (Münster)

Welche universitätsübergreifende studentische Geographie-Projekte gibt es eigentlich in der deutschen Hochschullandschaft? Den wenigsten Geographie-Studierenden würde hierzu eine passende Antwort einfallen. Es existieren zwar zahlreiche kleinere und größere Geographie-Projekte, doch sind die meisten vor allem fachbereichsintern bekannt und deswegen nur einer kleinen Gruppe von Interes-

senten zugänglich. Vor diesem Hintergrund ist im Jahr 2009 die Idee für die Zeitschrift *entgrenzt* entstanden. Mit *entgrenzt* soll ein geographisches universitätsübergreifendes Medium etabliert werden, das die Kommunikation zwischen Geo-Studis deutschlandweit anregt und den Ideenaustausch erleichtert.

Eine Frage, die uns bei unserem Vernetzungsziel beschäftigt, ist, welche anderen studentischen Geographiezeitschriften es eigentlich gibt. Bei der Recherche durch den Geo-Projekt-Dschungel stießen wir auf drei geographische Institutszeitschriften, die wir euch in diesem Artikel kurz vorstellen wollen. In einer Email an die HerausgeberInnen stellten wir drei Fragen: Wie kam es zur Gründung der Zeitschrift? Welche Inhalte werden behandelt? Und wo kann man die neuen Ausgaben abrufen? Geantwortet haben uns die GeoLoge (Uni Bochum), COLUMBUS (Uni Heidelberg) und Geophon (Uni Gießen).

Ein Wettbewerb der Bochumer Universitätsleitung rief die Fakultäten auf, Konzepte für Lehrveranstaltungen oder Projekte zu entwickeln, die innovativ und fächerübergreifend übertragbar sind. Die GeoLoge, eine geographische Open-Access-Zeitschrift der Ruhr Uni Bochum, ist ein Ergebnis dieser Initiative. Sie entstand durch die Idee einer Gruppe von drei Studierenden und zwei jungen Lehrenden des Geographischen Instituts, die es den Studierenden ermöglichen wollten, ihre wissenschaftlichen Arbeiten und Erfahrungsberichte der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die erste GeoLoge Ausgabe erschien Anfang 2010 und wird seither zweimal im Jahr veröffentlicht. Das Redaktionsteam der GeoLoge besteht derzeit aus vier Geographie-Studierenden, die von zwei Herausgeberinnen unterstützt werden. Ein wissenschaftlicher Beirat kann für inhaltliche Fragen hinzugezogen werden. Die Artikel werden hauptsächlich von Studierenden und jungen WissenschaftlerInnen aus der Geographie oder den Nachbardisziplinen verfasst und bieten den AutorInnen die Chance, erste Publikationserfahrungen zu sammeln. Die Zeitung besteht aus vier Rubriken: Da wären zum einen die Fachartikel, die neue Perspektiven und Untersuchungsfragen der Geographie behandeln. In den State-of-the-Art-Artikeln wird ein umfassender Überblick zu aktuellen Forschungsthemen des Fachbereiches gegeben. In der Kategorie „Aus der Praxis“ werden Projekte und besondere Ereignisse aus der beruflichen und universitären Praxis vorgestellt. Die Frage, was

man mit einem Geographie-Studium später machen kann, wird hier aufgegriffen. Zusätzlich werden in jeder Ausgabe ein oder zwei Fachbücher in Rezensionen vorgestellt. Es gibt bei der GeoLoge jedoch keine Themenhefte. Jede Ausgabe spiegelt die Themenvielfalt in der Geographie und ihrer Nachbardisziplinen wider. Unter <http://geologe.geographie.rub.de/> sind die Ausgaben online abrufbar.

Seit 2005 gibt es am Geographischen Institut der Universität Heidelberg eine eigene, von Studierenden herausgegebene Institutszeitschrift namens COLUMBUS. Derzeit produzieren dreizehn ehrenamtliche RedakteurInnen zwei bis drei Ausgaben der Geo-Zeitschrift pro Semester. Beiträge können von Studierenden, AbsolventInnen, DozentInnen und potentiellen ArbeitgeberInnen veröffentlicht werden, womit eine Brücke zwischen dem Studium und dem Arbeitsmarkt geschlagen wird. Bereits berufstätige Absolventen des Geographischen Instituts stellen in Berichten den Arbeitsmarkt für Geographen vor. Welche Praktikummöglichkeiten es gibt und wie Auslandssemester funktionieren, wird in Berichten von Studierenden erzählt. Neuigkeiten des Geographischen Instituts in Heidelberg, Exkursionsberichte, Kolumnen und Einblicke in Abschlussarbeiten runden die Institutszeitschrift ab. Alle Ausgaben von COLUMBUS werden kostenlos unter <http://www.geog.uni-heidelberg.de/institut/columbus.html> zum Download angeboten.

Die Zeitschrift Geophon der Universität Gießen wurde 1995 gegründet und nach einer mehrjährigen Pause von 2002 bis 2007 zum Wintersemester 2007/2008 wiederbelebt. Seither publizieren die Mitglieder der Gießener Fachschaft eine Zeitschrift pro Jahr jeweils zum Wintersemester. Hauptsächlich werden Exkursionsberichte, Reiseberichte, Institutsneuigkeiten, Praktikumsberichte, kritische Beiträge und Fachartikel von Studierenden und ProfessorInnen veröffentlicht. Die meisten Artikel verfassen die Mitglieder der Fachschaft selbst. Studierende und DozentInnen des Instituts sind aber ebenfalls dazu angehalten Artikel beizusteuern. Für das Titelbild jeder Ausgabe wird ein Fotowettbewerb unter Studierenden ausgerufen, die dann ihre schönsten Fotos einschicken und etwas Kleines gewinnen können. Die Zeitschrift erscheint in Papierform und kostet 2 Euro. Alte Ausgaben werden in Kürze online abrufbar sein: <http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fbo7/>

fachgebiete/geographie/studium/fachschaft/geophon.

Die drei vorgestellten Zeitungen zeigen die Vielfalt, wie studentische Initiativen geographische Themen aufgreifen. Gerade weil die meisten Projekte nur fachbereichsintern bekannt sind, stellt sich zum Schluss die wichtige Frage: Haben wir Zeitungsinitiativen von Studierenden vergessen? Oder habt ihr ein anderes Geographie-Projekt ins Leben gerufen, dem ihr zu überregionaler Aufmerksamkeit verhelfen wollt? Dann schreibt uns und stellt euch vor. Gerne würden wir über eure Ideen in einer der folgenden Ausgaben berichten.



Tagungsbericht zur VIII. Tagung Neue Kulturgeographie – Regionalforschung nach dem Cultural Turn

Annika Zeddel (Erlangen) und Lisa Tschorn (Münster)

Vom 27. bis 29. Januar 2011 fand am Institut für Kulturgeographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg die bislang achte Tagung zur Neuen Kulturgeographie statt. Mehr als 220 Teilnehmer_innen zeugten davon, dass Interesse und Diskussionsbedarf seit der ersten NKG-Tagung 2004 in Leipzig nicht nachgelassen haben. Dementsprechend waren sowohl die meisten der zehn verschiedenen Panels mit ihren knapp 35 Vorträgen, als auch die beiden Podiumsdiskussionen sehr gut besucht. Der diesjährige Schwerpunkt lag auf dem Thema „Regionalforschung nach dem Cultural Turn“.

Den Auftakt der Tagung bildeten ein Leseseminar und der Vortrag des britischen Geographen Derek Gregory mit dem Titel „War Cultures and Performance of Space“, welcher sich speziell an Studierende und Doktorant_innen richtete. Eine am Samstag parallel angebotene interdisziplinäre Tagung zur Konzeption und Lehre der *area studies* nach dem *cultural* und *spatial turn* ergänzte und vertiefte das Programm.

Die Tagungen zur NKG verstehen sich als Diskussionsforum für inhaltliche, methodische, methodologische sowie vor allem theoretische Fragestellungen innerhalb der deutschen Humangeographie. Sie zeichnen sich durch die Rezeption der v.a. konzeptionellen angloamerikanischen Fachdebatten sowie den Blick über den disziplinären Tellerrand aus. Die Teilnahme an

Tagungen der NKG-Reihe ist besonders für Student_innen fortgeschrittener Fachsemester eine Bereicherung, da man hier die Gelegenheit bekommt, aktuelle Fachdebatten live mitzuerleben. Außerdem ist es erfrischend, Bekanntschaft mit den Personen hinter den großen Namen der Geographie machen zu können.

Was ist die Neue Kulturgeographie?

Bevor eine beispielhafte Darstellung verschiedener Panels und Diskussionen der Tagung in den Mittelpunkt gerückt wird, wollen wir eine Kurzcharakteristik dessen versuchen, was unter Neuer Kulturgeographie verstanden wird.

Die NKG geht davon aus, dass ein realistisch-objektiver Blick auf Kultur ebenso wenig möglich ist wie eine positive Bestimmung des Kulturbegriffs. Sucht man nach den Gemeinsamkeiten der unter dem Label Neue Kulturgeographie Arbeiten, so kann man diese am ehesten in einer spezifischen Grundhaltung finden: Einem wissenschaftlichen Blick und einer entsprechenden Arbeitsweise, die durch die Hinwendung zu konstruktivistischen Perspektiven und der Akzeptanz von kontingenten Weltbildern geprägt sind. Ziel der wissenschaftlichen Untersuchungen ist die Dekonstruktion dessen, was im Allgemeinen offensichtlich und vielleicht gar nicht diskussionswürdig erscheint. Genau diese allgemein akzeptiert erscheinenden Wahrheiten und natürlichen Grenzen gilt es im Sinne der NKG aufzubrechen. Vielfach stützt sie sich hierbei auf Theorien und Ansätze poststrukturalistischer Denker. Um die Rezeption von Foucault kommt man bei der Beschäftigung mit entsprechenden Fragestellungen kaum herum. Aber auch andere Autor_innen wie beispielsweise Laclau und Mouffe oder Lacan spielen in diskursorientierten Betrachtungsweisen eine Rolle. Darüber hinaus lassen sich auf theoretisch-konzeptioneller Ebene auch beobachtungs- und systemtheoretische Ansätze mit Bezugnahme auf Luhmann und Nassehi bzw. strukturations- und/oder handlungsorientierte Überlegungen, die sich beispielsweise an Giddens, Bourdieu oder Werlen orientieren, finden.

Da mit Akzeptanz dieser konstruktivistischen Perspektive auch die Erkenntnis einhergehen muss, dass eine letztendlich gültige Form des Wissens nicht existiert und die Wis-

senschaft keine Institution der objektiven Wahrheit darstellt, ist der Austausch und die Diskussion mit anderen Wissenschaftler_innen, wie sie auf den letzten Tagungen der Neuen Kulturgeographie vielfach stattfanden, eine fruchtbare Möglichkeit der stetigen Dezentrierung des eigenen Blicks.

Verhältnis von Neuer Kulturgeographie zu *area studies*

Mit ihrem Titel „Regionalforschung nach dem Cultural Turn“ widmete sich die VIII. Tagung der Neuen Kulturgeographie einem schon seit vielen Jahren heiß diskutierten Thema: Der Frage nach der Legitimation und Relevanz regionalspezifischer Forschung, den so genannten *area studies* (Regionalstudien). Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Strukturen und Entwicklungsdynamiken anderer Gesellschaften zu erforschen und so zu beschreiben und zu analysieren, dass Besonderheiten, Kontexte und Beziehungen wiedergegeben und reflektiert werden. Untersuchungsgegenstand sind geographische Räume und Regionen, deren Menschen durch gemeinsame geographische Rahmenbedingungen sowie einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund bzw. durch eine Geschichte wechselseitiger Beziehungen verbunden sind. Im Fokus stehen damit Verflechtungsbeziehungen kultureller, politischer, wirtschaftlicher, religiöser sowie rechtlicher Art.

Wie sich auf der VIII. NKG-Tagung gezeigt hat, besteht bezüglich des regionenbezogenen Ansatzes immer noch großer Diskussionsbedarf innerhalb der Kulturgeographie. Ob und wie Regionalforschung für die NKG ein Thema sein soll, lässt sich daher nicht eindeutig beantworten. Insbesondere aus erkenntnistheoretischer Sicht ergeben sich bezüglich der Regionalisierung vielfältige Probleme. Zugleich scheinen vor allem forschungspragmatische Gründe dafür zu sprechen wieder bzw. weiterhin Regionalforschung zu betreiben. Besonders deutlich wurde diese zwiespältige Haltung in den beiden Podiumsdiskussionen, die am Freitag stattfanden. So sprachen Werner Bätzing (Erlangen) und Wolf-Dietrich Sahr (Curitiba) mittags über „Regionale Geographie(n?) zwischen Länderkunde und Neuer Kulturgeographie“, während abends unter dem Titel „Neue Perspektiven für die Regionalforschung in der Geographie?“ mit Ludger Basten (Dortmund), Fred Krüger (Erlangen), Julia Lossau (Berlin), Judith Miggelbrink (Leipzig) und Eberhard

Rothfuß (Passau) diskutiert wurde.

Zunächst einmal lässt sich anführen, dass die Organisation und Konzeption von Forschung in räumlicher Kammerung mit der heute gängigen Vorstellung einer vernetzten Welt unangemessen erscheint. So kann sich die Untersuchung einer bestimmten Region nicht ausschließlich auf diese Region beziehen, da jedes Gebiet auf vielfältige Weise mit anderen Gebieten bzw. der globalisierten Welt verflochten ist.

Darüber hinaus bestehe die Gefahr, Räume und Kulturen als gegeben zu betrachten und so ihre soziale Konstruiertheit vergessen zu machen. Dies wiederum, so vor allem die Kritik von postkolonialer Seite, würde durch Reproduktion die Persistenz kolonialer Kategorien fördern, da die historischen Entstehungsbedingungen und die dahinter stehenden Machtverhältnisse der regionalen Konstruktion im Dunkeln bleiben. Regionalwissenschaften bieten daher nicht unbedingt Raum für eine sich deziert kritisch positionierende Wissenschaft. Eine weitere Folge wäre die Homogenisierung innerhalb und die Heterogenisierung zwischen den verschiedenen *areas*, welche den Blick für die Verbindungen zwischen den Räumen und ihren Übergangsregionen verschleiern würden. Man solle sich dementsprechend immer wieder die Frage stellen, nach welchen Kriterien eine räumliche Einteilung erfolgt ist, welchen Nutzen man aus eben dieser Einteilung für die Forschung gewinnt, aber auch welche Aspekte sie eventuell unsichtbar macht und wie die Region anders hätte konfiguriert werden können. Das Problem der Abgrenzung ist daher zentral. Fraglich ist jedoch, ob es in Anbetracht der angeführten theoretischen Bedenken überhaupt möglich ist, regionsbezogen aus der Perspektive der NKG zu forschen.

Fürsprecher der *area studies* vertreten die Auffassung, dass gerade durch die Fokussierung auf eine bestimmte Region Perspektiven und Diskurse sichtbar gemacht werden können, die ansonsten im westlich orientierten Wissenschaftsfeld untergehen würden. Denn nur wenn man sich als Experte auf eine Region spezialisiert, kann man die nötigen sprachlichen Kompetenzen und die Sensibilität erwerben, um den eurozentrischen Blick hinter sich zu lassen. Darüber hinaus sprechen für die auf Regionen fokussierte Forschung auch pragmatische Gründe wie die Verfügbarkeit von Daten sowie die höhere Akzeptanz durch Akteure in Wirtschaft und Politik. Durch Ein- und Aus-

grenzung öffnet regionalisierte Forschung immer auch das Feld für Vergleiche.

Einblicke in die Tagung

In diesem Spannungsfeld der Meinungen bewegten sich nicht nur die Podiumsdiskussionen, sondern auch die verschiedenen Beiträge der insgesamt neun inhaltlichen Panelsessions der NKG-Tagung, von denen nun einige beispielhaft vorgestellt werden.


Im Panel „Dezentrierung eines westlichen Blicks“ unter der Leitung von Henning Füller (Erlangen) wurde ein breites Feld von Untersuchungsgegenständen angesprochen. Übergreifend zog sich durch die unterschiedlichen Vorträge zum einen die Kritik an essentialisierenden Raumzuschreibungen, zum anderen der Vorbehalt gegenüber einer universalisierenden Tendenz westlicher Forschung.

In den Beiträgen des Panels „Identität, Sprache, Raum“, geleitet von Shadia Husseini de Araújo (Erlangen), spielte die Frage nach der regionalen Verortung implizit eine wichtige Rolle. Die Panelteilnehmer beschäftigten sich mit Themen aus den Bereichen Migration und Identität und bewegten sich so im Schnittfeld mehrerer regionaler Kategorien. Damit brachen sie klassische regionale Grenzziehungen auf.

Eine andere Richtung schlug das Panel zu „Ästhetik und Raumkonstruktion“ unter der Leitung von Florian Weber (Erlangen) ein. Dieses beschäftigte sich mit der Schnittmenge von Geographie, Architektur und Ästhetik und der Frage, welche neuen Perspektiven diese für die Geographie aufzeigen könnte. Grundsätzlich waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, dass Ästhetik und Architektur in der Geographie bisher noch nicht ausreichend erforscht wurden und es noch einige Möglichkeiten gibt, hier Konzepte und Forschungen gewinnbringend für die Geographie zu entwickeln.

Das zentrale Anliegen der von Martin Müller (Zürich) unter dem Titel „Mittendrin statt nur dabei: Ethnographie als Methodologie für die Neue Kulturgeographie“ geleiteten Themensitzung lag darin die Potentiale dieses Ansatzes auszuloten. Interessant war das Panel auch vor dem Hintergrund, dass die Rezeption kultur- und sozialtheoretischer Ansätze in der Human-geographie in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Popularität von qualitativen Methoden empirischer Sozialforschung beigetragen hat. Hierbei standen sprachanalytische Verfahren im Mittelpunkt, während die zahlreich-

en Arbeiten, die einen ethnographischen Zugang durch teilnehmende Beobachtung wählen, bisher geringere Beachtung fanden. Es ging in dem Panel weniger darum, einen Gegenentwurf zu anderen methodischen Herangehensweisen zu schaffen, als die spezifischen Sensibilitäten (aber auch Blindheiten) ethnographischer Forschung zu erarbeiten.

Nach Abschluss der VIII. Tagung kann festgehalten werden, dass sowohl bei der Frage nach konzeptionellen Problemen und politisch-anwendungsnahen Interessen der geographischen Regionalforschung, als auch allgemein in Bezug auf die kulturgeographische Forschung nach dem *cultural turn* weiterhin ein reger Diskussionsbedarf besteht. Dementsprechend freuen wir uns auf die IX. NKG-Tagung, die am 27./28. Januar 2012 in Hamburg stattfindet. Im Fokus wird dabei der gesellschaftspolitische Gehalt der NKG stehen. 

Literaturhinweise:

Gebhart, Hans/ Matissek, Annika/ Reuber, Paul/ Wolkersdorfer, Günter (2007): Neue Kulturgeographie? Perspektiven, Potenziale und Probleme. IN: Geographische Rundschau 59 (7/8): S. 12–20.

Glasze, Georg/ Matissek, Annika [Hrsg.] (2009): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript.

Miggelbrink, Judith/ Wardenga, Ute (1998): Zwischen Realismus und Konstruktivismus: Regionsbegriffe in der Geographie und anderen Humanwissenschaften. IN: Wollersheim, Heinz-Werner/ Tzschaschel, Sabine/ Middell, Matthias [Hrsg.]: Region und Identifikation. (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen 1): S. 33–46.

Redepenning, Marc/ Wardenga, Ute (2004): Neue Kulturgeographie: Ein Forschungsfeld wird exploriert. Zusammenfassung der Tagung „Neue Kulturgeographie in Deutschland. Themen, Methoden, Perspektiven“. Unter Mitarbeit von A. Dix, D. Hänsgen, M. Micheel, B. Schelhaas und Chr. Waack.

Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zu den Regionalstudien (area studies) in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Online abrufbar unter: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7381-06.pdf>

Wasserstadt Leipzig – Ein Erfahrungsbericht zur SummerSchool

Andrea Rehme (Dresden)

Dieses Jahr stand die SummerSchool, veranstaltet von der GeoWerkstatt Leipzig e.V., unter dem Motto „Hydropolis Leipzig – Alte Visionen und neue Perspektiven“. Gemeinsam erkundeten wir innerhalb von fünf Tagen die



Wasserstadt. Dabei standen Exkursionen, Expertenvorträge und Diskussionen auf dem Programm.

Zu Beginn der Woche erhielten wir eine Einführung in die örtlichen physischen Gegebenheiten, das Gewässernetz der Stadt und das Ökosystem Auenwald. Am kommenden Tag lernten wir die „alten Visionen“ von Karl Heine kennen. Der Industrielle hat im 19. Jahrhundert mit dem Bau eines Kanals den Leipziger Stadtteil Plagwitz erschlossen und damit das Stadtbild stark geprägt. Aus privater Finanzierung hat Heine begonnen, seine Vision umzusetzen: Leipzig sollte mit Saale und Elbe verbunden und so an das große Gewässernetz bis zu den Weltmeeren angeschlossen werden.

Heute wird die Gewässerlandschaft aus Pleiße, Parthe, Weißer Elster und den vielen Kanälen für sportliche und touristische Zwecke genutzt. Dies testeten wir auch gleich durch eine touristische Selbsterfahrung im Paddelboot aus und konnten eine ganz andere Perspektive auf die alten und bereits sanierten Fabriken am Wasser gewinnen.

„Wohnen am Wasser“ ist in Leipzig ein vielgelesener Werbeslogan. Die Nähe zum Wasser ist auch für die Leipziger Immobilienwirtschaft ein wichtiger Vermarktungsaspekt. Wir aßen im Loft eines Freundes der Organisatoren Mittag und besuchten später eine Modellwohnung

in den ehemaligen Buntgarnwerken in Leipzig-Plagwitz. Dort werden allerdings keine Lofts mehr neu gebaut, da die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Mehr-Zimmer-Wohnungen auf Dauer beliebter und somit einfacher zu verkaufen bzw. zu vermieten sind.

Nach diesen praktischen Einblicken wurden uns die neuen Visionen und zukünftigen Planungen der Stadt von einem Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes vorgestellt. Dabei wurde auf die Umgestaltung des Lindenauer Hafenbeckens eingegangen und erläutert, wie dieses durch Wasserwege bis zu den Tagebaurestseen im Süden der Stadt verbunden werden soll. Fertig geflutet und voll entwickelt ist bereits der Cospudener See, der als beliebtes Naherholungsgebiet dient. Der mittelalterliche Floßgraben verbindet den See mit der Innenstadt. Weitere Verbindungen werden im Zuge der geplanten Flutung weiterer Seen geschaffen, so dass der Erholungstourismus auch zukünftig angekurbelt wird.

Am Ende der Woche ließen wir das Programm Revue passieren und stellten in Gruppenarbeiten abschließend unsere Gedanken zur Exkursionswoche vor. So wurde beispielsweise verdeutlicht, dass der Standortfaktor Wasser Potentiale für Tourismus und Wirtschaft bietet, jedoch schnell mit der Natur in Konflikte kommen kann.

Nach dem offiziellen Programm waren die Organisatoren nicht müde uns auch noch die Sehenswürdigkeiten Leipzigs zu zeigen. Bei dieser SummerSchool waren wir Teilnehmer übrigens als Couchsurfer bei den Organisatoren untergebracht und bekamen so auch private Einblicke in das Leben Leipziger Geographiestudenten.

So verging eine bunte Woche, in der wir mit viel Spaß und Freude Neues lernten. Am Schluss war klar, das ist die schönste Art zu Lernen!



9. Sommerakademie der Kulturstiftung Hohenmölsen 18.09.2011 – 23.09.2011: „Bergbaulandschaft als Tourismusmagnet – zwischen Aktivposten und Erfahrungen des Scheiterns“ – Ein Erfahrungsbericht

Benjamin Prager (Leipzig)

Als Geographiestudent sucht man immer nach einer Abwechslung, um dem Vorlesungsalltag zu entkommen. Dabei stehen vor allem Exkursionsangebote im Fokus. Fündig wurde man in diesem Sommer bei der Kulturstiftung Hohenmölsen und ihrer 9. Sommerakademie, kurz Somak. Die Anmeldung auf der stiftungseigenen Homepage war unkompliziert, die Kosten betragen 50,- €. Zusammen mit 30 anderen Teilnehmern wurden wir im Naturfreundehaus Grethen untergebracht, Vollverpflegung inklusive.

Die Somak hatte verschiedene Ziele. In erster Linie sollte das Thema „Bergbaulandschaft als Tourismusmagnet – zwischen Aktivposten und Erfahrungen des Scheiterns“ näher gebracht werden. Dabei wurde in verschiedenen Diskussionsrunden und nach der Besichtigung unterschiedlichster Orte und Landschaften im Mitteldeutschen Braunkohlerevier gerade der Untertitel als streitbarer Inhalt offensichtlich. Beispielhaft ist an dieser Stelle der Vergleich zwischen dem Markkleeberger See und dem Geiseltalsee. Während der Markkleeberger See von seiner direkten Lage zu Leipzig profitiert und touristisch stark genutzt wird (Baden, Segeln, Ferienwohnungen, Kanu Park), darf der Geiseltalsee, ebenfalls fertig geflutet, nicht genutzt werden, da eine Nachberechnung über eine mögliche Rutschungsgefahr der ehemaligen Kippenlandschaft ansteht. Die Spannweite

der geladenen Gesprächsteilnehmer reichte vom ansässigen Bürger bis hin zu Vertretern von regional wichtigen wirtschaftlichen Unternehmen. Dies ermöglichte den Teilnehmern einen weit gefächerten Blickwinkel zu aktuellen Entwicklungen und Problemen im Revier.

Das zweite Ziel der Sommerakademie lag im Knüpfen von Kontakten. So fiel nicht selten das Wort Netzwerke, was sich in zwei Richtungen aufspannen ließ. Es ergab sich zum einen die Möglichkeit mit Führungskräften verschiedener Unternehmen zu sprechen, vor allem mit Vertretern der Mitteldeutschen Braunkohlgesellschaft (MIBRAG). Auch Doktoren und Professoren der Universität Leipzig standen für Auskünfte bereit. Da das Teilnehmerfeld bewusst weitläufig gefasst wurde, hatten wir zum anderen auch hier interessante Austauschmöglichkeiten. Zwischen 17 und 62 Jahren waren alle Altersgruppen vertreten. Gerade die Diskussionsrunden wurden durch diese vielfältige Gruppenstruktur bereichert.

Unter diesen Voraussetzungen ging die Woche mit einem reichlich gefüllten Programm dahin, wobei jeder Wochentag sein eigenes Unterthema zugewiesen bekam. Am Ende eines jeden Tages kam die Gruppe zu einer Diskussionsrunde zusammen. Hierbei ist vor allem die richtungweisende Moderation durch die Mitglieder des Organisationsteams in Erinnerung geblieben. Es wurde immer wieder bewusst die Brücke zwischen den Aktivposten des Tourismus und den Erfahrungen des Scheiterns geschlagen. Die Meinungen zu bestimmten Projekten gingen dabei nicht selten weit auseinander, regten aber stets aufs Neue zum Nachdenken über die Problematik an. Hier sei als Beispiel die Bebauung des Ufers von Kahnsdorf am Hainer See und die anschließende Zweitwohnsitz-Ansiedlung wohlhabenderer Bevölkerungsschichten angeführt.

Der sogenannte Wandertag in der Woche stach besonders heraus. Das Teilnehmerfeld wurde in fünf kleinere Gruppen unterteilt, welche bestimmte Gebiete des Mitteldeutschen Braunkohlereviere eigenständig, unterstützt durch einen ortskundigen Guide, erkunden sollten. Dabei wurde für jede Gruppe eine Basisstation als Startpunkt des Tages festgelegt. Die Teilgebiete reichten vom Leipziger Neuseenland, über den Goitzscher See, die Emmauskirche Borna, die ökologische Station Borna/Birkenhain bis hin zum Herrmannschacht in Zeitz. Die Teilnehmer bekamen mögliche Anlaufziele ihres Wandertages mit

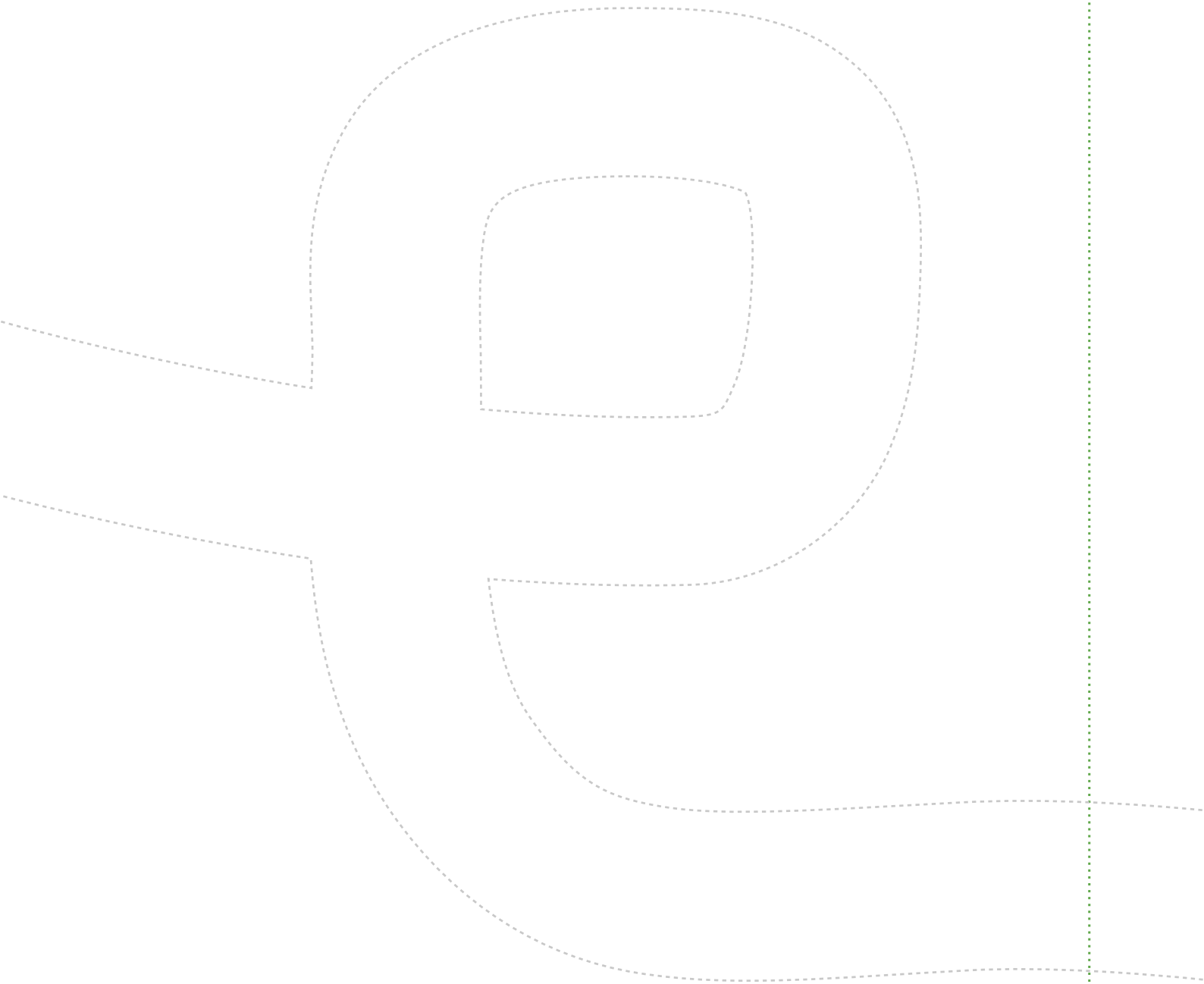
auf den Weg, wobei es ihnen selbst überlassen blieb, wie viele Ziele sie ansteuerten. Auch stand es frei, den Fokus der zu besuchenden Stationen eher auf Posten des Erfolges oder des Scheiterns zu legen. Das Fazit dieses Tages war beeindruckend gut, auch wenn die Erlebnisse nicht immer positiv gekennzeichnet waren. So konnte es schon vorkommen, dass man bei verschiedenen Museen vor verschlossenen Türen stand. Aber gerade diese Selbsterkundung der Region regte die eigenen Ideen zum Thema an und hinterließ einen bleibenden Eindruck.

Abgeschlossen wurde die 9. Sommerakademie auf der Festsitzung zum 15. Jahrestag des „Dachvereins Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V.“. Dabei bereiteten die Teilnehmer in den einzelnen Gruppen Präsentationen vor, in denen sie das Erlebte der Woche wiedergaben. Das Publikum bestand vor allem aus den geladenen Gästen der Diskussionsrunden, den Sponsoren der diesjährigen Sommerakademie sowie den Mitgliedern des „Dachvereins Mitteldeutsche Straße der Braunkohle e.V.“. Neben der Übergabe der Teilnahmezertifikate gab es beim Buffet nach der Festsitzung noch einmal

die Möglichkeit mit verschiedensten Experten und Führungskräften in lockerer Atmosphäre in Kontakt zu treten.

Die Sommerakademie 2011 bleibt als erlebnis- und abwechslungsreiche spannende Woche in Erinnerung. Das Thema „Bergbaulandschaft als Tourismusmagnet – zwischen Aktivposten und Erfahrungen des Scheiterns“ führte Menschen unterschiedlichsten Alters unter einem der wichtigsten Themen für diese Region zusammen. Dabei wurde durch ein sorgfältig ausgewähltes Programm mit breitem Themenspektrum, einer guten Organisation sowie einer lockeren Atmosphäre eine wunderbare Woche gestaltet. Gerade für Teilnehmer aus dieser Region eröffnete sich ein vollkommen neuer Blick auf scheinbar gewohnte Orte des Alltags. Daher bietet die Somak auch weit nach ihrer Beendigung einen guten Anlass zu Gesprächen und Diskussionen. Des Weiteren bleiben neu entstandene Kontakte zu Menschen, die man wohl nie in dieser Form kennengelernt hätte. Die Sommerakademie als „Hörsaal im Freien“ ist damit auch für die nächsten Semesterferien eine gute Option. 





„Sprach(r)ohr“

- S. 55 **Kay Schomburg (TU Dresden)**
Interview: Studentische Umfrage zur Stellenstreichung an der TU Dresden im Rahmen des Hochschulentwicklungsplans Sachsen
- S. 56 **Juliane Strücker (Bochum)**: Bericht über Neuerungen der Lehrkommission Bochum
- S. 57 **Natalie Jermann (Passau)**: Einblicke in GeoDACH: Das Abschlussplenum
- S. 58 **Franziska Löwe (Marburg)**: Berichte aus dem AK Fachschaftsarbeit
- S. 59 **Redaktion „entgrenzt“**: AK Kritische Geographie – Eine Replik



Die Rubrik **Sprach(r)ohr** versteht sich als Ort des Debattierens und des Meinungsaustausches. Das Sprach(r)ohr wurde erdacht, um als Forum kontroverser Diskussionen geographischer Fragestellungen und studentischer Belange zu dienen. Hier werden Fragen aufgeworfen, Ideen sowie Kritik geäußert und natürlich diskutiert. Das Sprach(r)ohr soll die Meinungen Studierender im deutschsprachigen Raum hörbar machen und dadurch vernetzend wirken. Fühl dich frei, dich einzubringen und nutze das Sprach(r)ohr, um Belange verschiedenster Art überregional zu diskutieren.

Editorial

Was können Studierende tun, wenn Hochschulbildung an allen Ecken und Enden gestrichen wird? Wie kann man bestehende Bachelor- oder Masterstudiengänge studierbarer machen? Was ist eigentlich Fachschaftsarbeit? Es gibt wohl kaum Fragen, Probleme und Themen, die für sich alleine an einem Standort existieren. In der Rubrik Sprach(r)ohr widmen sich Studierende selbst diesen drängenden Fragen und stellen ihre Meinungen und Erfahrungen dazu dar – über Institutsgrenzen hinaus, zur Diskussion, für Studierende. Dank der Kooperation von *entgrenzt* mit GeoDACH freuen wir uns, zwei Artikel präsentieren zu können, die auf der Bundesfachschaftentagung im Mai 2011 in Augsburg entstanden sind. Die Bundesfachschaftentagungen der Geographie sind regelmäßig Treffpunkt für viele studentische VertreterInnen, die immer wieder diskutierend

zusammenkommen. Ein Bericht vom Abschlussplenum sowie vom AK Fachschaftsarbeit gibt hierzu Einblicke. Zuletzt ein Anliegen in eigener Sache: Das *entgrenzt*-Team äußert sich zu der Kritik des AK Kritische Geographie an dem Projekt *entgrenzt* (siehe erste Ausgabe vom 01.05.2011).

Viel Spaß beim Lesen und Diskutieren!

Redaktion Sprach(r)ohr

Was ist GeoDACH?

Nicolas Caspari (Marburg,
GeoDACH-Entsandter für das Kuratorium von *entgrenzt*)

GeoDACH ist der Zusammenschluss der Fachschaften der Geographie-Studierenden im Raum Deutschland (D), Österreich (A) sowie der Schweiz (CH) und versteht sich als Organ zur Vernetzung der Geographie-Studierenden. Sie besteht aus Vertretern der Fachschaftsräte beteiligter Universitäten, welche sich auf den Bundesfachschaftentagungen (BuFaTas) treffen. Nach außen positioniert GeoDACH die Studierenden in öffentlichen Pressemeldungen, nach innen betrachtet sie kritisch die Lehre an Universitäten und berät Fachschaftsräte in ihren Tätigkeiten. Unter anderem entsendet sie jedes Jahr zwei gewählte studentische VertreterInnen zur Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG). Die Kernstück des Austauschs der Fachschaften unter GeoDACH bilden die halbjährlich ausgerichteten BuFaTas. In Arbeitskreisen werden dort aktuelle Probleme des geographischen Studiums besprochen und Möglichkeiten für ihre Lösung erarbeitet. Diese drehen sich z.B. um das Bachelor/Master-Studium, Fachschaftsarbeit, Studiengebühren, Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Die Ergebnisse werden anschließend in einem Reader zusammengefasst. Unser Ziel ist es, euch die Ergebnisse unserer Diskussionen leichter zugänglich zu machen und euch ebenso in den Austausch über aktuelle Themen einzubeziehen. Diese Gelegenheit wird uns durch die Kooperation mit *entgrenzt* geboten, welche sowohl uns, als auch euch, in der Rubrik Sprach(r)ohr einen freien Meinungs austausch ermöglicht. 



VERTRETUNG
DEUTSCHSPRACHIGER
GEOGRAPHIE-STUDIERENDER

Studentischen Umfrage zur Stellenstreichung an der TU Dresden im Rahmen des Hochschulentwicklungsplans Sachsen

Interview mit Kay Schomburg (TU Dresden)

Wie sieht die Zukunft unserer Hochschule aus?

Dazu hat sich insbesondere das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Entwurf zum Sächsischen Hochschulentwicklungsplan bis 2020 Gedanken gemacht (siehe dazu auch *entgrenzt*-Ausgabe 1). Dieser beinhaltet sicherlich gute Ideen und Visionen, allerdings auch einige Mängel und unverständliche Herangehensweisen. Die Annahme des Rückgangs der Studienanfänger um 15 % bis 2020 gründet auf einer dünnen Datenlage. Schon im WS 2011/12 hat die Prognose etwa 16 % zu wenig abgeschätzt. Dieses Mehr an Studenten bringt auch mehr Ausgleichszahlungen vom Bund an den Freistaat Sachsen (Hochschulpakt I + II). Aber anstatt diese Mittel zur Stellensicherung bzw. -schaffung zu benutzen, würden 60 % der Mittel einbehalten und weitere Stellenkürzungen durchgeführt sowie geplant. Dies führte unweigerlich zu einer Unterfinanzierung der Hochschulen in bestimmten Bereichen und äußert sich in ausfallende Lehreinheiten, überfüllten Lehrveranstaltungen sowie der in vielen Studiengängen desaströsen Betreuungssituation.

Vor diesem Hintergrund entwickelte der FSR Forst-, Geo- und Hydrowissenschaften der TU Dresden einen Online-Fragebogen zur Aktivierung der Studierenden. Kay Schomburg – im Interview mit *entgrenzt* – vom FSR Geowissenschaften erläutert Rahmen, Intention, Konsequenzen und Anwendbarkeit der Methode UMFRAGE!

Wie habt ihr den Rahmen der Umfrage zur Stellenstreichung an der TU Dresden gestaltet?

Die Umfrage wurde mit Hilfe des StuRa HTW Dresden online vom FSR Forst-, Geo- und Hydrowissenschaften der TU Dresden erstellt. Durch das Umfrageprogramm konnten schnell mit wenigen Personen die Fragen erstellt, die Ergebnisse gespeichert und ausgewertet werden. Da uns die E-Mail-Adressen der Studenten (TU intern) in der Kürze der Zeit nicht zur Verfügung gestellt wurden, grif-

fen wir auf die eigenen Verteiler der einzelnen Fachrichtungen zurück. Damit erreichten wir leider nicht alle der 3.032 Studenten unserer Fakultät. Mit 7,5 % haben wir in dem Zeitrahmen und mit der üblichen Bereitschaft der Studenten doch recht viele Studenten für die Umfrage gewonnen.

Welche Intention war mit der Umfrage verbunden?

Die Lehrstühle unserer Fakultät hängen von einzelnen Professoren ab. Da einige Lehrstuhlinhaber in Ruhestand gehen oder gegangen sind, und Neubesetzungen ungewiss sind, haben wir, der FSR Geowissenschaften in Verbindung mit dem FSR Forstwissenschaften und Wasserwesen, uns gefragt, was die Folgen dann für uns wären, und ob dies grundlegend Studiengänge unserer Fakultät gefährdet? Der Hochschulentwicklungsplan Sachsen sieht vor zwischen 2013 und 2020 1.042 Stellen an den Hochschulen zu streichen bzw. diese nicht wieder neu zu besetzen – ganz nebenbei habe ich das Gefühl, dass dieser Plan gar nicht so publik gemacht werden soll. Vor diesem Hintergrund haben wir diese Umfrage gestartet, um ein Meinungsbild der Studenten zur Stellenstreichung an der TU Dresden zu erhalten, die eigene Situation an der Fakultät einzuschätzen und mögliche Maßnahmen als Reaktion auf Stellenstreichungen abzufragen. Die KSS (Konferenz Sächsischer Studierendenschaften) hat im gleichen Zuge Alternativen zum Sächsischen Hochschulentwicklungsplan erstellt.

Was passiert mit den Ergebnissen¹ der Umfrage?

Wir haben vor mit dem Dekan über die Ergebnisse zu sprechen und ihn für die Situation an der Fakultät zu sensibilisieren. Mit den Ergebnissen haben wir eine Art Argumentationsbasis geschaffen. Es wird schwierig, Studierende zu motivieren die vorgeschlagenen Maßnahmen als Reaktion auf die Stellenstreichungen umzusetzen, da es sich sowieso nicht lohnt und sowieso schon alles beschlossen ist bzw. andere Prioritäten gesetzt werden – so jedenfalls die Meinung vieler Studierenden. Das kann hochschulpolitische Verdrossenheit sein, aber Engagement ist auch mit viel Zeit verbunden, und diese müsste sich jeder nehmen.

Ist diese Methode der Umfrage anderen studentischen Organisationen zu empfehlen?

Auf jeden Fall ist diese Methode empfehlenswert, vor allem vor dem Hintergrund, dass Studenten dadurch einfach auf Probleme aufmerksam gemacht und aktiviert werden können. Durch die Umfrage haben wir eine erste Datenbasis, auch zur regulären Evaluation, gewonnen, vielleicht ein paar Ideen gefunden und Kontakte zu den Studierenden aufbauen können. Die Ergebnisse sind aber auch stark abhängig von den Details der Umfrage, daher überlegt euch genau die Struktur der Umfrage, die Formulierung der Fragen und führt einen Pretest durch.

Ich danke Conny, Eric & Martin, Franziska, Lisa, Martin und Nadine bei der Erstellung und Auswertung der Umfrage!

Kay Schomburg (TU-Dresden) Studiengang Raumentwicklung & Naturressourcenmanagement FSR Geowissenschaften

Die neue Lehrkommission in Bochum – Die erste große Aufgabe

Juliane Strücker (Bochum)

Zum Sommersemester 2011 hat die neue Lehrkommission mit zwei Studierenden, zwei Mittelbauvertretern und vier Professoren ihre Arbeit aufnehmen können. Der erste große Arbeitsauftrag, neben der üblichen Organisation des Lehrplans am Geographischen Institut, war die Reakkreditierung aller Studiengänge im Bachelor und im Master. Anfangs als große Chance für Verbesserungen gesehen, wurde die Reakkreditierung durch die äußeren Zwänge zu einem bürokratischen Kraftakt aller erster Güte. So kamen Formulare und Hinweise erst lange nach dem angekündigten Termin bei uns an und wurden dann noch geändert, so dass es kaum möglich war sich über neue Richtlinien oder Veränderungsmöglichkeiten im Rahmen der Vorgaben zu informieren. Um dann noch alles fristgerecht innerhalb eines Monats beschließen und einreichen zu können, mussten

1: http://phpweb.tu-dresden.de/fsrgeo/wordpress/wp-content/uploads/2011/08/Auswertung_Umfrage_FGH.pdf

an vielen Stellen die bestehenden Lehrveranstaltungen, Module und Prüfungsordnungen für die Studiengänge ohne Änderungen übernommen werden. Um neue Ideen oder Strukturen zu entwickeln und im Rahmen der Reakkreditierungsrichtlinien in die Studiengänge aufzunehmen, fehlte neben dem Tagesgeschäft, das für alle Beteiligten ja auch noch weiterlief, die Zeit. Dennoch ist es der Kommission gemeinsam mit den Lehrenden des Institutes gelungen an den kritischsten Stellen, wie eine extreme Häufung von prüfungsrelevanten Modulen in den ersten beiden Bachelorsemestern, Verbesserungen im Sinne der Studierenden vorzunehmen. Die Vorschläge, die von der Kommission bei nahezu wöchentlichen Treffen im kleinen Besprechungsraum und von den einzelnen Mitgliedern in Heimarbeit ausgearbeitet wurden, wurden bei der letzten Sitzung des Institutsvorstandes im Sommersemester diskutiert und letztlich beschlossen. Dabei war schön zu sehen, wie ernst die Bedenken und Vorschläge der studentischen Vertreter von vielen Lehrenden und besonders von den Mitgliedern der Lehrkommission angenommen wurden. Wenn die Reakkreditierung wie erwartet erfolgreich verläuft, bleibt allerdings immer noch abzuwarten, wie die Umsetzung vom Papier in die Praxis verläuft.

Der Plan für das Wintersemester sieht vor, alle Lehrveranstaltungen detailliert durchzusprechen und zu prüfen, an welchen Stellen die Verbesserungsvorschläge, die die Studierenden im Rahmen der Bologna 2.0 Proteste gesammelt haben, eingearbeitet werden können. So soll zum Beispiel die Prüfungsdichte am Semesterende reduziert werden und der Praxisbezug in den Veranstaltungen erhöht werden.

Einblicke in GeoDACH: Das Abschlussplenum

Natalie Jermann (Passau)

Dieser Beitrag wurde für den Reader der Sommer-Bundesfachschaftentagung (BuFaTa) 2011 in Augsburg verfasst. Der gesamte Reader steht auf www.geodach.org zum Download bereit.

Es war einmal...

eine große Gruppe Geographiestudierender verschiedenster Universitäten, die sich am spä-

ten Sonntagvormittag bei strahlendem Sonnenschein auf einer frisch gemähten Wiese einfanden, um das Abschlussplenum zur Sommer-BuFaTa 2011 abzuhalten. Während einige versuchten einen Platz im Schatten zu ergattern, andere wiederum die Sonne genießen wollten, nahmen Juliane und Matthias als DGfG-Delegierte das Zepter in die Hand und leiteten das Plenum ein.

Nachdem kurz auf den Internationalen Geographie Kongress (IGC) 2012 in Köln eingegangen und der derzeitige Stand der Planungen besprochen wurde, wand man sich indirekt schon der nächsten BuFaTa in Passau zu. Es musste besprochen werden, wie die Ordnung für die Wahl der DGfG-Delegierten geändert werden musste, um die Wahl so gerecht und geordnet wie möglich ablaufen zu lassen. Nach der Abstimmung und einstimmiger Verabschiedung entschied man sich, die Wahlordnung im Reader der BuFaTa Augsburg abzu drucken, um sie allen Fachschaften zur Verfügung zu stellen. Als Wahlkommission für die anstehende Wahl im Herbst 2011 stellte sich die Passauer Hochschulgruppe PaNGeo zur Verfügung. Sie werden die Fachschaften nochmals über die Wahl informieren, die Wahlvorschläge entgegen nehmen, sowie auch die Wahl im Laufe des Wochenendes 4./5./6. November 2011 durchführen.

Neben der Wahlkommission mussten noch Paten für vier weitere Aufgaben gefunden werden. Zum einen gab die Fachschaft Marburg das Amt als Homepagepate ab und überreichte den „Paten-Pokal“ an die Fachschaft Eichstätt, die sich bereit erklärte die Homepage weiterzuführen. Zum anderen erklärte sich Pony alias Sebastian Trösch aus Augsburg bereit, sich um den Reader der BuFaTa Augsburg zu kümmern. Nachdem über die weitere Kooperation hinsichtlich der Zeitschrift *entgrenzt* positiv abgestimmt wurde, mussten schließlich noch Freiwillige gefunden werden, die als Entsandte von GeoDACH bei *entgrenzt* fungieren. Renke Soete aus Marburg wird die Position des GeoDACH Entsandten für *entgrenzt*, also als Redakteur für die Rubrik Sprach(r)ohr übernehmen. Nicolas Caspari, ebenfalls aus Marburg, wird als GeoDACH Entsandter Kurator bei *entgrenzt* fungieren.


Nachdem die einzelnen Arbeitskreise bereits im Zwischenplenum ihre Ergebnisse präsentierten, war dieser Punkt recht rasch abgehandelt, da es nur ein paar neue Erweiterungen gab. Wichtig hierbei war dem AK Öffentlich-

keitsarbeit abzustimmen, ob das Forum auf der Seite von GeoDACH geschlossen werden sollte oder nicht. Obwohl es in den letzten Monaten kaum genutzt wurde, einigte man sich darauf das Forum am Leben zu erhalten. Der AK Bachelor/Master entschloss sich gleichzeitig, mit seiner noch nicht vollendeten Diskussion das Forum wieder mit Leben zu füllen. Ebenso schlossen sich der AK Fachschaftsarbeit und der AK Kritik an, die das Forum für die Weiterführung ihrer Arbeit nutzen wollen.

Auch wenn die BuFaTa Augsburg noch nicht ganz - wenn auch fast - zu Ende war, so musste doch schon an die kommenden BuFaTas gedacht werden. Für die BuFaTa im Mai 2012 hatte sich bislang noch keine Fachschaft definitiv als Ausrichter gemeldet, auch wenn Berlin sein Interesse geäußert hatte. Da jedoch in Augsburg niemand aus Berlin anwesend war, suchte man nach einer Alternative und die Fachschaft aus Leipzig erklärte unter Vorbehalt, die übernächste Tagung auszurichten. Mittlerweile gab es die Bestätigung aus Leipzig und wir freuen uns schon auf die Sommer-BuFaTa in Leipzig.

Zum Schluss fand eine offene Kritikrunde statt, die den Augsburgern zeigte, dass ihre BuFaTa ein voller Erfolg war und den Passauern als Anreiz und Hilfe für die Planung der kommenden BuFaTa diene.

So ging eine gelungene Sommer-BuFaTa in Augsburg bei herrlichstem Wetter, mit vielen interessanten und netten Leuten gegen Sonntagmittag zu Ende und die Teilnehmer machten sich langsam auf die teilweise doch recht weite Heimreise. Wir bedanken uns bei der Fachschaft Augsburg für die hervorragende Arbeit!

Und wenn sie nicht ... ihr Studium erfolgreich beendet haben, werden sie sich hoffentlich alle im Herbst zur nächsten BuFaTa in Passau wieder einfinden. 

Berichte aus dem AK Fachschaftsarbeit

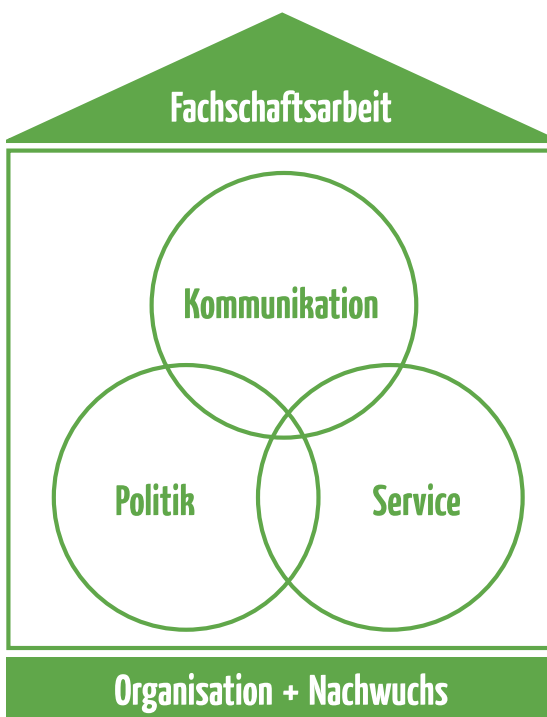
Franziska Löwe (Marburg)

Dieser Beitrag wurde für den Reader der Sommer-Bundesfachschaftentagung (BuFaTa) 2011 in Augsburg verfasst. Der gesamte Reader steht auf www.geodach.org zum Download bereit.

Auch bei dieser BuFaTa gab es wieder einen Arbeitskreis (AK), bei dem sich alles um die Ar-

beit der einzelnen Fachschaften drehte. Im Mittelpunkt stand dabei der Leitfaden für die Fachschaftsarbeit in der Geographie, der bereits auf der BuFaTa in Dresden begonnen und in Trier fortgeführt wurde. Nun ist er weitestgehend komplett, wurde durch eine Grafik ergänzt und kann auf der GeoDACH-Homepage abgerufen werden (www.geodach.org -> Downloads -> Leitfaden zur Fachschaftsarbeit).

Im AK stellten zunächst die Vertreter aus neun verschiedenen Unis ihre Fachschaft kurz vor und gaben einige Infos zu deren Aufbau und Strukturierung (offene vs. gewählte Fachschaft), zur Organisation unter den Studierenden sowie zu Besonderheiten, wie Events und speziellen Angeboten. Dabei wurde wieder auffällig, dass es in einigen Fachschaften ein Nachwuchs-Problem gibt, da aufgrund der kürzeren Studienzeit von Bachelor und Master nur noch wenige Leute gefunden werden können, die sich in der Fachschaft engagieren. Um diesem Problem entgegen zu wirken, stellten die Unis, die genügend Nachwuchs haben, ihre Methoden vor: z.B. auf Partys und Fachschafts-Events gezielt Werbung machen oder Anreize zur Belohnung des Engagements schaffen. Mehr dazu findet sich im Leitfaden wieder.



Im weiteren Vorgehen wurden alle Punkte des bestehenden Leitfadens angesprochen. Diese waren Service, Veranstaltungen, Insti-

tuts- und Gremienarbeit, Nachwuchs und Kommunikation sowie die einzelnen Unterpunkte. Jede Fachschafts-Vertretung kommentierte diejenigen Aspekte, die für die eigene Uni zutreffen. Dabei fand ein erster AK-interner Austausch unter den Mitgliedern statt. Jedoch stellten wir bald fest, dass viele Unterpunkte nicht eindeutig definiert waren und sich in ihrer Zuordnung überschneiden. Aus diesem Grund wurde im zweiten Teil der AK-Arbeit der Leitfaden umstrukturiert und eine Grafik erstellt, die die Bereiche der Fachschaftsarbeit sowie die Vernetzung dieser darstellt. Die Bereiche sind nun: Service, Politik, Kommunikation und Organisation.

Anschließend entschieden wir uns, dass es sinnvoll wäre, für einige Aktivitäten Ansprechpartner zu haben, die man im Falle von Fragen kontaktieren kann. Dem Leitfaden (www.geodach.org/index.php?id=95) wurde deshalb eine weitere Spalte angefügt, in der sich nun nach und nach die betreffenden Fachschaften eintragen sollen. Dies könnte zum Einen interaktiv über die GeoDACH-Homepage geschehen, oder zum Anderen auch eine Idee für den folgenden AK Fachschaftsarbeit in Passau sein.



AK Kritische Geographie – Eine Replik

Wir sind die *entgrenzt* – Widerstand ist zwecklos?

Seit der Veröffentlichung des offenen Briefes einer Gruppe von AutorInnen aus dem Umkreis des AK Kritische Geographie in der ersten Ausgabe von *entgrenzt* erreichten uns Rückmeldungen, die teils zustimmend, teils ablehnend zum Anliegen des Beitrages Position bezogen. Unterdessen entstand eine Diskussion zwischen einigen im AK Engagierten und einigen *entgrenzt*-MitarbeiterInnen, die teilweise auch über die Mailing-Liste des AK geführt wurde.

Unsere Reaktion auf das Anliegen der AG Publikationskritik präsentieren wir im Folgenden. Unser Ziel war dabei, keine Erwiderung zu erarbeiten, sondern die Kritik aufzunehmen und sich mit ihr weiterzuentwickeln. Und auch wenn wir nicht mit allen Punkten des Originalbeitrages vom Mai 2011 einverstanden sind, bedanken wir uns bei der AG Publikationskritik, weil es uns die Möglichkeit bietet, anhand der Rückmeldungen dieses Projekt zu verbessern.

Liebe AG Publikationskritik des AK Kritische Geographie,

das Wichtigste gleich vorweg: Wir halten den AK Kritische Geographie für DIE wichtigste studentische Initiative in der deutschsprachigen Geographie und die Verbreitung eurer Stellungnahmen für ein wichtiges Ventil für die Frustrationen mit der geographischen Forschung und Lehre. Darüber hinaus stellt der AK ein konstruktives Instrument im Umgang mit sich verschärfenden Bildungsbedingungen in der deutschen und internationalen Hochschullandschaft dar. Nicht nur haben in der ersten Ausgabe einige im AK Engagierte in *entgrenzt* geschrieben, sondern auch einige MitarbeiterInnen von *entgrenzt* zählen sich zum AK. Vielleicht liegt es an dieser gewissen personellen Nähe und Sympathie für das Anliegen, die zu oft unkritische Geographie-Disziplin mit Positionen zu bereichern, die ungerechtfertigt abseits des Tellerrandes liegen, dass wir die Stoßrichtung von *entgrenzt* und die des AK Kritische Geographie für eine Ähnliche halten.

Wir bedanken uns bei den AutorInnen der AG Publikationskritik, die erste Ausgabe von *entgrenzt* mit kritischem Feedback begleitet zu haben: Ihr habt offen angesprochen, dass die Bereitstellung eines Publikationsmediums für Studierende nicht nur ermöglichend, sondern auch beschränkend wirken kann. In einer Zeit, in der wissenschaftliche Exzellenz durchaus an der Anzahl von Publikationen fixiert wird, kann ein Medium wie *entgrenzt* letztlich diese nicht unbedingt wünschenswerten Strukturen reproduzieren und damit festigen, da es innerhalb der Logiken der bestehenden Strukturen operiert. Da unser Name *entgrenzt* zudem radikale Offenheit suggeriert und wir unser Anliegen diesbezüglich auch explizit betonen, muss Kritik an einer mutmaßlich ungenügend kritischen Einstellung zwangsläufig erfolgen.

Missbrauch ist nicht zwangsläufig!

Das Problem mit der Freiheit ist ihr paradoxer Charakter: Nichts und niemand kann garantieren, dass die Sichtbarkeit innerhalb von *entgrenzt* nicht von „Personalern“ als Einstellungs- oder Ablehnungsgrund genutzt wird. Wir würden sogar so weit gehen zu behaupten, dass dies irgendwann genauso geschehen wird, wie es derzeit geschieht: Nämlich wie es für Bewerbungen bei Stiftungen von Vorteil ist, sich in Vereinen, (politischen) Organisationen



oder auch fachlichen Organisationen wie dem AK Kritische Geographie zu engagieren. Und das Nachsehen haben Menschen, die viel Zeit in Nebenjobs verbringen, Kinder erziehen oder Verwandte pflegen mussten (und dies trifft teils auf *entgrenzt*-Mitglieder zu). Keinesfalls jedoch darf man dem logischen Schluss verfallen, man müsste soziales Engagement verbieten; vielmehr muss die Bewertung dieses Engagements kontextbezogen erfolgen und sich zudem auf die Praktiken der Bewertung eines solchen Engagements beziehen. Eine Garantie gegen Missbrauch gibt es für nichts, aber auch keine Zwangsläufigkeit diesbezüglich.

Für uns stellt sich daher zuerst die Frage, ob *entgrenzt* nützen kann? Wir glauben, dass *entgrenzt* ein Medium sein kann, mittels dessen sich die fragmentierte Studierendenschaft artikulieren und organisieren kann. Wir sind der Meinung, dass die bisherigen Instrumente des Austauschs einerseits nur zeitlich oder regional begrenzt operieren, oder andererseits zu sehr auf bestehenden Netzwerken basieren, zu denen man nicht unbedingt schnell Einlass findet. Es kann andere Mittel geben, es kann andere Orte und Zeiten geben ... aber *entgrenzt* ist jetzt und hier ein Angebot, für oder gegen dessen Nutzung sich jeder einzelne Student und jede einzelne Studentin entscheiden kann!

entgrenzt – Offenheit aus Überzeugung

Lieber AK, liebe AG, eine Kritik an unserem offenen Konzept können wir verstehen. Als Instrument, dessen Sinn in dessen Nutzung liegt, scheint eine Art moralisch-ethisches Fundament abwesend. Wir stimmen jedoch nicht mit euch überein, dass die Abwesenheit dieses Fundaments den Weg in eine emanzipierte Gesellschaft behindern würde. Abgesehen davon, dass diese Utopie nicht unser explizites Ziel ist, sind wir der Überzeugung, dass eben diese Abwesenheit jedoch eigentlich der einzige Weg dorthin ist. Erst die stete Ermöglichung von partikularen Positionen bewirkt, dass stets scheinbar Unhinterfragbares und sowieso-nicht-und-niemals-Veränderliches hinsichtlich dessen Beliebigkeit reflektiert werden kann. Ein Projekt, welches diese Hinterfragbarkeit verschleiern möchte, ist uns suspekt. Unser Fundament ist die Überzeugung, dass nicht nur konstante Reflektion und Kritik die Triebkräfte progressiver sozialer Projekte sind, sondern darüberhinaus ein Angebot der Ermöglichung essentiell ist. Wir möchten den

Studierenden nicht „ihre“ Stimme verleihen ... wir möchten ihnen die Möglichkeit zu geben, diese Stimme entwickeln zu können.

Wir möchten darum bitten, den Anspruch zur Offenheit nicht abschätzig als Beliebigkeit zu etikettieren, sondern als einerseits idealistische Entscheidung anhand des Befundes, dass es mehr als nur die eigene Meinung gibt; andererseits als pragmatische Entscheidung anhand des Befundes, dass mutmaßlich „regressive“ oder „affirmative“ Positionen nicht unbedingt illegale oder illegitime Positionen sind. Das Ziel von *entgrenzt* ist eine Art ideologischer Fragmentierung, um nachfolgend kontinuierlich Gegenprojekte – d.h. deren Artikulation und deren Formierung – zu ermöglichen. Insofern bitten wir um Verständnis, wenn aus unserer Sicht unterschiedliche Prämissen das Projekt *entgrenzt* und den AK Kritische Geographie auf unterschiedlichen Wegen in die gleiche Richtung führen könnten.

Dass wir uns mit diesem Ziel innerhalb eines hierarchischen Systems bewegen, nehmen wir sehr bewusst wahr. Explizit möchten wir betonen, dass wir hierarchische Systeme nicht um ihrer Selbst willen gut oder schlecht finden. Vielmehr ist es so, dass *entgrenzt* derzeit ein Solches ist: Einige überblicken alles, viele weniger intensiv engagierte MitarbeiterInnen sind teils eher lose eingebunden. Wir haben uns bewusst für diese innere Struktur entschieden, weil wir glauben, dass ein Projekt wie *entgrenzt* unter den derzeitigen Studienbedingungen noch am Besten auf diese Weise funktionieren kann, denn Deadlines, Lektoratszusagen und Gutachten müssen innerhalb einer gewissen zeitlichen Frist entstehen. Außerhalb von *entgrenzt* akzeptieren wir die Tatsache, dass hierarchische soziale Strukturen existieren. Denn: Wir sind ebenso wie ihr in diesem System eingebettet – ob nun als Geographie-StudentIn, DoktorandIn oder als ehrenamtliches Mitglied von *entgrenzt*.

Neben der Neuheit und Dynamik des Projekts und dessen Personal, was sich in veränderlichen Inhalten und Standpunkten äußern kann, gestehen wir unseren publizistischen Laienstatus ein, der sich durchaus in orthographischen aber auch kommunikativen Fehlern äußern kann. Dies sind faktisch die pragmatischen Bedingungen von *entgrenzt* – bisher. Nichtsdestotrotz erkennen wir bisher nicht, wie diese Eingebundenheit *entgrenzt* daran hindern könnte, Jene zur Artikulation zu befähigen, denen die Artikulationsfähigkeit inner-

halb des akademischen Systems derzeit durch Verschulung, Konkurrenz und Vereinzelung mehr und mehr erschwert wird. Das war und ist unser Ziel, und wir benötigen weiterhin eure konstruktive Kritik, wie wir unter diesen derzeitigen Bedingungen dieses Ziel verwirklichen können.

entgrenzt – mehr als nur Publikation

Bei aller Kritik möchten wir den Fokus dieser Kritik am Schluss weiten. Wir möchten alle bitten, uns nicht auf einen mutmaßlichen Publikationsfetisch zu reduzieren. Den Hintergrund der Geschichte bildet die Entscheidung einiger Studierender aus Leipzig und Halle sich von bisherigen Angeboten wie dem der „GeoLoge“ – einem dediziert studentischen Fachjournal – durch ein überregionales Crossover aus Fachjournal und journalistischer Zeitschrift abzugrenzen. Neben der fachlichen Unterstützung für interessierte Autoren (in der Rubrik Geographisches) sollte ein Forum für den Austausch von Erfahrungen (GeoWerkstatt) und Meinungen (Sprach(r)ohr) bzw. Hinweisen zum Studium (GeoPraktisch) entstehen. *entgrenzt* operiert daher eben explizit nicht einfach innerhalb des Kontextes von Publikationsdruck, da Meinungsäußerungen oder Erfahrungsberichte in Evaluationen und Einstellungsgesprächen eher weniger von Belang sind. *entgrenzt* ist nicht Publikationsdruck. Uns – den derzeitigen MacherInnen von *entgrenzt* – ist diese Feststellung sehr wichtig.

entgrenzt ist endlich!

Die Frage lautet: Wie kann verhindert werden, dass ein Konzept – welches nützlich sein möchte – ins Gegenteil verkehrt wird. Unsere

Antwort: Scheinwerfer drauf halten!

entgrenzt hat kein Fundament abseits des Willens der MacherInnen, den Beiträgen der AutorInnen und der Nutzung durch die Lesenden. *entgrenzt* endet, wenn eine dieser Instanzen aufhört zu existieren, und das ist gut so, denn die Zeitschrift entstand aus der Wahrnehmung eines Defizites heraus, und existiert nicht um ihrer Selbst Willen. Diese Ansicht der derzeitigen MacherInnen bildet den Hintergrund unserer Forderung, den Diskurs um *entgrenzt*, die Erfahrungen mit *entgrenzt* und die Evaluation des Nutzens und Nicht-Nutzens von *entgrenzt* auch und vor allem innerhalb der Zeitschrift zu führen. Nur dann können sowohl NutzerInnen als auch MacherInnen reflexiv mit einem Instrument umgehen, dessen gute Eigenschaften die möglichen Risiken überwiegen sollen.

Gleichzeitig existiert natürlich keine Pflicht, *entgrenzt* diese Beachtung zu schenken. Nichtbeachtung oder Gegenbewegung sind mögliche alternative Umgangsweisen mit dieser Zeitschrift. Aber angesichts der Tatsache, dass *entgrenzt* existiert, und dies auch einen Grund hat, erscheint es doch lohnend, dass man angesichts der Forderung nach einem Medium, welches nicht zum Erzeugen von Publikationsdruck benutzt werden soll, aktiv an dessen Gestaltung mitwirkt. Dies möchten wir unterstützen und beraten derzeit offenere Konzepte und Redaktionsabläufe. Unser Ziel wird es sein, *entgrenzt* nicht an den MitarbeiterInnen auszurichten, die es initiiert haben. Vielmehr kann *entgrenzt* übernommen, bearbeitet, entwickelt und verändert werden. Das Fundament dazu besteht.

Das *entgrenzt*-Team

Interessantes **Praktikum** im Berufsfeld der Geographie absolviert?

Dann trag es doch in unsere **Praktikumsliste** ein!

www.geodach.org → **Studieninformationen** → **Praktikumsliste**

Unser Ziel ist es durch eure **Mithilfe** eine umfassende gemeinschaftliche Praktikumsliste zu erstellen und diese kontinuierlich auszubauen.



„GeoPraktisch“

- S. 63 **Wolfgang Leybold** im GeoPraktisch-Interview
- S. 65 **Thomas Jeckel**
Geoinformation : Gesellschaft : Bildung
– Ideen zu einer adäquaten Verwendung von Geoinformation in der Schule
- S. 70 **Birgit Wagner** im GeoTipps-Interview
Gefangen im Zweifel – Ein Interview mit der psychologischen Studierendenberatung in Leipzig zu psychischen Problemen im Studium
- S. 72 **Anonymous**
Krisen im Studium – Ein Erfahrungsbericht
- S. 74 **Michel Blum**
Das Deutsche-Bank-Syndrom – oder welche Leiden Leistung schafft
- S. 76 **Anonymous**
Depression ... Burnout ... Antriebslosigkeit ... Schreibblockaden ...
Erschöpfungszustände.
- S. 78 GeoOrga



GeoPraktisch ist eine Rubrik, die sich auf die Praxis bezieht. Hier werden Hinweise zum Studienalltag und wissenschaftlichen Arbeiten gegeben, Interviews mit Praktikern aus geographischen Berufsfeldern vorgestellt, und Termine zu interessanten, geographischen Veranstaltungen gelistet. Damit erhalten die LeserInnen neue Anregungen und einen Überblick über ihre eigenen Fachgrenzen hinaus.

Liebe Studierende,

die Rubrik GeoPraktisch widmet sich stets der großen Fragen im Leben eines Geographen: „... und was macht man dann eigentlich damit?“. In dieser Ausgabe möchten wir aus verschiedenen Perspektiven Denkanstöße geben.

Thomas Jeckels (Salzburg) Beitrag möchte vor allem aktivierend auf eine sehr populäre Sparte aktueller geographischer Forschung und Praxis blicken: die Geoinformatik. Sein Ansatz, den bewussten und insbesondere kompetenten

Umgang mit Geodaten ins Zentrum geoinformativer Didaktik zu stellen, hält einen Blick auf mögliche interessante studentische Forschungen in diesem Bereich bereit. Sein Ziel ist es, Studierende zu motivieren, diesen Weg im Rahmen ihrer Ausbildung auch zu gehen.

Für alle Jobsuchenden: Wolfgang Leybold (Konstanz) gibt Auskunft darüber, wie wir über uns Auskunft geben können. Im Rahmen von sog. „Karriere-Workshops“ ist es sein Ziel, Studierende auf die Klippen der Jobsuche und der Vorstellungsgespräche vorzubereiten. Er zeigt auf, wie sie ihr Studium auf eine mögliche Ar-

beitsstelle nach dem Studium ausrichten könnten und geht auf einige Prinzipien des Selbstmarketings ein, welche im Prozess des Bewerbens möglichen Erfolg versprechen.

Der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe liegt jedoch auf dem Thema „Krisen im Studium“. Mir persönlich sind in den letzten zwei Jahren fast ein Dutzend Fälle von Bekannten und FreundInnen – allesamt Studis – begegnet, in denen während der Studienzzeit aufgrund von Erschöpfung, Burn-Out, Depression o.a. professionelle Hilfe aufgesucht wurde. Da das Thema auch immer wieder massenmedial aufbereitet wird, möchten wir aufgrund der anhaltenden Relevanz einen studentischen Blick darauf werfen. Frau Dr. Wagner aus der psychologischen Studentenberatung der Universität Leipzig führt uns in die Begrifflichkeiten aber auch in die praktischen Ansätze ein. Zudem haben wir drei Zuschriften erhalten, in denen jeweils Betroffene ihre Erfahrungen mit persönlichen Krisen reflektieren. Ziel aller Beiträge ist es einerseits, euch über die grundlegenden Sachverhalte zu informieren. Viel wichtiger ist es mir persönlich jedoch, dass jene unter uns, die vielleicht ähnliche Krisen verspüren wie unsere anonymen AutorInnen, wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie Hilfe suchen.

Ergo: GeoTipps mal weniger auf die Arbeitswelt, und mehr auf die Lebenswelt bezogen.

Wir wünschen euch einsichtsreiches Lesen!

Frank Meyer

GeoPraktisch-Interview mit Wolfgang Leybold

Wolfgang Leybold studierte an der Universität Augsburg Geographie und ist seit mehreren Jahren Geschäftsführer der Leybold & Akli GmbH. Herr Leybold unterstützt Unternehmen in Personal- und Organisationsfragen und hält Karriere-Workshops. Darüber hinaus engagiert er sich an verschiedenen Universitäten als Lehrbeauftragter. In unserem Experten-Interview erzählt er über die besonderen Anforderungen eines Geographie-Studiums, die beruflichen Chancen sowie welche Qualifikationen und Fertigkeiten bei der Job-Suche helfen. entgrenzt-Mitarbeiter Daniel Villbrandt sprach mit ihm.

Sie veranstalten Seminare rund um das Themenfeld „Karriere“. Was lernt denn ein Teilnehmer bei Ihnen?

Oft sind Hochschulabsolventen zwar fachlich sehr gut qualifiziert, es mangelt aber an der Fähigkeit, sich selbst gut verkaufen zu können. Ich arbeite mit den Studierenden intensiv an ihrem „Marketing in eigener Sache“. Wer beispielsweise im Assessment Center fünf Minuten Zeit für eine Selbstpräsentation bekommt, sollte nicht nach zwei Minuten mit seinen Ausführungen fertig sein. Wichtig ist daher gerade bei interdisziplinären Fachrichtungen wie der Geographie, gewinnend, schlüssig und überzeugend über im Studium erlernte und erarbeitete Inhalte und Methoden und auch über persönliche Kompetenzen sprechen zu können. Oft gehen Teilnehmer dann mit einer ganz anderen Motivation für den Berufseinstieg aus so einem Workshop, da sie sich zum ersten Mal intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt haben.

Wie schätzen Sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt für GeographInnen ein?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist, ein gewisses eigenes Engagement vorausgesetzt, wirklich gut! Das gilt für Geographen wie für Absolventen anderer Fachrichtungen. Als Beleg dafür berichte ich den Studierenden im Workshop oft von meinen Kommilitonen – diese sind, genau wie ich selbst, in ganz unterschiedlichen, spannenden Aufgabenfeldern angekommen, die ihnen viel Freude machen. Allerdings kommt ein gelungener Berufseinstieg natürlich nicht ganz von ungefähr: Bereits im Studium sollte man sich um den Berufseinstieg kümmern, Berufsfelder kennen lernen und Kontakte zu Praktikern knüpfen. Verbunden mit einer guten Kommunikationsstrategie, für die jeder selbst verantwortlich ist, deren Handwerkszeug ja aber, wie gesagt, erlernbar ist, kann von düsteren Aussichten keine Rede sein. Oft geben mir ehemalige Kursteilnehmer Bescheid, wenn Sie eine spannende Arbeitsstelle gefunden haben – auch das sind Belege dafür, dass die Perspektiven gut sind.

Welche Berufsfelder stehen graduierten GeographInnen offen?

Oft wird hier versucht, sehr stark zu differenzieren. Sicherlich gibt es Stellen, die sich eindeutig an physische Geographen richten,

z.B. in der Forschung, im Umweltschutz oder in der Verwaltung, und wiederum Stellen, die sich besonders an Humangeographen richten, z.B. in der Immobilienwirtschaft oder in der Verkehrsplanung. Generell befähigt einen das Geographiestudium jedoch zu sehr unterschiedlichen Tätigkeiten, so dass man sich beim Interesse für mögliche Berufsfelder vorab nicht zu sehr einschränken sollte. Um einen Überblick über wichtige und erfolgversprechende Berufsfelder zu geben möchte ich exemplarisch einmal die folgenden Bereiche nennen: Wirtschaftsförderung, Tourismus, Planungsbüros, Kammern und Verbände, öffentliche Planung und Verwaltung, Hochschulen, GIS-Bereich, Immobilienwirtschaft, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Energiewirtschaft, Verkehrsplanung und Unternehmensberatung.

Sollten Studierende eher ein breites Spektrum an Themen studieren oder empfiehlt sich eine Spezialisierung?

Hier kommt es in der Tat sehr darauf an, was die jeweilige individuelle Zielsetzung ist. Es kann sicherlich sinnvoll sein, sich auf ein Thema, z.B. erneuerbare Energien zu spezialisieren. Eine andere Strategie ist es, sich auf zwei bis drei Schwerpunkte zu konzentrieren, um dann etwas flexibler verschiedene Optionen angehen zu können. Zentral entscheidend ist die Methodenkompetenz – gutes Fachwissen wird ohnehin vorausgesetzt. Gerade jedoch bei vielseitigen Jobprofilen kommt es den Entscheidern in der Praxis besonders darauf an, wie jemand an Probleme und Aufgaben herangeht, ob er oder sie in Zusammenhängen und Prozessen denken kann und Sachverhalte zügig analysieren und aufbereiten kann. Daneben sind die Bereitschaft zum selbständigen Arbeiten, Organisationstalent und ein gewisser Grad an Strukturiertheit wichtig. Dies wird Ihnen vermutlich jeder Geograph in der Praxis nach einigen Berufsjahren bestätigen.

Seien wir ehrlich, nur wenige Unternehmen suchen explizit nach GeographInnen. Nach welchen Stichwörtern müssen GeographInnen suchen, um geeignete Stellen zu finden?

Da sprechen Sie einen ganz zentralen Punkt an. Genau dieses Problem ist die Herausforderung für Geographen. Die Tatsache, dass es wenige Stellenanzeigen speziell für Geographen gibt, erfordert eine besonders aktive Bewerbungsstrategie. Die Annahme, dass es deswegen auch wenige Stellen gibt, ist nicht zutref-

fend. Unternehmen suchen innovative, vielseitige und lösungsorientierte Persönlichkeiten – also sollten Geographen sich aktiv auf ihre potentiellen Arbeitgeber zubewegen. Dafür gibt es viele Möglichkeiten, die ich mit den Studenten trainiere: Professionelle Anrufe und Nachfragen beim Unternehmen, Initiativbewerbungen, branchenspezifische Informationsmedien oder zum Beispiel auch Recruiting-Messen, um mit Personalern ins Gespräch zu kommen. Es kommt darauf an, sich selbst die Chance zu eröffnen, einmal in einem ersten Gespräch oder bei einer Arbeitsstelle zeigen zu können, was man kann. Arbeitgeber suchen gute Mitarbeiter, da spielen viele Qualifikationsaspekte eine Rolle.

Wie können Bewerber einen positiven Eindruck beim potentiellen Arbeitgeber hinterlassen?

Dafür sind viele Dinge wichtig. Ein strukturiertes Auftreten und eine klare Zielvorstellung sind oft erste Punkte. Sowohl in der schriftlichen Bewerbung, aber auch im Gespräch sollte es dem Bewerber gelingen, zu zeigen, dass er sich auf das Wichtige konzentrieren kann, d.h. er sollte ganz klar artikulieren können, wo er gerade steht, was er besonders gut kann und wo er hinmöchte. Hier ist eine gute Argumentation entscheidend. Schade ist, wenn man beispielsweise nur sagt, man sei flexibel. Hier ist stattdessen sicherlich sinnvoll, verschiedene Dimensionen von Flexibilität zu benennen, und dann etwa für die inhaltliche, zeitliche und räumliche Flexibilität ganz konkrete Beispiele aus dem bisherigen Werdegang aufzuzählen. Dafür ist eine gründliche Bestandsaufnahme genau dieser Punkte wichtig und wertvoll – hier lässt sich ein Argumentationspool aufbauen, der für fast jede Situation in späteren Bewerbungsabschnitten notwendig und unerlässlich ist. Aber auch ganz pragmatische Dinge sind wichtig, denken Sie an den Business-Knigge. Ein Hinsetzen ohne vorher angebotenen Platz oder eine fehlende, gute Verabschiedung fallen durchaus negativ auf. Ich empfehle den Studierenden immer einen Perspektivwechsel und frage sie: „Worauf würden Sie achten, wenn Sie jemanden einstellen würden?“

Können für den Berufseinstieg bereits während des Studiums die Weichen gestellt werden?

Sicherlich kann man sich hier bereits Vorteile erarbeiten. In vielen Gesprächssituationen

hilft es, wenn man auf zukünftige Aufgaben im Job angesprochen bereits Erfahrungen und Anknüpfungspunkte vorweisen kann. Das kann eine Vertiefung im Rahmen einer Exkursion sein, eine Projektarbeit im Team, ein spannendes Praktikum, eine Mitarbeit bei einer aktuellen Veröffentlichung oder auch ein wiederkehrender Ferienjob. Beispielsweise kann man mit einem Ferienjob in einem Hotel glaubhaft belegen, dass man über gute Umgangsformen verfügt, Freude am Umgang mit Kunden hat, weiß, was zeitliche Flexibilität bedeutet und Abläufe eines Unternehmens genau kennengelernt hat. Grundsätzlich sind sinnvolle Aktivitäten, an denen sich eine gewisse individuelle Leistungsorientierung erkennen lässt, immer hilfreich – ob es dabei eine inhaltliche Verknüpfung zur angestrebten Stelle gibt, ist oft sekundär.

Welche zusätzlichen Fertigkeiten interessieren die Arbeitgeber? Und wie kann man sich diese aneignen?

Arbeitgeber sind meist daran interessiert, dass Bewerber Fertigkeiten vorweisen, die über das übliche Soll hinausgehen. Da sind in jedem Fall eine vor dem Studium abgeschlossene Berufsausbildung, die Mitarbeit in der Buchhaltung im elterlichen Betrieb, langjährige ehrenamtliche Tätigkeiten oder überdurchschnittliche Sprachen- oder EDV-Kenntnisse zu nennen. Aber auch Aktivitäten wie Work and Travel, besondere Reisen in Eigenregie oder ein interessantes Hobby machen eine Persönlichkeit aus. Erfahrungsgemäß hat hier jeder Bewerber nach einer zielgerichteten Bestandsaufnahme passende Punkte mit einzubringen.

Mit welchen Gehältern können BerufseinsteigerInnen rechnen?

Auch hier ist natürlich ein differenzierter Blick wichtig. Parameter wie Aufgabenprofil, Verantwortungsbereich, Arbeitszeiten, Branche und Standort etc. spielen eine wichtige Rolle, sowie der jeweilige Studienabschluss Bachelor oder Master. Derzeit gelangen Geographie-Absolventen, wie Absolventen zahlreicher anderen Fachrichtungen etwa zu Abschlüssen zwischen 30.000 und 40.000 Euro brutto pro Jahr. Auch hier ist es empfehlenswert, sich vor den entscheidenden Gesprächen gut zu informieren, einerseits über realistische Einschätz-

zungen, andererseits über eine professionelle Gesprächsführung beim Thema Vergütung.

Wenn sie Geographie-Studierenden genau einen Satz mit auf den Weg geben könnten, wie würde dieser lauten?

Nehmen Sie sich die Zeit und erarbeiten Sie eine Strategie für Ihr Marketing als Geograph. Dies wird Sie motivieren und: Es wird sich für Sie lohnen. Ich wünsche allen angehenden Geographen dafür viel Erfolg und gutes Gelingen!



Geoinformation : Gesellschaft : Bildung - Ideen zu einer adäquaten Verwendung von Geoinformation in der Schule.

Thomas Jeckel

Apple trackt seine Kunden, Twitter auch. Die Aufregung um Google Street View hat sich noch kaum gelegt. Location based services sind demnächst über jedes Mobiltelefon oder Tablet aufrufbar. Geo-Communities verwirren soziologische Gruppenbegriffe. Kollaborative Kartierungen wie OpenStreetMap verwundern in ihrer Genauigkeit professionelle Geodaten-dienstleister und definieren darüber hinaus das Verhältnis von AutorInnen zu Autoritäten völlig neu. Sowohl unsere Handlungen im physischen Raum als auch unsere Bedeutungs-zuweisungen an eben diesen werden in vielen Fällen für andere nachvollziehbar und ökonomisch genutzt. Geoinformatik – oft durchaus gut versteckt – ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Trotz all dieser Entwicklung sprechen Fachdidaktiker nach wie vor von Orientierungskompetenz und Geoinformationssystemen in der Schule¹, wohl fühlend, dass sie damit die alltagsrelevanten Geographien kaum mehr greifen und eine bildende Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung kaum herstellen können. Wenn uns dieser Zugriff entgleitet, wie könnten entsprechende Didaktiken aussehen, die diese Entwicklungen nicht im Wesentlichen als technische Bedrohungen des Gewohnten deuten? Wie können sowohl Alltags- als auch wissenschaftliche Zugänge gelegt werden, die SchülerInnen in ihrem erwartbaren Leben behilflich sind? Dieser Beitrag versucht, das Feld

1: vgl. etwa die Bildungsstandards für das Fach Geographie (2010) oder Hüttermann et al. in Druck.

für die unterrichtliche Verwendung in der Sekundarstufe zu strukturieren und darüber hinaus interessante Themenfelder für studentische Qualifikationsarbeiten zu erschließen.

Neue Entwicklungen auf dem Geoinformationssektor und mögliche Konsequenzen für den Schulunterricht

Geoinformation war für uns Menschen – oft in einer wenig systematisiert erscheinenden Form – schon immer von Bedeutung. Schon die *Location* eines Mammut war wesentlich, entweder, um es erlegen, oder um vor ihm flüchten zu können. Schon damals, könnte man sagen, bestand für Geoinformation ein Markt – zumindest aber konnte sie überlebenswichtig sein. Frühe Speichermedien von Geoinformation – man nannte sie Karten – waren ein begehrtes Diebesgut, so begehrt, dass auch Regierungen erhebliche Preise für ihren illegalen Erwerb zahlten. Die Produktion (Vermessung) und Darstellung von Geodaten wurde als hoheitliche Aufgabe betrachtet, mit der öffentlichen oder gar privaten Verwendung dieser Daten wurde sehr sparsam umgegangen (vgl. Fischer 2010).

Diese Bedingungen haben sich grundsätzlich geändert, zum einen unter einer neoliberalen Perspektive der Privatisierung, zum anderen durch den Einzug der Web 2.0-Welt in den Geoinformationsmarkt. Die Datenerstellung – ein hochaufwändiger, früher oft hoheitlich organisierter Prozess – wird nun deutlich breiter sowohl von privaten Anbietern, als auch im Sinne von „Citizens as Sensors“ / „Volunteered Geographic Information“ (VGI) unterstützt (vgl.

Goodchild 2007). Auf diesen Geobasisdaten setzen zunehmend profitable Dienstleistungen auf, für die sich nun rentable Geschäftsmodelle entwickeln lassen (vgl. Fischer 2010). Diese Geschäftsmodelle werden nicht zuletzt erst dadurch möglich, dass große Städte – wie zum Beispiel London – zunehmend auch alle durch öffentliche Institutionen erhobene bzw. beauftragte Geodaten öffentlich stellen (vgl. Raper 2011).

Auch die Europäische INSPIRE-Initiative² zielt auf das breite Verfügbar-Machen von Geodaten ab. Diese in immer größerem Ausmaß zur Verfügung stehenden Geodaten sind potentiell auch für den Schulunterricht nutzbar, insbesondere unter der Zieldimension der Beteiligung an politischen Prozessen. Eine breite didaktische Diskussion der sich damit ergebenden Möglichkeiten und Aufgaben steht derzeit aber noch aus.

Aus den beschriebenen Entwicklungen sind zwei wesentliche Bedingungen ableitbar. Geodaten werden – nicht zuletzt über mobile Endgeräte – in sehr absehbarer Zeit überall nutzbar und abrufbar sein, und zum selben Zeitpunkt sind wir praktisch immer auch ProduzentInnen von digitaler Geoinformation. Die Technologie ändert damit auf der einen Seite Formen unserer Raumeignung, macht gleichzeitig aber bestimmte Ausschnitte dieser Raumeignung nachvollziehbar. Das bedingt im Wesentlichen zwei notwendige Kompetenzfelder:

- den kritischen Umgang mit vorhandenen und mit den durch die Person als Sensor aktiv geschaffenen bzw. implizit preisgege-

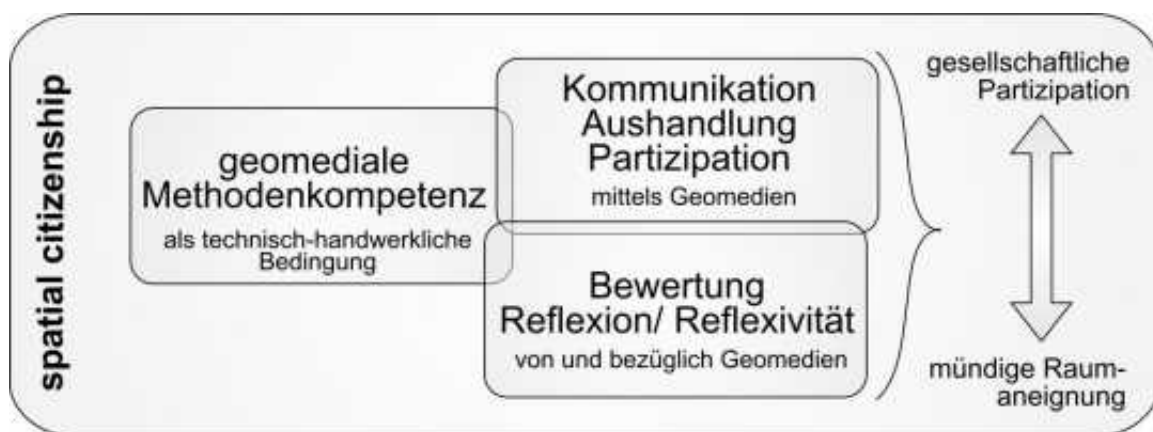


Abb 1.: Komponenten von Spatial Citizenship. Nach Gryl & Jekel, in Druck.

2: **IN**frastructure for **SP**atial **IN**fo**R**mation in **EU**rope (INSPIRE): Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.03.2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft, die auch öffentliche Zugänge zu eben diesen Daten fördert.

benen Daten

- die Unterstützung von Kommunikationstechniken, die Geoinformation zum Erreichen eigener Ziele einsetzen – und damit sind Ziele gemeint, die über das Auffinden eines bestimmten Ortes deutlich hinausgehen.

Beide Bereiche stehen direkt mit dem Alltagsleben in Zusammenhang und bringen Geoinformatik im Schulunterricht von einer fachzentrierten Aufgabe zu einer subjektzentrierten, auf eine mündige Raumeignung abzielende, Bildungsaufgabe. Wir fassen die Bildungsnotwendigkeiten unter dem Begriff *Spatial Citizenship* zusammen (vgl. Gryl & Jekel, im Druck). Darüber hinaus bietet sich besonders für den naturwissenschaftlichen Bereich eine Anwendung im Bereich der Wissenschaftsvorbildung an, die zum Teil auf die bisher geleisteten Vorarbeiten im Bereich des Lernens mit Geoinformation zurückgreifen kann. Dieser Bereich kann mit dem Begriff *Spatial Thinking* umschrieben werden (vgl. NRC 2006).

Anwendung I: Spatial Citizenship

Das Konzept *Education for Spatial Citizenship* untersucht zunächst die oben angedeuteten Bedingungen des Lebens unter überall verfügbarer Geoinformation. Stärker als bisherige Ansätze des GI(S)-Einsatzes in der Schule sieht es den wesentlichen Beitrag zu Geoinformation im Unterricht im Bereich der Unterstützung von Kommunikationsprozessen mit dem Ziel, über Geovisualisierung kompetitiv an Gesellschaft teilnehmen zu können. Der zentrale Anknüpfungspunkt ist damit die Raumeignung von Jugendlichen, die durch Geoinformation derzeit implizit, bei „active spatial citizens“ explizit, beeinflusst und gesteuert wird. Spatial Citizens wären in der Lage, sich Raum mündig und reflektiert unter Nutzung der jeweils gegebenen technischen Möglichkeiten anzueignen (vgl. Abb. 1). Dies beinhaltet zum einen die Klassische Kartenlesekompetenz – d.h. das Orientieren mittels der Interpretation von in einer Karte enthaltenen Informationen. Es geht aber über die Zielsetzungen auf der Rezipientenseite des linearen *Map Communication Model* insofern hinaus, als zusätzlich explizit eine Reflexion der Kartenherstellung bzw. Reflexivität hinsichtlich der eigenen Geomediennutzung eingefordert wird. Dies inkludiert eine Beschäftigung mit den individuellen und kollektiven Konsequenzen geomedialer Darstellungen, d.h.

beispielsweise die durch klassische Karten getroffenen Setzungen und „Wahrheitsansprüche“, die Schwierigkeiten diese Karten zu hinterfragen und in der eigenen Kommunikation einzusetzen und somit eigene Interessen zu befördern.

Theoretisch bezieht sich das Konzept dabei auf Arbeiten der *Critical Cartography* bzw. *Critical GIScience* (vgl. Crampton 2001), die die Macht der Karten im Rahmen von Kommunikationsprozessen, aber auch die Möglichkeiten der Kontrolle über räumlich referenzierte Statistik herausstellen (vgl. Belina 2010). Zu den technischen Möglichkeiten, die auch schon jetzt bisweilen in den Schulunterricht eingeflossen sind, kommt aus dieser Perspektive noch die Aufgabe, reflektiert und reflexiv mit diesen Geodaten umzugehen. Dieser Umgang wurde für klassische Karten unter dem Begriff *Kritische Kartenlesekompetenz* sehr instruktiv von Gryl (2009) dargestellt und auch mit Ansätzen für die unterrichtliche Umsetzung versehen.

Unterricht, der bei Beherrschung einer spezifischen Technik und der Kritik der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Verhältnisse endet, erscheint jedoch wenig befriedigend. Genau diesem Einwand wird sowohl in den deutschsprachigen Kompetenzmodellen der politischen Bildung, mehr aber noch im Modell der *Citizenship education* entgegen getreten. Wichtig erscheint allerdings, dass sich citizenship education nicht mehr als Ausbildung zum ‘dutiful citizen’ einer bestimmten politisch-administrativen Raumeinheit versteht, sondern auf die interaktiven Möglichkeiten des Web 2.0 Bezug nimmt (vgl. Bennet, Wells & Rank 2009). Dies bedeutet vereinfacht, dass die Zieldimension jeglicher politischer Bildung die kompetente Teilhabe an – nicht zuletzt über echtzeitliche Kommunikationskanäle quasi enträumlichten – gesellschaftlichen Diskursformationen sein sollte. Denkt man beispielsweise an Stuttgart 21, so wird schnell klar, dass hier notwendiger Weise nicht nur die Anwohner, sondern eine breite Koalition am Werk war, die nicht mit der Zugehörigkeit zu einem Bezirk, Stadtteil oder auch Bundesland beschrieben werden kann. Noch deutlicher wird das bei Diensten, die Bewertungen inkludieren, z.B. Tripadvisor: Hier gibt eine sehr breite, internationale, aber durch bestimmte Ansprüche an das Reisen gebildete *community* ihre (georeferenzierten) Bewertungen bestimmter – in diesem Fall touristischer – Dienstleistungen

ab. Diese Abgabe von Bewertungen zeichnet aber gleichzeitig sowohl in räumlicher als auch in sozialer Hinsicht Dispositionen nach, die wiederum ökonomisch in Wert gesetzt werden.

Die für Laien gegebenen Möglichkeiten, Geoinformation selbst zu erstellen und in Kommunikationsprozessen einzusetzen, verlangen nach schulischen Umsetzungen, die auf den kritischen Umgang mit der „Geoinformation Society“ abzielen. Dies, weil derzeit auf die absehbare Flut an Geoinformation und ihre impliziten Machtstrukturen sowie Inklusions- und Exklusionsmechanismen nicht vorbereitet wird, und die breite Anwendung im wissenschaftlichen wie alltagsweltlichen Diskurs nicht einem schmalen Publikum fachspezifischer Studiengänge orientiert ist.

Erste Projekte in diese Richtung, die auch mit SchülerInnen entwickelt bzw. von ihnen getestet wurden, sind sowohl im deutschen Sprachraum gegeben wie auch international gegeben. Diese Projekte beziehen sich auf die Visualisierung und Reflexion eigener Raumeignung (vgl. Elwood & Mitchell, 2011) ebenso wie auf den diskursiven Einsatz von Geovisualisierung in der Raumplanung (vgl. Hennig, Vogler & Jekel, 2011; Asamer & Jekel 2011). In beiden Projekten geht es darum, dass SchülerInnen selbstgestaltete Karten in für sie relevanten gesellschaftlichen Diskussionsprozessen argumentativ unterstützend einsetzen. Die begleitende Unterrichtsforschung dazu wäre ein ausgesprochen spannendes, auch international erst anlauendes Forschungsfeld, das gerade erst in Angriff genommen wird, und vielfältige Möglichkeiten fachdidaktischer Masterarbeiten bieten würde.

Anwendung II: GI & Spatial Thinking

Im englischsprachigen Raum ist derzeit der Ansatz des *Spatial Thinking* dominant. Dieser bezieht sich zentral auf den Einsatz von Geoinformation zur Unterstützung einer „Mentalität des Spatial Thinking“, die es ermöglichen soll, Probleme durch eine räumliche Strukturierung lösbar zu machen (vgl. NRC 2006). Der Ansatz steht in einer Tradition mit neoliberalen und utilitaristischen Ansätzen, Bildung als Entwicklung der *workforce* zu sehen (vgl. Gryl & Jekel, im Druck). Nichtsdestotrotz können Teilbereiche auch schulisch genutzt werden, solange klar gestellt bleibt, dass hier der „science education“ – und diese im Wesentlichen für den Bereich der naturwissenschaftlichen Geographie

– im Vordergrund steht.

Spatial Thinking in der Definition des National Research Council beleuchtet dabei drei Teilkonzepte: Raumkonzepte (Distanz, Richtung), Repräsentation (Projektionen, Geometrien, etc.) sowie räumliches Argumentieren (vgl. NRC 2006, S. 12-13). Der Ansatz stützt sich damit klar und ausschließlich auf absolute räumliche Raumkonzepte des *Spatial Approach*. Dennoch lassen sich – insbesondere mit Bezugnahme auf die neuere Debatte im Bereich der Geovisualisierung – einige auch schulisch relevante Teilbereiche isolieren. Diese liegen zum einen im Bereich des „Hypothesengenerierens“, das heißt, dass die Karte nicht mehr als Produkt des Erkenntnisprozesses angesehen wird, sondern als Ausgangspunkt desselben (vgl. MacEachran, 1992; Crampton, 2001). Des Weiteren lässt sich – ebenfalls unter einer konstruktivistischen Perspektive des Lehrens und Lernens – das Argumentieren mit Karten und kartenähnlichen Darstellungen auf Basis absoluter Raumkonzepte untersuchen.

Diese konstruktivistische Wendung lässt eine Reihe von Fragestellungen zu, die beispielsweise in Masterarbeiten sowohl im Bereich der Fachdidaktik als auch des Faches Geographie spannend erscheinen. Allgemeine Fragen für entsprechende Qualifikationsarbeiten könnten beispielsweise lauten: Wie sehen jene Prozesse aus, mit denen wir aus den Visualisierungen – Karten über Verteilungen oder auch Graphen wie in gapminder – Vermutungen ableiten (vgl. Jekel 2010)? Wie kann man dieses Hypothesengenerieren unterstützen und strukturieren, wie die Leistungen im Rahmen dieser ergebnisoffenen Lernprozesse bewerten? Wie sehen erfolgversprechende (gemeint: durchsetzungsfähige) Argumentationsstrukturen in diesem Bereich aus?

Fazit

Nimmt man das Eindringen von Geoinformation in unterschiedlichste Sphären des Alltags als gegeben an, so ergibt sich für den Unterricht – im Fach Geographie und darüber hinaus – eine Reihe von neuen Möglichkeiten, aber auch Aufgaben, die geeignet sind, bisherige Gepflogenheiten zu ergänzen und in vielen Fällen, zu ersetzen. Grundidee dieses Beitrags war, zum einen die schöne neue Geoinformationswelt für den alltagsorientierten Unterricht kritisch nutzbar zu machen und zum anderen propädeutisch in Richtung (geographischer)

Hochschulreife einzusetzen.

Aus den geänderten Rahmenbedingungen folgt damit eine deutlich klarere Abgrenzung der Aufgaben von Geoinformation in Schule und Studium. Während im Studium eine durchaus berufsvorbereitende wissenschaftliche Ausbildung z.B. in den Bereichen des (GI-)Systemmanagements oder verschiedenen raumbezogenen domänenspezifischen Anwendungen liegen soll, so liegt das zentrale Ziel sekundärer Bildung in der Teilhabe an Gesellschaft. Entsprechend ist sowohl in der Schule als auch in der Lehramtsausbildung die technologische und die fachwissenschaftliche Ebene zugunsten der Kommunikationsebene zurückzuschrauben.

Gleichzeitig kann auch für die akademische GI-Ausbildung auf Basis der sich vereinfachenden Technik postuliert werden, dass nun verstärkt wieder Konzepte in den Vordergrund der Ausbildung rücken sollten (vgl. Hakley 2010), das Studium also nicht mehr einer Art geographischem und teilweise auch produktbezogenen Computerführerschein entsprechen sollte. Zudem gibt es – z.B. im Bereich der Diskussion der Neuauflage des US-amerikanischen „GIS Body of knowledge“ – verstärkt Bemühungen, fachbezogene ethische Ausbildungsteile für Geoinformatikstudien zu entwerfen (F. Harvey, pers. Komm), die über den Anwendungs- und Applikationsentwicklungshorizont deutlich hinausgehen.

In beiden Bereichen ergeben sich vielfältige Fragestellungen, die auch im Rahmen von Qualifikationsarbeiten spannende und praxisrelevante Themen bieten, die zwischen Alltag, Wissenschaft und späterem Lehrberufsumfeld angesiedelt sind. Im Bereich der Lehramtsausbildung sind dabei Konzepte zur kritischen schulischen Nutzung der Europäischen Geodateninfrastrukturen, Unterrichtsbeispiele zur kollaborativen Kartierung (und Kommunikation!) in gesellschaftlich bedeutsamen Feldern, aber auch zusätzliche Unterrichtsbeispiele und Evaluierungen von Lernumgebungen zu nennen, die auf kostenfrei verfügbaren Visualisierungsplattformen wie Gapminder beruhen. Gleichzeitig fehlen bislang auch noch kritische Zugänge zu mobilen Geodatenanwendungen, z.B. Umgang mit „räumlicher“ Privatsphäre, „Prosumption“ von Geodaten und eine Beschäftigung mit den einschlägigen Geschäftsmodellen. Alle Fragestellungen haben hier einen gemeinsamen Nenner: mit Geographischen Informationssystemen im eigentlichen Sinn ha-

ben sie *nichts* zu tun. Stattdessen stehen die Bedingungen alltäglicher Raumaneynung im Vordergrund.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es der Studierenden bedarf, um diese Innovationen auch real in die Schule zu bringen – als Motoren der Innovation, sobald sie vom Studium in den Lehrberuf wechseln, aber auch als Direktinnovatoren im Bereich der Aus- und Fortbildung. Hierfür gibt es bereits mehrere Beispiele. Studierende der Universität Münster haben es schon vor einigen Jahren in einem begrüßenswerten Modell geschafft, ein eigenes Geoinformatik-Modul für Schulen zu entwickeln, das auf der einen Seite natürlich dem Fachinput in das schulische Umfeld im Rahmen der Berufsorientierung dient, gleichzeitig aber den Studierenden auch Credits für ihr Studium vermittelt (www.gi-at-school.de). Stärker noch an den oben genannten Dimensionen Reflexivität und Kommunikation orientiert erscheint die Initiative der AG Ferner Sehen der GeoWerkstatt Leipzig (www.fernesehen.de), die mit SchülerInnen den GI-Einsatz in diskursiven Prozessen analysiert. Zur Unterstützung innovationswilliger LehrerInnen bieten DissertantInnen des Instituts für GIScience eine Facebook-Gruppe zum Thema Collaborative online Mapping an.

Wenn wir auf eine rasche, vielfältige und bunte Umsetzung kritischer Umgänge mit Geoinformation in den Schulen abzielen, dann wird genau solchen Initiativen eine besondere Bedeutung zukommen.

In diesem Sinne: feel free to contribute to an informed geoinformation society!



Referenzen

- Asamer, Veronika/Jekel, Thomas (2011): raum:planen. – An online learning environment for spatial planning. IN: Jekel, Thomas/Koller, Alfons/Donert, Karl/Vogler, Robert [Hrsg]: Learning with GI 2011. Implementing digital Earth in Education. Berlin, S. 30–36.
- Belina, Bernd (2010): Kriminalitätskarten – Sinnvolle Visualisierung eines sozialen Problems oder Ideologieproduktion? IN: GWUnterricht, H. 118, S. 6–19.
- Bennett, W. Lance/Wells, Chris/Rank, Allison (2009): Young citizens and civic learning: two paradigms of citizenship in the digital age. IN: Citizenship Studies 13(2), S. 105–120.
- Crampton, Jeremy W. (2001): Maps as social constructions. Power, communication and visualization. IN: Progress in Human Geography 25(2), S. 235–252.
- Elwood, Sarah/Mitchell, Katharyne (2011): Mapping Children's Politics. Workshop, ICCG Frankfurt (16.8.2011).
- Fischer, Florian (2010): Neue Nutzungspraktiken auf dem Geoinformationsmarkt. IN: GWUnterricht, H. 120, S. 30–46.
- Goodchild, Michael F. (2007): Citizens as sensors: the

world of volunteered geography. IN: GeoJournal 69, S. 211–221.

Goodchild, Michael. F./Janelle, Donald G. (2010): Toward critical spatial thinking in the social sciences and humanities. IN: GeoJournal 75, S. 3–13.

Gryl, Inga/Jekel, Thomas (akzeptiert): Recentring GI in secondary education. Towards a spatial citizenship approach. IN: Cartographica 1/2012.

Haklay, Muki (2010): The End of the 'ARC/INFO Driving Licence' Era. IN: Cartographica 45, S. 85–88.

Hüttermann, Armin et al. [Hrsg. in Druck]: Kartographie, Räumliche Orientierung & Geoinformation im Unterricht. Tagungsband, HGDSymposium, Ludwigsburg.

Jekel, Thomas (2010): Internetnutzung und Fertilitätsrate, oder: Dynamische Visualisierung als Unterstützung eines problemorientierten Unterrichts. IN: GWUnterricht, H. 118, S. 38–46.

MacEachren, Allan. M. (1992): Visualization. IN: Abler, Ronald F./Marcus, Melvin, G/Olson, Judy M. [Hrsg.]: Geography's inner worlds. New Brunswick, NJ., S. 99–137.

National Research Council (2006): Learning to think spatially. GIS as a Support System in the K12 curriculum. Washington, DC.

Raper, John (2011): Realising the Benefits of Open Data: Lessons from Londons Experience. Keynote, AGIT 2011 (6.7.2011), Salzburg.

Gefangen im Zweifel – Ein Interview mit der psychologischen Studierendenberatung in Leipzig zu psychischen Problemen im Studium

Frau Wagner, können Sie sich und ihre Tätigkeit bitte kurz vorstellen?

Ich arbeite an der Universitätsklinik Leipzig im Bereich psychosomatische Medizin seit circa anderthalb Jahren. Neben der Forschungstätigkeit leite ich die Studentenberatung.

Was ist das Spezifische an Studierenden hinsichtlich der auftretenden psychischen Probleme?

Es gibt nichts Spezifisches: Es ist ein gesellschaftliches Phänomen bezüglich eines zunehmenden Leistungsdrucks im beruflichen aber auch privaten Bereich. Den erfahren auch Studenten. Die Umstellung zu Bachelor und Master sowie die zunehmende Veränderung sozialer Bindungen vor dem Hintergrund neuer Medien spielen dabei eine Rolle.

Wir erleben immer häufiger insbesondere bei Studierenden, dass der soziale Druck durch eine Vielzahl von Kontakten über soziale Netzwerke, E-Mail und Handy-SMS als belastend beschrieben wird. Zu diesem privaten Bereich gibt es inzwischen auch viele Studien, die die Belastungen durch das Gefühl zwingender stän-

diger Erreichbarkeit thematisieren. Ein Smartphone mit Internetzugang, die unentwegte Kommunikation mit Facebook-Kontakten, die Möglichkeit der schnellen SMS zwischendurch – das flexibilisierte Kommunikationsverhalten benötigt dabei paradoxerweise viel Zeit und Aufmerksamkeit und unterbricht immer wieder Konzentrationsphasen. Die kurze Ruhepause, der Besuch des Parks mit einem Buch in der Hand, stellt mittlerweile in den Fällen, denen wir begegnen, eine Seltenheit dar. Ein Symptom für die wachsende Relevanz dieses Stressors stellt die Existenz von Computerprogrammen dar, die auflisten, wie viel Zeit man auf bestimmten Internet-Seiten verbringt bzw. die den Browser zwischen 8 und 14 Uhr deaktivieren. Erst so scheint manchmal Lernen oder Arbeiten möglich, ohne das ein Audiosignal über eine neue Nachricht oder E-Mail informiert.

Der ständige Druck im Bachelorstudium möglichst sehr gute Noten zu erzielen, damit man zum Masterstudiengang zugelassen wird – insbesondere angesichts der geringeren Verfügbarkeit von Master-Studienplätzen – bildet dabei den Stressor im Studium. In den Diplom-Studiengängen war es im Gegensatz dazu nicht allein freier vorgegeben, sondern insbesondere der zeitliche Druck war geringer.

Mit welchem psychischen Problemen haben Sie zu tun?

Es sind oftmals Depressionen bzw. Fälle, in denen eine Depression zugrunde liegt: So begegnen uns zunehmend Fälle, in denen die Studenten wirklich den ganzen Tag nicht mehr aus dem Haus gehen und wirklich von morgens bis abends vor ihrem Computer sitzen – ob nun zum Spielen oder einfach um im Internet von einer Seite zur Nächsten zu surfen. Die sozialen Kontakte – von Angesicht zu Angesicht – werden dabei oftmals gar nicht gesucht und geschehen höchstens noch beim Einkaufen. Ansonsten sehen wir oft Fälle, in denen die betreffenden Personen erst mittags aufstehen, sich dann vor den Computer setzen, dort Stunden verbringen und sich dann vielleicht anziehen.

Dabei ist das späte Aufstehen nicht die Indikation für ein Problem, sondern die ebenfalls zunehmende Isolation. Wir kennen diese Isolation von der Depression, bei der Menschen nicht unbedingt ihre gesamte Zeit vor dem Computer verbringen, sondern eher allein im Zimmer sitzen und jeder Tag seine Struktur

verliert. Das ist die Krux der studentischen Eigenverantwortung: Nach der sehr starr strukturierten Schulzeit muss im Studium eine neue Form der Organisation gefunden werden, und dies zudem oftmals fernab von Verwandten oder langjährigen Freunden. Diese Selbstverantwortlichkeit im Kontext von freiwilliger Teilnahme an Veranstaltungen, dass man vielleicht doch mal nicht zur Vorlesung geht, ist dabei sowohl höchst positiv, als auch in den Fällen, die uns begegnen als heikel zu bewerten.

Was sind die Symptome?

Geht dies mit einer sozialen Isolation und Lethargie einher, so ist dies ein Anzeichen für eine Depression, deren zugrunde liegende Problematik erarbeitet werden muss. Kriterien sind dabei vor allem Antriebslosigkeit, Traurigkeit, Hoffnungslosigkeit und durchaus die Neigung zu Suizidgedanken.

Burn-out-Patienten haben ja oft das Gegenteil: Sie haben zu viel zu tun, und im Zuge die Entgrenzung von verschiedenen Bereichen des Lebens führt zu einem Verlust der Struktur, bei dem selbst eine halbe Stunde Mittagessen als vernachlässigbare Nebensache erscheint. Es kann eher noch zum Gegenteil kommen: Es wird dann überhaupt nichts mehr gegessen oder nur zwischendurch oder auf dem Weg von und zur Universität. Es hoher Leistungsanspruch – vom Umfeld, dem Studium oder auch durch die Erziehung bedingt – besteht dabei über Jahre: Wir sprechen hier nicht von zwei oder drei Monaten Prüfungsvorbereitung, sondern von Jahren, in denen Urlaube aufgeschoben werden und häufig Zusatzbelastungen durch Kindsbetreuung oder Nebenjobs bestehen. Eine Vorwarnung sollten hier Schlafstörungen sein: Man kommt nicht zur Ruhe, grübelt und wacht oft auf. Es treten Versagensängste angesichts vieler Verpflichtungen auf, denen man sich nicht gewachsen fühlt und die Erschöpfung und Frustration steigt. Und meist passiert sehr plötzlich ein Leistungseinbruch und die depressive Phase des Burnout beginnt. Häufig hilft nun nur noch das radikale Abkoppeln von dem System, das den Betroffenen dorthin geführt hat.

Was sind das für Situationen, in denen Studierende sich entscheiden zu Ihnen zu kommen?

Meistens sind es Studierende, die das Gefühl haben, dass sie ihr Leben nicht mehr alleine be-



Frau Wagner, Psychologische Studienberatung in Leipzig

wältigen. Sie suchen externe Hilfe oder es wurde ihnen geraten diese aufzusuchen. Der Hinweis auf unser Angebot steht auch im Studiumshandbuch der Universität Leipzig und es gibt in größeren Abständen Artikel über uns in studentischen Zeitschriften. Die Schwelle bei einer Studentenberatung erscheint ihnen weniger hoch, als bei einem Psychotherapeuten oder einer psychologischen Praxis. Es gibt aber auch sehr viele, die zuvor versucht haben, eine Psychotherapie zu bekommen, aber aufgrund der derzeit langen Wartezeiten eine Überbrückung suchen. Wichtig zu wissen ist, dass es während der vorlesungsfreien Zeit zu zwei Wochen Wartezeit kommen kann. In den Prüfungszeiten sind auch durchaus drei Wochen möglich. Wenn wir merken, dass es ein sehr akuter Fall ist, handeln wir natürlich schneller.

Was passiert dann in der Studentenberatung zwischen der Hilfesuchenden Person und Ihnen?

Die meisten Studierenden, die uns aufsuchen, kommen zwischen ein und zwei Mal zu uns. Die Gespräche dauern in der Regel bis zu einer Stunde. Wir machen als Erstes eine Art Bestandsaufnahme: Was ist der Grund des Kommens? Wo liegen derzeit die Hauptschwierigkeiten? Und wie kann es kurzfristig weiter gehen? Es ist ja eine Beratung und keine Psychotherapie, das ist ja noch mal der große Unterschied. Psychotherapien dauern oft mindestens 10 Stunden, 30 Stunden, 60 Stunden, je nach dem, wie das Störungsbild gelegen ist. Wir achten eher darauf, was wir jetzt kurzfristig machen können und wohin sich die betrof-

fene Person wenden kann.

In einigen Fällen kann dies zu einer Psychotherapie – ambulant oder stationär – führen. Viele brauchen das jedoch gar nicht, sondern profitieren schon allein von dem Gespräch an sich. Wir versuchen eine Tagesstruktur zu erarbeiten und den Betroffenen Hinweise zu geben, was sie auch selbst, im Sinne von Selbstmanagement, machen können ohne dass sie sich gleich in eine Psychotherapie begeben müssen. Aber es gibt natürlich auch bei uns in der Klinik die Möglichkeit zur stationären oder tagesklinischen Therapie, wenn der Leidensdruck sehr hoch ist. Wenn jemand wirklich hoch suizidal ist oder an einer schweren Essstörung leidet, und wir merken, dass ein ambulantes Gespräch keine Linderung verspricht, empfehlen wir einen stationären Aufenthalt.

Welche Hinweise geben Sie Studierenden, die sich an Sie wenden?


Die Empfehlung, das Internet sein zu lassen oder bewusster damit umzugehen, geben wir dann, wenn wir den Eindruck haben, dass wir es mit krankhaftem Verhalten zu tun haben. Also wenn jetzt jemand täglich zehn Stunden am Computer spielt oder ziellos Zeit im Internet verbringt, ohne richtig dran zu arbeiten oder etwas zu schreiben, dann sehen wir das unter Umständen als Problem. Wir versuchen mit den Studierenden alternative sinnvolle Verhaltensweisen zu erarbeiten, gerade im Bereich sportlicher Betätigung und dem Pflegen von Freundschaften und Beziehungen. Eine Unterbrechung des Fehlverhaltens ist unser Ziel.

Wie stehen Sie zu Behauptungen, dass insbesondere das Studium, die Verschulung und hoher Notendruck für psychische Probleme im Studium verantwortlich sind?

Ich muss betonen, dass dies noch mehr untersucht werden muss, um eine wirklich allgemeingültige Aussage treffen können. Ich persönlich bin jedoch der Meinung, dass diejenigen, die psychische Störungen haben, vielfach auch weiteren Ballast aus dem privaten Umfeld oder der Kindheit mitbringen: sexueller Missbrauch, Todesfälle, Trennungen, dramatische Erlebnisse, Anpassungsstörungen oder schwierige Familienverhältnisse. Selten verweisen Betroffene nur auf das Studium, sondern auf viele andere Probleme im Leben, an denen sie verzweifeln, sich zunehmend isolieren und letztlich ziellos in den Tag hinein vegetieren.

Zweifellos kann ein hoher Leistungsdruck im Studium ein Faktor sein, aber selten ist es der Einzige.

Was raten Sie Studierenden hinsichtlich der Studienorganisation?

Meiner Meinung nach ist die Tagesstruktur sowie das bewusste Setzen von Zielen das Wichtigste; Ziele für den Tag, die Woche, diesen Monat oder das Semester. Das heißt nicht, sich unrealistisch viel vorzunehmen, sondern sehr realistisch Arbeit und Freizeit, Dinge, die Freunde bereiten, von mir aus auch die Zeit im Internet zu planen. Freunde, Sport, regelmäßige Mahlzeiten sollen selbstverständliche Inhalte eines Tages werden. Gerade Menschen mit psychologischen Problemen fällt es extrem schwer diese Tagesstruktur aufstehen-Frühstücken-Arbeit vorher zu planen. Aber es hilft den scheinbar nicht zu bewältigen Berg überschaubar zu gestalten und sich aus der scheinbaren Hoffnungslosigkeit herauszuarbeiten. 

Krisen im Studium. Ein Erfahrungsbericht

Anonymous

Eine Krise – welcher Art auch immer – hat für mich zwei wesentliche Aspekte: Zum einen ist sie unangenehm, stressig und kann je nach Schwere den Alltag desjenigen, der sie ertragen muss, ziemlich intensiv beeinflussen. Zum anderen stellt sie einen Wendepunkt dar: Krisen sind nicht einfach nur zu ertragen oder auszuhalten, sondern es werden in Krisensituationen Entscheidungen getroffen, die das weitere Geschehen im Anschluss an die Krise wesentlich beeinflussen.

Mit so einer Situation beginnt in der Regel die Studienzzeit, konkret mit der Frage: „Was soll ich studieren?“. Nicht genug damit, dass die Frage an sich wirklich recht schwerwiegend ist, sie wurde für mich auch noch zugespitzt durch im Akkord nachfragende Eltern, „interessierte“ Bekannte, eine unübersichtliche Menge von möglichen Studiengängen und den an Bewerbungsfristen gebundenen Zeitdruck.

Bei mir stellte sich gegen Ende der Schulzeit keinerlei Fach heraus, das ich viel besser konnte als alle anderen, was die Entscheidung erleichtert hätte. Vielmehr stellte ich das gesamte

Fächerangebot an sich, darüber hinaus natürlich die akademischen Disziplinen und letztlich den Sinn und Zweck des Studierens selbst in Frage. Die neue Frage heißt: „Soll ich überhaupt studieren?“, und führte in einen neuen Dschungel aus Alternativen und mehr oder weniger hilfreichen Ratschlägen – und einem relativ dominanten Druck in Richtung Studium, dem ich schließlich nachgab.

Kurzentschlossen wählte ich mit Geografie nicht mein Lieblingsfach, sondern das am wenigsten verabscheute. Seine breite thematische Fächerung erlaubte die Aufschiebung eines Teils der Entscheidung auf später (Physische/Anthropo-Geografie, etc.).

Die Wahl der Studienstadt fiel auf meine Heimatstadt Leipzig und nur auf sie – ich hatte nach dem Stress der Studienfachentscheidung einfach nicht mehr die Energie, an einen Umzug und neue Städte zu denken. Also bewarb ich mich genau ein Mal: Geografie in Leipzig. Das ist aus heutiger Sicht ziemlich risikoreich, aber es hat funktioniert und versetzte mich in die glückliche Position, während meines Studiums herauszufinden, dass ich das für mich perfekte Fach erwischte hatte. Alle weiteren Spezialisierungen waren plötzlich kinderleicht zu entscheiden.

Die fachlichen Inhalte waren spannend und sinnvoll, aber die Art und Weise, wie sie von den Dozenten vermittelt wurden, eher weniger. Ich nahm an den für mich interessanten Veranstaltungen intensiv teil, verweigerte mich uninteressanten. Meistens reichten ein paar Lernnachmittage in der Prüfungszeit auch aus, um gute Noten zu bekommen.

Ein Fach wurde allerdings von einem Dozenten unterrichtet, der wohl zu einer anderen Generation gehörte – mit viel Liebe für Details, Fakten, Aufzählungen, Jahresangaben, Koordinatenangaben und dergleichen mehr – was ich überhaupt nicht verstehen konnte. Für mich stehen Zahlen in Tafelwerken und Koordinaten in Atlanten, mir geht es um Theorien, Modelle, Beobachtungen, Zusammenhänge, also einfach um alles, was dieser Dozent in seiner Vorlesung nicht zu bieten hatte. Statt in den Veranstaltungen seinem ohnehin für mich nicht erkennbaren roten Faden zu folgen und seine endlosen Auflistungen auswendig zu lernen, analysierte ich lieber die Rückständigkeit seines didaktischen Konzeptes, nahm viel von der allgemein schlechten Stimmung im Hörsaal auf und baute sehr viel Frust auf. Auf Einwände, sowohl fachliche als auch allgemeine, reagierte der Do-

zent eher desinteressiert und frech als offen. Ich sehnte also den Tag herbei, an dem ich dieses Fach inklusive Dozent hinter mir lassen konnte. Zur Prüfung lernte ich nicht mehr als ich für nötig hielt (besonders um Zahlenangaben machte ich einen Bogen) und fiel durch.

Das war mir noch nie passiert und machte mich unglaublich wütend: Nicht genug damit, dass der Dozent mit seinem toten Seitenzweig der Geografie meine Zeit verschwendete, er baute seine Prüfung auch genauso sinnlos wie seine Lehrveranstaltung auf und ließ mich durchfallen! Ich empfand die Situation in mehrerer Hinsicht als demütigend: Ich musste lernen, was ich nicht wollte und war an einem Mann gescheitert, für den ich nicht mal Respekt empfand. Die Sicherheit, zu den Besten meines Jahrganges zu gehören, war auch dahin und mein Versagen war für alle Anderen offensichtlich: Schön im ersten Semester hatten sich ein paar Spezis daran gemacht, die Matrikelnummern den jeweiligen Namen zuzuordnen und hatten mittlerweile auch meine dekodiert. Daneben fühlte ich mich machtlos den Launen des Dozenten ausgesetzt, ohne die Möglichkeit zu haben, ihn wenigstens zur Rede zu stellen oder irgendwie auf die Situation einzuwirken. Dass viele Kommilitonen ebenfalls durchgefallen waren (mehr als die Hälfte glaube ich) und ein Großteil des Unipersonals nicht mehr von dem Herrn hielt als ich, war nett zu wissen, aber nicht wirklich tröstlich. Enttäuscht wollte ich mich aus dem allen zurückziehen und beschloss daher den Abbruch meines Studiums.


Ich machte mich also auf die Suche nach einem besser passenden Studienfach und nach einem entsprechenden Berufsfeld, in dem die ganze Sache münden sollte. Dabei fand ich heraus, dass ich gern in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sein möchte und dass sich dafür verschiedene Studienabschlüsse eignen, nicht zuletzt Geografie...

Natürlich führen auch viele andere Fächer zur Entwicklungsarbeit, aber durch Geografie war ich schon halb durch, und es lag mir ehrlich auch am besten. Ich kämpfte also ein paar Tage mit mir und schluckte schließlich meinen Stolz herunter. Ich musste den Dozenten weder ändern noch belehren oder in aller Öffentlichkeit ein Exempel an ihm statuieren, ich musste lediglich an ihm vorbei. Der Nachprüfungstermin war noch ein paar Tage weit entfernt und ich begann, mich in einem Bibliotheksmarathon durch eine zähe Masse aus Informationen zu beißen, die mir hoffentlich

durch die Prüfung helfen würden. Ich habe es gerade so geschafft, aber nach „gerade so“ fragt heute keiner mehr. Der Dozent unterrichtete trotz massiver Beschwerden aus mehreren Jahrgängen weiter – und abgesehen davon, dass mir jeder andere Leid tut, den er nach mir noch gequält hat, ist er mir von Herzen egal. Ich hab’s geschafft, und jeder weitere Gedanke daran ist Verschwendung.

Was dafür hängen geblieben ist, ist zunächst einmal meine Abneigung gegen das Fach von damals. Ich empfinde es nach wie vor als sinnlos, habe mit Freude alles aus der Prüfung vergessen und bleibe bei meiner Ansicht, dass die damals vom Dozenten verwendete Didaktik jeder Beschreibung spottet. Was wichtiger ist: Ich habe aus dieser Episode die Lehre gezogen, dass man es sich nicht immer aussuchen kann, was von einem verlangt wird. Was allerdings am wichtigsten ist: Seit dieser Prüfung weiß ich genau, wohin ich mit meinem Studium wollte und bekam die Chance, mich entsprechend zu belesen. Das offizielle Studium war seitdem zweitrangig, ein paar Vorlesungen, ein paar Prüfungen, das notwendige Übel, das zu einem Abschluss führt. Wirklich studiert habe ich unabhängig davon außerhalb des Hörsaals. Damit habe ich unbewusst auch eine Krise einiger meiner Kommilitonen umschifft: Viele hatten sich nur mit den in den Vorlesungen vermittelten Inhalten beschäftigt, und auch das nur, soweit sie Prüfungsrelevant waren, sich aber darüber hinaus keinem Themen- und Interessengebiet verschrieben. Bei manchen davon stand am Ende des Bachelorstudiums die unbeantwortete Frage danach, was sie denn jetzt eigentlich gelernt hätten und wofür sie qualifiziert wären. Die meisten von ihnen werden diese Frage während des Masterstudiums gelöst haben.

Ich habe bis jetzt noch kein Masterstudium begonnen. Seit dem Studium beschäftige ich mich mit ehrenamtlichen Tätigkeiten, die meinen Interessen entsprechen und mich glücklich machen – und den Nebenjobs, die nötig sind, um sich den Luxus auch leisten zu können. Ich plane allerdings, ab nächstem Herbst wieder zu studieren, und die Frage nach dem Masterfach gestaltet sich ähnlich wie die eingangs gestellte nach dem Bachelorfach: Es gibt an nahezu jeder Universität einen anderen Geografiemaster, andere thematische Ausrichtungen und Anforderungen etc. Mittlerweile habe ich mir die Bedingung gesetzt, nur dann weiter zu studieren, wenn ich das Fach als wirklich passend empfinde und nicht einfach deswegen, um ein

Master Sc. zu sein. Ich habe in meinem ersten Studium herausgefunden, was ich will und bin sowohl formell als auch inhaltlich in der Lage, auf diesem Gebiet zu arbeiten. Seitdem bewerte ich praktische Erfahrungen und Kontakte höher als den Hörsaal und Hausarbeiten. 

Das Deutsche-Bank-Syndrom – oder welche Leiden Leistung schafft

Michel Blum (Pseudonym)

Stress. Druck. Abgaben. Beurteilungen. Referenzen. Nebenbei das soziale Umfeld nicht vergessen. Bücher, Artikel, Tagungsvorträge schreiben, Fördergelder bienenfleißig einsammeln, Forschungsberichte fertigstellen – das alles kann es heute bedeuten, in der Wissenschaft zu arbeiten. Aber nicht nur dort haben sich Arbeits- und Selbstverhältnisse der Arbeitnehmer und -geber_innen in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verändert. Inzwischen titeln sogar „neoliberale“ Herolde wie bspw. das Magazin „Der Focus“ mit „Generation Burnout. Warum die Psycho-Krise jeden treffen kann. Wie Sie Warnsignale erkennen.“ (Nr. 37 vom 12.09.2011). Das Thema Burn-Out ist also inzwischen mit Pauken und Trompeten in der gesellschaftlichen Diskussion angekommen. Gerade allerdings in wissenschaftlichen Kreisen ist das Gespräch über Leistungsdruck und Arbeitsstress, über Überforderungen und Zusammenbrüche ein Thema, über das in meinen Augen allerhöchstens im Flüsterton und hinter vorgehaltenen Händen gesprochen wird.

Für mich kam der Zusammenbruch nicht wirklich überraschend, auch wenn ich, als es schließlich so weit war, sehr überrascht gewesen bin. Im Nachhinein hätte ich sicher sein können, dass irgendwann der Sturz kommen würde – die Frage war also nicht ob, sondern wann. Als es schließlich so weit war, ging alles sehr, sehr schnell: Binnen weniger Tage war ich so erschöpft, dass sich meine Beine beim Aufstehen weigerten, in Richtung Universität zu gehen. In Seminaren, in Instituten, Bibliotheken bekam ich kurz nach dem Betreten der Gebäude Panikanfälle (wovon weiß ich nicht), brach mir der Schweiß aus, sackte das Blut aus meinem Kopf in die Beine, wurde ich bleich und begann zu zittern. Nach einer Prüfung konnte ich mich nicht mehr über die erlangte Note freuen, auch wenn das Ergebnis

wirklich gut gewesen ist. Ich war nicht mehr in der Lage, eine Wahl zu treffen: Ging ich bspw. einkaufen, so konnte ich keinen Joghurt mehr auswählen, weil mich die schiere Menge an zu selektierenden Informationen überforderte – ich hatte keine Kapazitäten mehr.

Ich konnte nicht mehr laufen, nicht mehr denken, konnte mich selbst nicht mehr steuern und bin in eine unendlich tiefe Tiefe abgestürzt, in der es für mich außer Dunkelheit nichts mehr zu erreichen gab. Das Schlimme an meiner Situation war, dass ich sie nicht einmal ohne fremde Hilfe erkennen konnte. Ich war so gefangen in meinen eigenen Ängsten, Kontrolllosigkeiten und Selbstzweifeln, dass mein Gespür für mein Eigenwohl, meine Eigenvorsorge völlig verschwand. Hätte ich nicht jemanden an meiner Seite gehabt, der mich auf all diese Entwicklungen aufmerksam gemacht, der mich zum Arzt geschickt hat und mit mir in die tiefsten Abgründe meiner Situation abgetaucht ist, ohne mit der Wimper zu zucken, ganz gleich wohin die Reise ginge, dann säße ich wohl immer noch ausgelaugt und erschöpft hinter irgendeinem Buch, irgendeinem Schreibtisch, paralysiert vor Schrecken und der Hilflosigkeit, nicht in der Lage, die eigene Situation zu verstehen. Ich bin diesem Menschen wirklich zu dem größten Dank verpflichtet!!

Mit der Zeit hat sich meine Situation wieder beruhigt, ich beginne eine Therapie und werde versuchen, in Zukunft gerade mit den Arbeiten, die mir am meisten Spaß machen, höllisch aufzupassen. Ich werde mir klare Zeitpläne setzen und keine sprichwörtlichen Überstunden mehr machen. Aber die schwierigste Aufgabe wird es sein, an meinen eigenen Ängsten und Selbstzweifeln zu arbeiten, Fragen zu klären, deren Antworten weit im Dunkeln meiner Vergangenheit liegen.

Kurz nach meinem Zusammenbruch habe ich mich gefragt, ob mein Handeln, meine Krankschreibung überhaupt verhältnismäßig ist. Haben nicht Menschen in früheren Zeiten wesentlich schrecklichere Arbeitsumstände erlebt? Konnten diese Menschen krank sein? Konnten sie die Arbeit verlassen? Konnten sie auf gesellschaftliche Anerkennung hoffen? Was würden Freund_innen und Kolleg_innen an Universitäten und anderswo sagen? Wie würde meine Familie reagieren? Bin ich einfach zu schwächlich und weinerlich, um die Belastungen aus dem Studiengang, die ich größtenteils selbst gewählt hatte, zu ertragen? Bin

ich meine Situation selbst schuld? Wer kann mir helfen?

Neben diese Fragen gesellten sich Unsicherheiten, die mit der Vergabe von Therapieplätzen, mit Geldsorgen und anderen Alltagsproblemen zu tun hatten. So dauerte die Suche nach einer Psychotherapeutin entsprechend lange, brauchte die Versicherung immens viel Zeit, um die unterschiedlichen Dokumente zu bewilligen und und und. In all diesen Wochen stand für mich viel auf dem Spiel. Konnte ich jemals an die Uni zurückkehren? Würde sich mein Traum, Wissenschaftler und Lehrer zu sein, überhaupt erfüllen lassen, wenn ich schon im Studium die ersten Zusammenbrüche erlebte? Welche Ausgleichsmöglichkeiten konnte ich schaffen?

Und zwischen all diesen Zweifeln und Sorgen, nagte auch das Gefühl an mir, versagt zu haben. Gerade an der Uni hatte ich oft das Gefühl, einen – nennen wir es: „Habitus“ anzutreffen, der die totale Aufopferung für die eigene Forschung lauthals aus sich herauschrie. Wie also würde dieses Umfeld auf meine Nachricht, meine freudige Überraschung reagieren?


Die Deutsche Bank wirbt seit einiger Zeit schon mit dem Slogan „Leistung aus Leidenschaft“. Was einigermaßen heiter klingt, ist im Grunde genommen nur die logische Fortführung eines viel früher einsetzenden Trends, der mit flexibilisierten Arbeits- und Lebensverhältnissen, mit Freiheit und Selbstbestimmung beworben und gleichzeitig wohl auch erkaufte worden ist. Unterschätzt wurde dabei jedoch die Macht marktformigen Denkens, die formende Kraft protziger Worte, Gedanken, Erzählungen über die Innovationspotentiale Selbstständiger, die wie selbstverständlich im Individuum ruhenden Fähigkeiten der markt-konformen Selbstheilung und eben –vermarktung, über den Segen der Konkurrenz und die Erfolgsgeschichten derer, die im „Oben“ erfolgreich gelandet sind. Dass diese Erfolge auch ihre Folgen haben würden, dachte zunächst wohl niemand, so süß schmeckte der freiheitliche Sieg über die Fesseln der begrenzten Arbeits- und Lohnverhältnisse, denen leider – aber wohl kaum zufällig – nie eine Entgrenzung der Kapital- oder Vermögensverhältnisse folgten. Mit der Hartz IV-Regelung oder der Riester-Rente mit privaten Vorsorgen, Wahlkampfslogans wie „Leistung muss sich wieder lohnen“ (man beachte auch dieses wunderbare Wört-

chen „wieder“, so als sei der Lohn der Leistung in der Vergangenheit verloren gegangen), haben sich Leistungsbezug und -forderung bis in die kleinsten Bereiche unseres (Arbeits-)Lebens eingeschrieben.

Und auch den Universitäten sind sie durch den Lissabon-Prozess, durch Elitenförderung und andere Schmäckerl nicht verschont geblieben. Aber es wäre zu einfach, bestimmten Entscheidungsträgern, Institutionen oder Gesetzen die Schuld am Leistungsdilemma zuzuschreiben. Denn schließlich stammen die allermeisten der katastrophalen Ideen und Ideale ganz und gar aus universitärem Kontext, in dem nur umso stärker die „Liebe“ zu bestimmten Fachgebieten, die „Leistungsbereitschaft“ und „Flexibilität“ gefordert (und gefördert) wird – und das seit Jahrzehnten mit wachsender Begeisterung. Ich wage sogar zu behaupten, dass unser Bild der Wissenschaften genau kongruent zu dem Bild des besessenen Mad-Scientist ist, den wir aus Horror- oder Science-Fiction-Geschichten kennen: Ein Mensch an der Grenze seines Verstandes, an der Grenze seiner physischen und psychischen Leistungsfähigkeit.

Wer einmal Daniel Kehlmanns Buch „Die Vermessung der Welt“ gelesen hat, wird wissen, wie wir uns die Vergangenheit der Wissenschaft vorstellen bzw. vorzustellen haben: Da werden die beiden Genies Gauß und Humboldt dargestellt, wie sie als einsame aber rastlose, geisterhafte Erscheinungen, die noch während des Sex Formeln für das Morgen notieren oder, ohne die Kosten an Leib und Leben zu bedenken, durch den Urwald Südamerikas kriechen. Die Fragen, derer wir in dieser prosaischen Bebilderung des Lebens zweier „Vorzeige-Wissenschaftler“ – die im Übrigen sicherlich ihren Platz in einer entsprechenden Exzellenzinitiative des Bundes gehabt hätten, wenn es sie denn gegeben hätte – langsam auf die Spur kommen, sollten nicht lauten: Wie können wir noch effizienter wirtschaften? Wie können wir noch mehr Gelder einsammeln, noch mehr Forschungsprojekte eintüten? Die Fragen sollten, nein müssen vor allem folgendermaßen lauten: (1) Wie hat sich unser Bild von Wissenschaft im Laufe der Zeit verändert? (2) Wo stehen wir jetzt? (3) Können wir diese Anforderungen verkraften? Mit anderen Worten: Wie viel Leistung können wir uns leisten?

Es wird sicherlich nicht reichen, diese Fragen „nur“ für die Wissenschaft, falls es einen solchen abgegrenzten Bereich überhaupt geben

sollte – ich wage es, zu bezweifeln –, zu beantworten. Aber gerade eine sich selbst als „kritische“ gesellschaftliche Formation wahrnehmendes Bündel unterschiedlichster Menschen, Meinungen, Interessen und Institutionalisierungen, sollte einen wesentlichen Impuls setzen. Das „Deutsche-Bank-Syndrom“ ist weder über Nacht gewachsen noch wird es über Nacht verschwinden wie ein Albtraum. Wir müssen daran arbeiten, versuchen kreativ, formend und kritisierend einzugreifen – und das nicht im Namen einer „hehren Wissenschaftlichkeit“, nicht im Namen „wirtschaftlicher Effizienz und Effektivität“, sondern schlicht mit unserem eigenen Namen als Zeichen persönlicher Betroffenheit. 

Depression...Burnout...Antriebslosigkeit... Schreibblockaden...Erschöpfungszustände.

Anonymoüs

Trotz des Umstandes, in den letzten Jahren immer mehr in den Medien davon zu hören, dachte ich lange Zeit „so etwas kann mir nicht passieren“. Doch dann kamen übliche Symptome. Man fühlt sich schlapp, ist dauernd müde, hat häufiger schlechte Laune, reagiert auf kleinste Kritik gereizt, denkt fast nur noch negativ, geht nicht mehr regelmäßig zum Sport oder anderen vorher ganz normalen Hobbys, lässt hier und da in der Uni Veranstaltungen weg, isst mehr als man will aus purer Langeweile oder Frust und schafft es immer wieder, Fristen und Termine nicht einzuhalten. Am Ende ist es wie eine Spirale. Anhaltend negative Erlebnisse bauen sich auf und man fällt vom einen ins nächste „Problem“, so dass man es immer schwerer hat, von selbst wieder heraus zu kommen.

Begonnen hat es in meinem Fall im Jahre 2009, als es einfach nicht klappte, eine im Studium übliche Hausarbeit von ca. 15 Seiten fertig zu stellen. Man muss dazu sagen, dass das Thema nicht sehr spannend, sondern eher ermüdend war, aber bis ins Jahre 2008 habe ich auch weniger spannende Themen einfach bearbeitet und abgegeben, nach dem Motto „Augen zu und durch“. Doch das ging nicht mehr. Nach mehreren Versuchen empfahl mir eine Freundin eine Psychologin, bei welcher ich im Dezember 2009 ein Vorgespräch hatte. Ende Januar 2010 begann die Therapie und dauerte

bis ins Frühjahr 2011.

Während dieser Zeit lernte ich, meine Persönlichkeit selbst zu reflektieren und nach den Dingen zu suchen, die zur Antriebslosigkeit und Schreibblockade geführt hatten. Dies kann unter Umständen langwierig sein, da es manchmal keinen direkten Auslöser gibt, der zu Depressionen, Schreibblockaden oder anderen psychischen Erkrankungen führt. Zumindest in meinem Fall kam heraus, dass der Übergang vom geplanten Ablauf in der Schule mit festem Stundenplan und festen Terminen sowie elterlicher Kontrolle hin zu selbstständigem Lernen nicht hinreichend funktioniert hatte. Der Übergang in die Selbstständigkeit, weg von der Kontrolle durch Lehrer und Eltern wurde von mir nicht deutlich genug erreicht. In den ersten Jahren des Studiums arbeitet man dann noch so, als hätte man die Kontrolle hinter sich, irgendwann lässt dieses Gefühl aber nach und dann steht man vor dem Problem, sich selbst nicht ausreichend zu kontrollieren und Aufgaben liegen und schleifen zu lassen. Wenn dazu noch andere Probleme kommen, wie bspw. Stress, gesundheitliche Probleme oder in der Partnerschaft, mit der Familie usw., ist man auf dem besten Weg in eine depressive Phase oder ähnliches.

Im Laufe einer so genannten Verhaltenstherapie lernt man den Umgang mit neuen Methoden, sich selbst zu organisieren, eigenständig zu arbeiten, selbstbestimmt zu handeln und sich nicht von zu vielen Dingen und Menschen ablenken zu lassen und vor allem, sich Auszeiten zu gönnen. Auch das Thema der Aufgabe von Freundschaften stand auf dem Plan. Denn wenn einem „Freunde“ mehr schaden als nützen oder sich nicht für einen interessieren, sondern nur da sind, wenn sie selbst etwas wollen, muss man auch lernen, solche Personen aus dem Leben zu streichen. Dies ist gewiss nicht immer so einfach, wie es im ersten Moment vielleicht klingen mag.

Auch ist es alles andere als einfach, Gewohnheiten zu ändern. Ich habe es bei mir immer wieder bemerkt, wie schnell ich in alte Verhaltensmuster gefallen bin. Wer denkt, man kann seine Gewohnheiten innerhalb einiger Wochen ändern, sollte mit diesen Visionen gleich nochmal zum Arzt gehen. Es hat gut ein halbes Jahr gedauert, bis sich gewisse Denk- und Verhaltensweisen (bspw. Ablenken lassen und merken, dass man es abschalten muss, um zu arbeiten) begannen, sich zu ändern. Immerhin wurde man in der gesamten Kindheit von El-

tern, Großeltern oder anderen Personen geprägt und hat sich gewisse Dinge angeeignet, die sich nicht einfach abschalten lassen. Auch musste ich verschiedene „Methoden“ ausprobieren, wie ich persönlich am besten klarkomme. Ein Schema, nach dem alle Menschen geheilt werden können, gibt es nicht, da jeder Patient individuelle Bedürfnisse und Erfahrungen im Leben hat.

Die Therapie brachte insofern Fortschritt, dass ich über manche Dinge nachdachte, gewisse Verhaltensformen überdenken und ändern konnte. Aber man darf nicht denken, dass nach einer solchen Therapie alles anders ist. Ich selbst habe gemerkt, dass sobald die Sitzungen mit einer Psychologin vorbei waren, gewisse Probleme wieder auftauchten. Erneut war es schwierig, konzentriert und konsequent zu arbeiten, da schlichtweg eine „Kontrolle“ wegfiel. Man ist also, nur weil die Sitzungen abgelaufen sind, nicht immer 100% geheilt. Jeder kann wieder zurückfallen. Wer kann, sollte daher echte Freunde zur Seite haben, die über die eigenen Probleme Bescheid wissen und sich durch diese auch kontrollieren lassen, d.h. ob man auch dauerhaft seine neuen Verhaltensweisen einhält und nicht wieder in Negativstimmung zurückfällt oder sich mit unwichtigen Dingen ablenkt.

Bezogen auf Geographie kann ich nur so viel sagen, dass die Kritik am Bachelor-/Master-System durchaus seine Berechtigung hat, was die Wahlmöglichkeiten und Individualität der Studenten betrifft. Auch der erhöhte Stressfaktor durch mehr Klausuren und Prüfungsleistungen ist nicht gerade förderlich, um Burnout, Versagensängste und Depressionen zu vermeiden. Allerdings hat das strukturiertere System den Vorteil, dass man sich nicht komplett in „Freiheit“ verrennt, denn im Diplomstudengang hatte man bekanntlich sehr viel Auswahl und Freiheit, was besonders Menschen Schwierigkeiten bereitet, die nicht autonom agieren und genau wissen, wohin ihre Reise im Studium gehen soll. Überfordert hat mich das Studium der Geographie jedenfalls nicht. Man sollte nur darauf achten, sich mit Sprachkursen, Modulen und Nebenfächern nicht zu übernehmen und lieber ein Semester länger studieren, als am Ende durch Prüfungsstress und Versagensängste irgendwann eine Blockade zu bekommen und dann gar nichts mehr lernen zu können. Meist kommt man aus so einer Situation recht schnell wieder allein heraus, es kann aber durchaus auch anders enden.

- | | | |
|-------|------------------|--|
| 11/11 | 04.-05.11.2011 | Geographien der (feinen) Unterschiede. Bourdieus Beitrag für eine relationale Humangeographie (Bonn) |
| | 17.-18.11.2011 | Neue Funktionen und Nutzungen in ländlichen Räumen. Perspektiven und Herausforderungen für die Raumentwicklung und Raumforschung (Soest) http://www.uni-muenster.de/AKLaendlicherRaum/ |
| | 17.-19.11.2011 | AK Hydrologie - Jahrestreffen 2011 (Magdeburg)
http://www.ak-hydrologie.de/ |
| | 24.-25.11.2011 | The logics of change – poverty, place, identity and social transformation mechanisms (Salzburg)
www.uni-salzburg.at/pls/portal/docs/1/1609192.PDF |
| | 24.11.2011 | Master Messe Berlin 2011 (Berlin) http://www.master-and-more.de |
| | 25.-27.11.2011 | Bundesfachschaftentagung (BuFaTa) der Geographie in Passau
siehe Info-Box rechts und http://www.geodach.org |
| 12/11 | 08.-09.12.2011 | Fachkräftemangel – Ein neues, demographisch bedingtes Phänomen?
www.demographie-online.de |
| 01/12 | 27.-28.01.2012 | Tagung Neu(nt)e Kulturgeographie. Kulturgeographische Forschungen nach dem Cultural Turn. Zum gesellschaftspolitischen Gehalt der Neuen Kulturgeographie (Hamburg) www.kulturgeographie.org |
| 02/12 | 09.-10.02.2012 | Dortmunder Konferenz: Mobilitäten und Immobilitäten (Dortmund)
www.raumplanung.tu-dortmund.de/rp/ |
| 04/12 | 03.-06.04.2012 | GI-Forum - Linking Geovizualisation, Society & Learning (Salzburg)
www.gi-forum.org |
| | 26.-27.04.2012 | Tagung „Lebensmitteldiscounter“ (Kiel)
http://vgdh.geography-in-germany.de/?p=1709 |
| 05/12 | 25. – 28.05.2012 | 10. Bundesfachschaftentagung (BuFaTa) der Geographie (Leipzig)
www.geodach.org |
| 08/12 | 26.-30.08.2012 | 32. Internationaler Geographenkongress „Down to Earth“ (Köln)
www.igc2012.org |



Bundesfachschaftentagung Geographie in Passau

Vom 25.11.2011 bis 27.11.2011 wird in Passau die Bundesfachschaftentagung der Geographie von PaNGeo (Passauer Netzwerk der Geographiestudierenden) und GeoDACH (Vertretung deutschsprachiger Geographie-Studierender) ausgetragen. Tagungsort werden Räumlichkeiten der Universität Passau sein, die Teilnehmer sind in der Jugendherberge, welche sich in der Veste Oberhaus befindet, untergebracht. Ziel der Veranstaltung ist es im Rahmen von Arbeitskreisen und Exkursionen die Zusammenarbeit und Vernetzung der Geographiestudierenden im deutschsprachigen Raum zu fördern und zu koordinieren. Als Ausrichter bietet sich uns hierbei die Möglichkeit den Studierenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz den Standort Passau näher zu bringen. Die Tagung richtet sich vor allem an Fachschaftsmitglieder und Studierendenvertreter geographischer Studiengänge. Für die Teilnehmer fällt ein Eigenanteil von 40 Euro pro Person an. Weitere Informationen für Interessierte sind unter <https://www.facebook.com/geopassau> oder per E-Mail (bufata.passau@googlemail.com) erhältlich. Anmeldungen bitten wir an die genannte E-Mail-Adresse zu richten.



Fundstücke aus dem Sandkasten. Cosima Werner (2011)

„Innenansichten“

In den Innenansichten werden in dieser wie in den kommenden Ausgaben schlaglichtartige Einblicke in den Entstehungsprozess von *entgrenzt* geben. Denn hinter dem fertigen Produkt, der kostenlos downloadbaren Zeitschrift im Internet, stehen leidenschaftlich geführte Diskussionen und Abstimmungsprozesse über unzählige große und kleine Entscheidungen zur Ausgestaltung der Autorenrichtlinien, des Layouts, des Begutachtungsprozesses und vielem mehr.

Im Zuge der ersten Ausgabe stand beispielsweise die Frage im Raum, ob die erscheinenden Artikel gegendert werden sollen oder nicht. Nun ist vielleicht nicht jedem Lesenden geläufig, was hinter dem Schlagwort *gendern* steckt. Es geht um das Sichtbarmachen von Frauen in der Sprache. Unsere Leserinnen und Leser kennen sicher alle den ein oder anderen unlesbaren Text, der durch eine geschlechtergerechte Sprache heraussticht, aber nicht immer glänzt. Und auch wenn sich das Team von *entgrenzt* dazu entschlossen hat, in den eigenen Texten stets von Männern UND Frauen zu sprechen, passiert es trotzdem, dass die Webseite auf die mitwirkenden Geographen, Soziologen, Kulturwissenschaftler und Technikfreaks verweist, alle Geographinnen, Soziologinnen, Kulturwissenschaftlerinnen und Technikfreak(innen?) aber vergisst. Dem allgemeinen Entschluss zu *gendern* steht damit nicht der Wille, sondern die Frage nach der Machbarkeit entgegen.

Es gibt viele Möglichkeiten, Frauen in der Sprache zur Sichtbarkeit zu verhelfen. Zwei werden kurz skizziert: Die bekannteste Variante ist das Anhängen eines -in. Dabei sind die Formen vielfältig. Geographen und Geographinnen finden sich ebenso häufig in der Textlandschaft wie Geograph/-innen, GeographInnen, Geograph(innen) oder Geograph_innen. Schnell fragt sich dabei der oder die Lesende: Handelt es sich hier noch um die gleiche Gattung? Ist die umklammerte oder mit Schrägstrich abgesetzte Frau nur ein Anhängsel in einem sonst männerdominierten Beruf? Kritiker der feminisierten Form, auch unter dem Kürzel Binnen-I bekannt, sehen aufgrund dieser Bedenken lieber die Verwendung einer neutralisier-

renden Form und sprechen daher zum Beispiel von Studierenden der Geographie. Nur wie bezeichnet man dann fertig ausgebildete GeographEN? Die Meinungen dazu verlaufen nicht entlang der Geschlechterlinien, und nicht selten diskutierten wir mit dem Gefühl, in keiner Festlegung wirklich Halt finden zu können. Die Frage des Ob? ist eine paradigmatische – und sicherlich bei einem publizistischen Medium auch politische – Richtungslegung. Die Frage des Wie? jedoch scheint eine eher mechanische Antwort zu erfordern.

Den Tücken und Unwägbarkeiten bei der stetigen sprachlichen Einbeziehung der Frauen zum Trotz wird *entgrenzt* sich der Herausforderung einer fairen Sprache gerne stellen und fortan das Binnen-I verwenden. Da wir aber nicht in missionarischer Sache unterwegs sein möchten, stellen wir es jedem Autor und jeder Autorin frei, die eigenen Texte zu *gendern* oder es zu unterlassen. Die zum Teil sehr emotional geführten Diskussionen in unseren Redaktionssitzungen zu diesem Thema ließen die Idee entstehen, zwei verschiedene Ausgaben von *entgrenzt* zu veröffentlichen – eine gegenderte und eine nicht gegenderte. Sollte diese Idee einmal Wirklichkeit werden, könnt ihr euch auch auf den Bericht über den damit einhergehenden Arbeitsaufwand und Anekdoten über die kleinen und großen Fallstricke freuen. Vorher möchten wir aber von euch wissen: Wie geht ihr mit dem Thema *gendern* in euren Haus- und Abschlussarbeiten um? Wollt ihr *entgrenzt* in gegendertem Form?

Ulrike Bergner

Vietnam begegnen - Ein Buch von Carolin Hendrys



Voller Neugier landet Carolin Hendrys im tropischen Süden Vietnams. Dort erwartet die deutsche Abiturientin eine neue, fremde Welt: Schon bald zählen Kakerlaken, Nudelsuppen und der halsbrecherische Straßenverkehr zu ihrem Alltag. Sie bekämpft deutschaffine Mückenschwärme, lernt, dass Schneemänner in den Tropen kein Ding der Unmöglichkeit sind, und entdeckt ihre Vorliebe für ohrenbetäubend laute vietnamesische Popmusik. Während ihres einjährigen Aufenthaltes in Südvietnam begibt sie sich auf eine vierwöchige aufregende Busfahrt von der bergigen Grenzregion Chinas zurück ins dicht besiedelte, von Kokosnusspalmen umrankte Mekong Delta. So skurril, unberechenbar und chaotisch Vietnam auch sein mag, ziehen die Menschen und das Land Carolin Hendrys unwiderruflich in ihren Bann. Vietnam für Anfänger und Fortgeschrittene! Mit zahlreichen Farbabbildungen.

Anzeige in eigener Mitarbeiter-Sache

entgrenzt machen, aber wie?

Die MitarbeiterInnen von entgrenzt

entgrenzt ist ein offenes Medium und lebt vom Mitmachen. So konnte die zweite Ausgabe von *entgrenzt* nur durch viele HelferInnen und MitarbeiterInnen entstehen. Was anfangs durch sieben StudentInnen der Leipziger Geographie angestoßen wurde, wird mittlerweile durch viele ständige MitarbeiterInnen geleistet. Die MitarbeiterInnen arbeiten u.a. aus Leipzig, Marburg, Göttingen, Erlangen, Wien und Münster an *entgrenzt* mit. Danke an alle HelferInnen der zweiten Ausgabe von *entgrenzt*: Sarah Abandowitz (Wien), Ulrike Bergner (Leipzig), Nicolas Caspari (Marburg), Frank Feuerbach (Leipzig), Kevin Gebhardt (Leipzig), Carolin Hendrys (Münster), Thomas Kandler (Leipzig), Jörg Kosinski (Leipzig), Robert Kul (Leipzig), Frank Meyer (Leipzig), Anne Patzig (Leipzig), Franziska Pufe (Leipzig), Johann Simowitsch (Leipzig), Renke Soete (Marburg), Florian Steiner (Marburg), Sandra Taudt (Kiel), Cosima Werner (Erlangen)

Die Mitarbeit bei entgrenzt

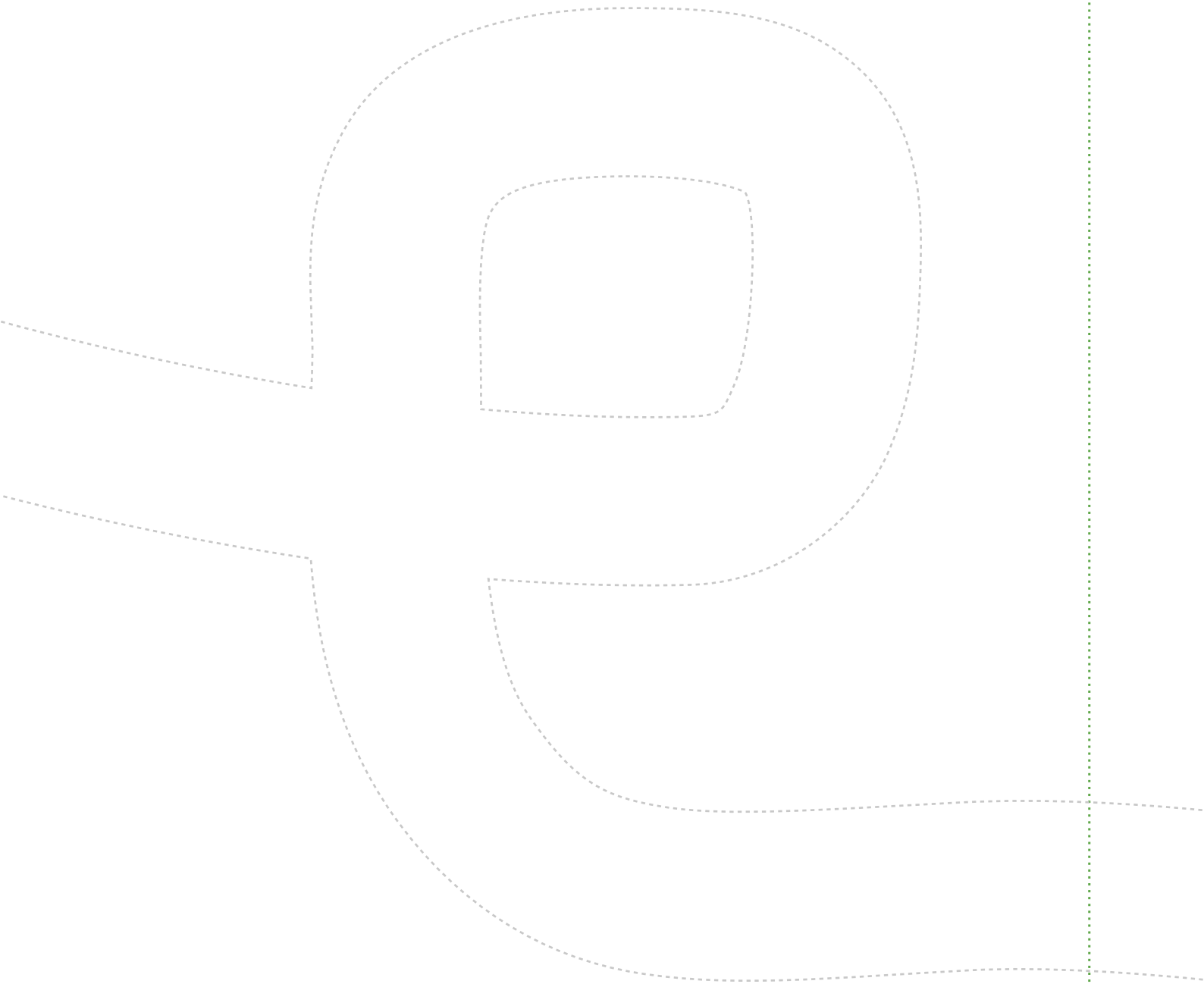
Auch eine Onlinezeitschrift entsteht nicht von allein. Im Hintergrund arbeiten bei *entgrenzt* viele pfiffige Köpfe und fleißige Hände, damit die Website, das Layout und natürlich die Inhalte entstehen und in die richtige Form gebracht werden können. Wir sind ein fröhliches Team aus GeographInnen, SoziologInnen, KulturwissenschaftlerInnen und Technikfreaks, in dem neue HelferInnen, egal aus welcher Fachrichtung, jederzeit herzlich aufgenommen werden. Wenn du dich also ausprobieren willst, bieten dir unsere Redaktionsbereiche, die PR und Technik viele Möglichkeiten dazu.

Wir arbeiten weitestgehend dezentral um dem Ziel der Vernetzung von Studierenden einen Schritt näher zu kommen. Der Umgang mit unserem *entgrenzt*-Wiki, E-Mail und Skype ist daher zentral in unserer Arbeitsweise. Solltest du also nicht an unserem Stammsitz in Leipzig sein, lass dich nicht entmutigen. Unsere HelferInnen sitzen auch an anderen Studienorten. Die Aufgaben reichen von kleinen Hilfsleistungen, Tipps und Recherchen, zu möglichen Beiträgen, bishin zu umfangreicheren Arbeiten wie dem aktiven stetigen Mitwirken innerhalb eines Verantwortungsbereichs. Wieviel Zeit du bei uns einbringst, entscheidest du al-

lein. Außerdem ist Motivation und Abstimmung im Team wichtig, der Rest ist Learning by Doing. Es gibt keine Mindest-Semesterzahl und die Arbeit ist ehrenamtlich. Hast du Interesse an der Mitarbeit bei *entgrenzt*? Dann schreib uns eine E-Mail an info@entgrenzt.de. Oder besuche unsere Website www.entgrenzt.de für aktuelle Mitarbeitersuche.

UnterstützerInnen

entgrenzt hätte nicht ohne unsere UnterstützerInnen entstehen können. Wir bedanken uns bei der GeoWerkstatt Leipzig e.V. für die Unterstützung und den Rahmen, der *entgrenzt* damit ein zu Hause gibt. Vielen Dank geht an das Kuratorium, welches uns bei der Diskussion des Konzeptes und dessen Weiterentwicklung mit viel Erfahrung zur Seite stand und bei Fragen zur Erstellung einer Zeitschrift half: Dr. Ute Wardenga (Leibniz-Institut für Länderkunde), Prof. Dr. Otti Margraf (Leibniz-Institut für Länderkunde und Geographische Gesellschaft zu Leipzig), Prof. Dr. Vera Denzer (Institut für Geographie, Universität Leipzig), Dr. Annett Krüger (GeoWerkstatt Leipzig e.V. und Institut für Geographie, Universität Leipzig), Prof. Dr. Dieter Rink (Helmholtzzentrum für Umweltforschung, Leipzig) und Nicolas Caspari (GeoDACH-Entsandter, Marburg). Der wissenschaftliche Beirat hat die Beiträge für die Rubrik Geographisches gewissenhaft und aus professioneller Perspektive unter die Lupe genommen und die AutorInnen in Review-Prozess begleitet: Damit haben wir Beiträge mit Qualität gewonnen und unsere AutorInnen durften sich auf die Probe stellen. Wir danken dem wissenschaftlichen Beirat dafür. Danke auch an die AutorInnen der verschiedenen Rubriken. Ihr habt euch getraut und diese Zeitschrift mit lesenswerten Inhalten gefüllt! Ganz besonderer Dank gilt GeoDACH, der Vertretung deutschsprachiger Geographie-Studierender. GeoDACH versteht sich als Organ zur Vernetzung sowie als Diskussionsplattform. Die Kooperation von *entgrenzt* und GeoDACH ist uns besonders wichtig, weil zur Diskussion und Vernetzung ein Medium benötigt wird, welches frei mitgestaltet werden kann und die Diskussion befördert. Durch die Zusammenarbeit mit GeoDACH werden diskutabile Inhalte aus den Arbeitskreisen für Studierende sichtbar. 



Du denkst, es steht schon alles überall geschrieben? Die Forschungsfelder der Geographie sind alle längst hinreichend beackert? Studierende hätten nichts zu wissenschaftlichen Debatten beizutragen? Weit gefehlt! Wo ist euer Selbstbewusstsein?

Wissenschaft ist ein Prozess. Jeden Tag werden neue Erkenntnisse gewonnen, Ideen geboren und Forschungsarbeiten vorangetrieben. Und das nicht nur von ProfessorInnen und DoktorandInnen, sondern auch von Studierenden. Kleine empirische Arbeiten entstehen bereits im Rahmen von Haus- und Abschlussarbeiten. Mit Hilfe von Experteninterviews, eigenen Messungen oder Beobachtungen werden Überlegungen weiterentwickelt und verworfen. Wissenschaftliches Wissen entsteht – auch durch euch – täglich neu. Wenn ihr dieses Material nicht in virtuellen Ordnern und in den Schubladen der DozentInnen verstauben lassen wollt, ist *entgrenzt* der richtige Ort, bereits getane Arbeit weiterzuentwickeln.

Ihr könnt kurze Fachartikel verfassen („Geographisches“), über Erlebnisse und Erfahrungen berichten („Geowerkstatt“), eure Meinung im „Sprach(r)ohr“ zur Diskussion stellen oder uns mit praktischen Tipps und Veranstaltungshinweisen versorgen („GeoPraktisch“). Wir sind offen für neue Einblicke, verrückte Ideen, solide Ausarbeitungen und provozierende Thesen. *entgrenzt* soll kein statisches Konstrukt sein, sondern ein Medium, was von einem dynamischen Austausch lebt. Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Stimme geben – eure Stimme. Also sendet eure Beitragsideen zu folgenden Rubriken an kontakt@entgrenzt.de.

Info zur Beitragseinreichung: Für jede Rubrik laufen gesonderte Calls – Aufrufe zur Einreichung von Beiträgen. Innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten können Studierende Aufsätze zum Leitthema in der Rubrik „Geographisches“ einreichen. Die Beiträge werden bezüglich ihrer wissenschaftlichen Qualität von fachlich versierten MentorInnen begutachtet. Artikel für die anderen Rubriken sind jederzeit willkommen.

Geographisches

H2Ohhh!

Das Verhältnis von Mensch und Wasser ist ein Existenzielles! Ohne Wasser gibt es kein menschliches Leben auf der Erde.

Und trotz dessen – oder gerade deswegen – ist es immer und wird auch zukünftig ein großer Bestandteil von Diskussionen und Konflikten sein. Die kostbare Ressource Süßwasser ist Kondensationskern zwischenstaatlicher Krisen und die Sicherstellung der Wasserversorgung für Bevölkerungen eine Herausforderung.

entgrenzt bittet für die Wintersemester-Ausgabe 2012/2013 um Einsendungen, die sich insbesondere mit folgenden Aspekten beschäftigen:

- Wasser als Gegenstand politischer Konflikte
- Wasser und Wohnen, insbesondere im urbanen Kontext
- lokale, regionale, nationale und supranationale Strategien der Wasserversorgung
- der Umgang mit Verunreinigung, und Strategien der Wiederaufbereitung
- Wasser als Bedrohung in Zeiten des Klimawandels und mutmaßlich häufigeren Extremwetterereignissen
- Wasserkreislauf und nachhaltige Wasserbewirtschaftungskonzepte
- der Beitrag geographischer Forschung zur Lösung eines zukünftigen „Wasserversorgungsproblems“
- und insbesondere physisch-geographische Auseinandersetzungen damit.

Wir freuen uns über eine kurze Zusammenfassung (max. eine Seite) eures geplanten Beitrages **bis zum 31.12.2011** an kontakt@entgrenzt.de, in der ihr die grundlegenden Themen, die Argumentation und die (falls vorhanden) empirische Grundlage darlegt.

GeoWerkstatt

In der Rubrik Geowerkstatt suchen wir Menschen und Konzepte, die sich auf eine inspirierende, ausgefallene oder unkonventionelle Weise der Vermittlung von Inhalten widmen. Wenn du beispielsweise in den Genuss eines neuartigen Seminarkonzeptes gekommen bist oder ein solches entwickelt hast, schreib uns einige Zeilen darüber. Wenn du auf Workshops aufmerksam geworden bist, die didaktisches Neuland vermitteln, teile diese Informationen mit uns. Oder hast du vielleicht eine einzigartige Veranstaltung erlebt, dann berichte uns und unseren Lesern darüber. Texte zu diesen Themen bis maximal zwei Seiten nehmen wir jederzeit entgegen und publizieren sie nach redaktioneller Prüfung in der nächsten Ausgabe von *entgrenzt*. Wir freuen uns auf deine Beiträge an kontakt@entgrenzt.de!

Sprach(r)ohr

In der Rubrik Sprach(r)ohr suchen wir Menschen, die ihre Meinungen in Aussagen formulieren wollen! Ihr habt Anregungen, Kritik oder möchtet euch generell zur akademischen Geographie äußern? Sei es zur Qualität des Studiums, der Lehre, oder zur Situation der Studierenden. Sei es zu ethischen, organisatorischen oder politischen Fragen eures Studiums; oder zu inhaltlichen Ausrichtungen. Schreibt offen oder anonym! Wir wollen euch hören und zuhören! Fragt euch: Was interessiert nicht nur

mich, sondern auch meine KommilitonInnen weit entfernt an anderen geographischen Instituten? Bildet Autorenkollektive und organisiert eure Meinungen. Nutzt *entgrenzt* als Medium des Redens und Zuhörens. Tretet miteinander in Austausch; lasst die Beiträge nicht im Vakuum der Teilnahmslosigkeit verfallen. Das Sprach(r)ohr ist die Essenz von *entgrenzt*: Ein Ort, an dem ihr zusammenfindet und euren Positionen Gehör verschafft.

Es werden kurze Beiträge von maximal 4.000 Zeichen inkl. Leerzeichen gesucht. Wir freuen uns über eure Beiträge an kontakt@entgrenzt.de!

GeoPraktisch

Ihr seid TutorInnen und verfasst regelmäßig Anleitungen zum wissenschaftlichen Arbeiten für andere Studierende? Ihr habt Hinweise zu zukünftigen, interessanten Veranstaltungen (Kolloquien, Tagungen, Seminare, Sommer Schulen, etc.) an euren oder anderen Instituten? Ihr wollt uns von eurem spannenden Praktikum berichten? Ihr verfügt über Erfahrungen mit einem noch unbekanntem Arbeitsbereich in der Geographie? Ihr habt weitere Tipps rund ums Geographiestudium? Dann teilt eure Eindrücke, Hinweise und Anregungen mit uns in der Rubrik GeoPraktisch! Einreichungen von max. zwei Seiten nehmen wir jederzeit entgegen und publizieren sie nach redaktioneller Prüfung in der nächsten Ausgabe von *entgrenzt*. Wir freuen uns auf euren Beitrag an kontakt@entgrenzt.de!

Vorschau entgrenzt Ausgabe Nr. 3, SoSe 2012

Die nächste Ausgabe von *entgrenzt* wird am 1. Mai 2012 erscheinen. Das Leitthema der dritten Ausgabe von *entgrenzt* in der Rubrik Geographisches lautet:

Rest - Risiko - Gesellschaft

Versicherungen melden, dass im Jahr 2010 so viele ökonomische Schäden durch Naturgewalten angerichtet wurden, wie noch nie zuvor. Naturereignisse, wie die Tsunamis in Thailand und Japan, das Hochwasser in Australien oder Stürme im Sauerland haben weitreichende Folgen für Natur und Mensch. Nicht nur vor Ort, sondern überregional und bis über die Landesgrenzen hinaus, ja sogar global, können empfindliche Störungen auftreten. Wir sind direkt betroffen, wenn am anderen Ende der Welt ein Vulkan ausbricht, Hochwasser oder Dürren Ernten vernichten oder Rohstoffe nicht mehr geliefert werden. Und vor allem treten mittler-

weile Diskussionen in den Vordergrund, die die Frage nach der Kalkulierbarkeit bzw. Akzeptierbarkeit von Risiken zentrieren. Nicht zuletzt das Ausmaß der Schäden in Japan: im März 2011 durch ein schweres Erdbeben, einen Tsunami und die darauf folgende nukleare Verstrahlung von Menschen, Pflanzen und Tieren sowie dessen minutiöse Dokumentation in den Medien lässt das Thema „Risiko“ nicht von den politischen und wissenschaftlichen Agenden verschwinden. In der Risikoforschung geht es aber nicht nur um Naturgewalten, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Folgen. Es geht auch um die Verwundbarkeit der Bevölkerung, z.B. an Hunger oder Armut zu leiden, und das vielleicht ausgelöst durch Spekulationen an der Börse.

Für aktuelle Infos zu *entgrenzt* besucht www.entgrenzt.de oder www.facebook.com/entgrenzt

Impressum

entgrenzt ist ein Projekt der GeoWerkstatt Leipzig e.V.



in Kooperation mit GeoDACH.



Name: *entgrenzt* – studentische Zeitschrift für Geographisches Verein: GeoWerkstatt Leipzig e.V. Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 6 MDStV/TDG: Johann Simowitsch Karl-Heine-Straße 21 04229 Leipzig Email: kontakt[at]entgrenzt.de

Anschrift: GeoWerkstatt Leipzig e.V. c/o Institut für Geographie, Johannisallee 19a, 04103 Leipzig Vorsitzender: Frank Feuerbach Tel.: 0341/97 38 616 (Redaktion) Fax.: 0341/97 32 799 Email: vorstand[at]geowerkstatt.com Vereinsregister: VR 3619 (Amtsgericht Leipzig)

Haftungshinweis für die digitale Version von *entgrenzt*: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschliesslich deren Betreiber verantwortlich. GeoWerkstatt Leipzig e.V. hat keinen Einfluss auf den Inhalt von verlinkten Seiten und distanziert sich ausdrücklich von rechtswidrigen oder anstößigen Inhalten.

GeoWerkstatt Leipzig e.V. übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der veröffentlichten Daten und Inhalte. GeoWerkstatt Leipzig e.V. haftet nicht für Schäden gleich welcher Art, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen entstehen oder bereits entstanden sind.

entgrenzt bedankt sich für die rechtliche Beratung durch Dextra-Rechtsanwälte.

Das *entgrenzt* **Layout** wurde erstmalig durch Marco Holzheu entworfen. Das Layout und Coverbild der zweiten Ausgabe von *entgrenzt* hat Florian Steiner gestaltet. Die Schriftart **Yanone Kaffeesatz** wurde von www.yanone.de erstellt und von *entgrenzt* unter CC BY 2.0 Lizenz verwendet. Die zur Gestaltung des Layouts verwendete Software „**Scribus**“ ist ein freies Desktop-Publishing-Programm und unter der GNU General Public License lizenziert.

ISSN: 2193-1224